

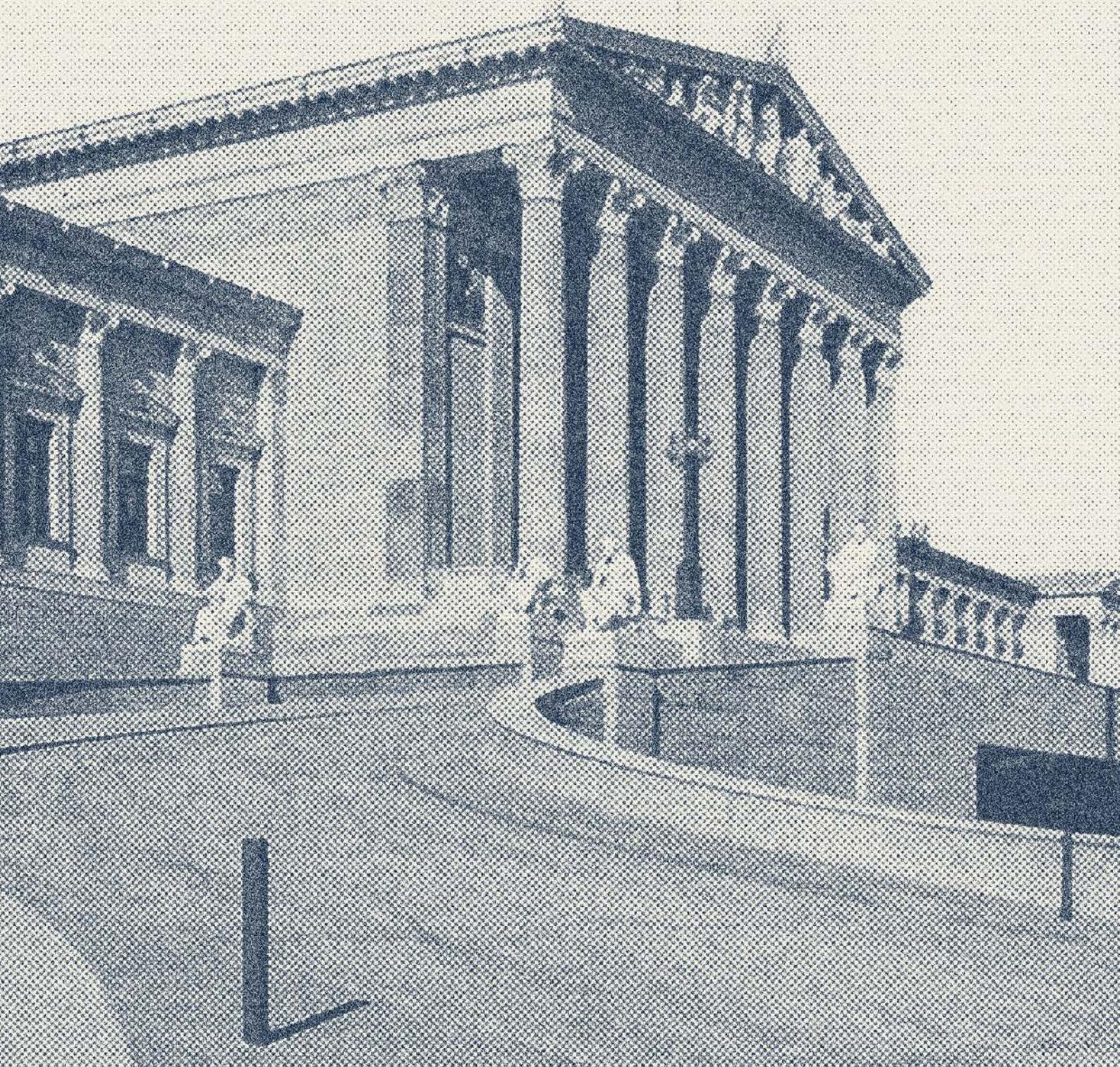


Parlament
Österreich

MICH AEL KRÜ GER

MICHAEL KRÜGER
im Gespräch mit Günther Schefbeck

Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen | Band 11



Parlamentsdirektion (Hg.)

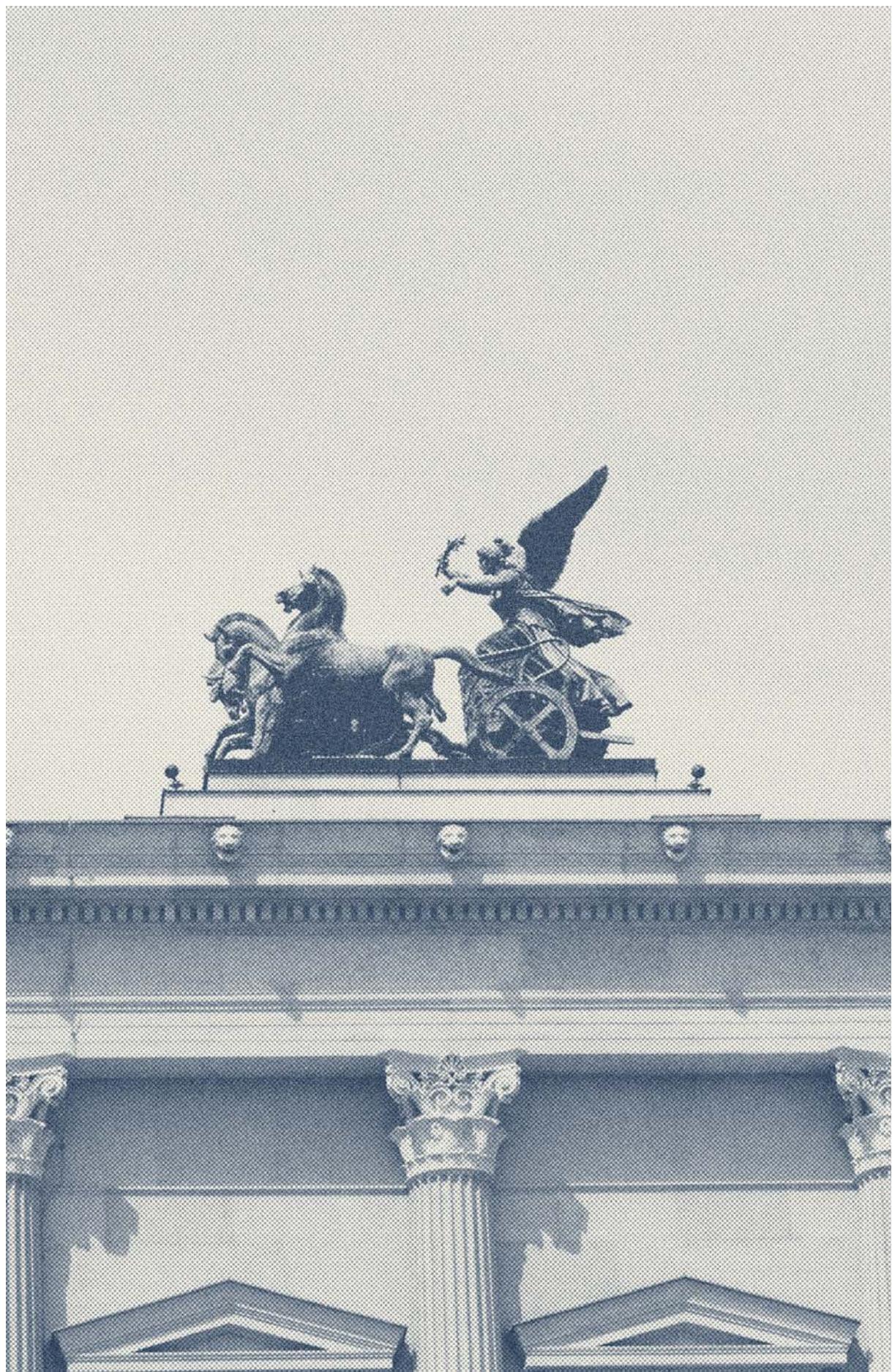
**„Das Parlament ist
das Herz der Demokratie.“**



Michael Krüger
im Gespräch mit Günther Schefbeck

**Das österreichische Parlament
in persönlichen Erinnerungen**

Band 11



Die Reihe „Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen“ wurde vom Historiker und langjährigen Leiter des Parlamentsarchivs Günther Schefbeck ins Leben gerufen. Seine Gespräche mit ehemaligen Abgeordneten zum Nationalrat und Mitgliedern des Bundesrates spiegeln die Geschichte von Demokratie und Parlamentarismus in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten wider. Gleichzeitig erlauben sie vertiefte Einblicke und beleuchten Zeitschichten aus völlig neuen und besonders spannenden Blickwinkeln – jenen der Gestaltenden selbst. Warum politische Entscheidungen getroffen wurden, welchen Einfluss gesellschaftliche und mediale Rahmenbedingungen hatten und wie in entscheidenden Momenten der Parlamentarismus in der Praxis funktioniert – all diesen Fragen gehen die Gespräche nach. Zugleich zeichnen sie ein lebendiges Bild der Abläufe im österreichischen Parlament und deren Veränderung durch Prozesse der Digitalisierung.

Die Interviewpartnerinnen und -partner von Schefbeck bilden das gesamte Spektrum ab: Präsidentinnen und Präsidenten des Nationalrates, Kluboblate, Abgeordnete zum Nationalrat, Präsidentinnen und Präsidenten des Bundesrates sowie Mitglieder des Bundesrates. Sie alle erleben Parlamentarismus in verschiedenen, einander teilweise überschneidenden Rollen. Die Analyse von Wendepunkten und die rückblickende Betrachtung ist dabei nicht nur eine für Interessierte spannende Lektüre – sie erlaubt in ihrer Bezugsetzung zur Gegenwart auch Lehren für die Zukunft.

Einleitung

Die österreichische Politik in den 1990er-Jahren war in staatspolitischer Hinsicht vom Beitritt der Republik Österreich zur Europäischen Union geprägt, in parteipolitischer Hinsicht von der schrittweisen Erosion der Regierungsmehrheit der Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP und der damit einhergehenden Umgestaltung der parlamentarischen Parteienlandschaft: Zwar spaltete sich 1993 das Liberale Forum von der FPÖ ab, dennoch gelang es der FPÖ, von Wahl zu Wahl ihren Stimmen- und Mandatsanteil im Nationalrat zu vermehren. Die Grünen, die 1986 erstmals in den Nationalrat eingezogen waren, hatten sich als Oppositionspartei stabilisiert, und mit der Gründung des Liberalen Forums wurde aus dem Vier- erstmals ein Fünfparteienparlament. Größte mediale Beachtung, auch in den internationalen Medien, fand der Aufstieg der FPÖ unter ihrem Bundesparteiobmann Jörg Haider.

Die FPÖ hatte lange Zeit die Rolle einer kleinen „Honoratiorenpartei“ gespielt, also einer Partei, deren Funktionäre überwiegend gutbürgerlichen Berufen angehörten; ihre ideologischen Positionen wurden in der Tradition des Deutschnationalismus gesehen. Jörg Haider veränderte die Partei sowohl ideologisch als auch sozialstrukturell: Seine Politik wurde von den politischen Gegnern und den Medien als „populistisch“ oder „rechtspopulistisch“ bezeichnet. Gleichzeitig bemühte er sich um eine Erweiterung der Funktionärsbasis, die bis dahin ihre Verankerung überwiegend in den akademischen Burschenschaften gehabt hatte. Zu jenen Menschen, die ohne einen solchen Hintergrund in den 1990er-Jahren für die FPÖ gewonnen werden konnten und in ihr rasch zu politischen Spitzenpositionen aufstiegen, zählte Michael Krüger.

Michael Krüger wurde am 26. Dezember 1955 in Linz geboren. Nach dem Studium der Rechte an den Universitäten Linz und Wien, das er 1980 mit der Promotion abgeschlossen hatte, absolvierte er das Gerichtsjahr als Rechtspraktikant am Landesgericht Linz und war von 1981 bis 1985 dort als Rechtsanwaltsanwärter tätig, ehe er sich 1985 mit einer eigenen Kanzlei als Rechtsanwalt in Linz etablierte. Standespolitisch betätigte er sich in den Jahren 1993 bis 1998 als Ausschussmitglied der Oberösterreichischen Rechtsanwaltskammer.

Parteipolitisch war Michael Krüger bis 1993 nicht aktiv gewesen. Erst dann entschied er sich auf Einladung eines Freundes, der damals die Funktion des Obmanns der Linzer FPÖ bekleidete, dazu, der FPÖ beizutreten. Auch die Lektüre des Buches „Die Freiheit, die ich meine“ von Jörg Haider hatte ihn davon überzeugt, sich für diese Partei zu engagieren. Nach Überwindung einiger innerparteilicher Gegensätze wurde er als Spitzenkandidat im Regionalwahlkreis Linz Stadt und Linz Land für die Nationalratswahl am 9. Oktober 1994 aufgestellt. Die FPÖ gewann bei dieser Wahl fast 6 Prozentpunkte an Stimmen und neun zusätzliche Mandate, sodass sie im Nationalrat nunmehr über 42 Sitze verfügte und nur mehr zehn Mandate hinter der ÖVP zurücklag. Stärkste Nationalratsfraktion war weiterhin die SPÖ, die 15 Mandate verloren hatte. Auch Michael Krüger zog für die FPÖ in den Nationalrat ein und wurde mit der Funktion des Kultursprechers der FPÖ betraut, einer gerade in der FPÖ schwierigen Funktion, weil sich die FPÖ heftiger Kritik vonseiten vieler Künstlerinnen und Künstler ausgesetzt sah. Neben der Kulturpolitik befasste sich Michael Krüger als Abgeordneter auch mit Justiz- und Verfassungspolitik, was aufgrund seiner juristischen Ausbildung und Rechtsanwaltstätigkeit naheliegend schien, sowie mit Medienpolitik.

Schon wenig mehr als ein Jahr nach der Wahl von 1994 wurde der Nationalrat neu gewählt, weil die ÖVP unter ihrem neuen Bundesparteibeamann Wolfgang Schüssel die Koalition mit der SPÖ unter Bundeskanzler Franz Vranitzky aufgekündigt hatte. Wolfgang Schüssels Kalkül ging nicht auf: Bei der Nationalratswahl am 17. Dezember 1995 gewann die SPÖ sechs Mandate, während die ÖVP ihren Mandatsstand lediglich halten konnte. Die FPÖ verlor einen Sitz im Nationalrat. Michael Krüger wurde wiedergewählt und übernahm im Nationalrat den Vorsitz des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung; im Kulturausschuss blieb er wie schon in der vorangegangenen Gesetzgebungsperiode Obfrau/stellvertreter. Jörg Haiders Strategie war es, der Bundesregierung ein FPÖ-„Schattenkabinett“ gegenüberzustellen, in welchem Michael Krüger die Funktion eines „Schattenministers“ für Wissenschaft, Forschung und Kunst zukam. Weiterhin war Michael Krüger aufgrund der inhaltlichen Breite der von ihm betreuten Gegenstandsbereiche einer der aktivsten FPÖ-Abgeordneten im Nationalrat.



Porträtfoto von Michael Krüger

Die Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 veränderte die politische Landschaft Österreichs grundlegend: Dem Liberalen Forum gelang es nicht, die 4-Prozent-Hürde für den Einzug in den Nationalrat zu überwinden, sodass dieser fortan wieder nur vier Fraktionen umfasste. Die SPÖ verlor sechs Mandate und war nun mit 65 Sitzen im Nationalrat vertreten. Die ÖVP hielt ihren Mandatsstand mit 52 Sitzen, fiel aber in ihrem Wählerstimmenanteil knapp hinter die FPÖ zurück, die damit erstmals zur zweitstärksten Partei geworden war und ebenfalls 52 Mandate erhielt. Hatte Wolfgang Schüssel als Bundesparteiobmann der ÖVP zuvor angekündigt, die ÖVP würde, wenn sie an die dritte Stelle in der Wählergunst zurückfiele, in Opposition gehen, so führte er dennoch, wenn auch zögerlich, Sondierungsgespräche und in weiterer Folge Verhandlungen über eine Regierungsbildung mit dem SPÖ-Bundesparteivorsitzenden Viktor Klima, der 1997 Franz Vranitzky an der Partei- und Regierungsspitze abgelöst hatte. Als diese Verhandlungen im Jänner 2000 scheiterten, trat Wolfgang Schüssel mit dem FPÖ-Bundesparteiobmann Jörg Haider in Verhandlungen über die Bildung einer Koalition ein, die innerhalb weniger Tage zu einer Einigung führten. Jörg Haider überließ Wolfgang Schüssel das Amt des Bundeskanzlers und zog sich auf jenes des Landeshauptmanns von Kärnten zurück; den FPÖ-Bundesparteivorsitz über gab er an Susanne Riess-Passer, die als Vizekanzlerin in die Bundesregierung eintrat.

Der öffentliche Widerstand gegen die neue Bundesregierung war so groß, dass deren Mitglieder unter dem Druck von Demonstrationen vor dem Bundeskanzleramt am 4. Februar 2000 den Weg zur Angelobung beim Bundespräsidenten in der Hofburg durch einen unterirdischen Tunnel wählten. Während in Österreich gegen die Bundesregierung demonstriert wurde, entschlossen sich die übrigen EU-Mitgliedstaaten dazu, wegen der Regierungsbeteiligung der FPÖ Sanktionen gegen Österreich zu verhängen und die diplomatischen Kontakte einzuschränken. Erst aufgrund des Berichts eines Weisenrates wurden diese Sanktionen im September 2000 aufgehoben. Die sogenannten Donnerstagsdemonstrationen gegen die Bundesregierung in Österreich hielten noch bis 2001 an.

Michael Krüger war 1999 wieder zum Abgeordneten gewählt worden und hatte den Vorsitz im Kulturausschuss des Nationalrates übernommen; auch zum Obmannstellvertreter des Verfassungsausschusses war er gewählt worden. In der Phase der Re-

gierungsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP fiel ihm ein besonders breites Verhandlungspotefeuille zu: Er war für die Gegenstandsbereiche Justiz, Verfassung und Kultur zuständig. In der am 4. Februar 2000 gebildeten Bundesregierung übernahm er das Amt des Bundesministers für Justiz, das er jedoch nur bis zum 29. Februar bekleidete. Seinen Rücktritt von diesem Amt begründete er mit gesundheitlichen Problemen, die er auf die Überlastung durch die intensiven Regierungsverhandlungen und den psychischen Druck zurückführte, der seit der Regierungsbildung auf ihm lastete. Mit 25 Tagen war seine Amtszeit die bis dahin kürzeste eines österreichischen Bundesministers in der Zweiten Republik. Mittlerweile wurde dieser Wert unterboten: Vier Mitglieder der Bundesregierung Kurz I und der einstweiligen Bundesregierung Löger waren im Mai bzw. Juni 2019 lediglich zwölf Tage im Amt.

Michael Krüger kehrte in den Nationalrat zurück und wurde wieder zum Obmannstellvertreter des Verfassungsausschusses gewählt. Die Koalition aus FPÖ und ÖVP zerbrach im September 2002, nachdem auf einer FPÖ-Delegiertenversammlung in Knittelfeld scharfe Kritik an der Arbeit der von der FPÖ entsandten Mitglieder der Bundesregierung geäußert worden war und die Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer ihren Rücktritt angekündigt hatte.

Bei der vorgezogenen Nationalratswahl am 24. November 2002 kandidierte Michael Krüger nicht mehr für den Nationalrat. Die Wahl führte zu einer beträchtlichen Verschiebung von Stimmenanteilen und Mandaten von der FPÖ zur ÖVP, die freilich mit der nunmehr stark geschwächten FPÖ neuerlich eine Koalitionsregierung bildete. Nachdem sich Jörg Haider 2005 mit dem neu gegründeten Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), welches die Koalition bis zur Wahl 2006 fortsetzte, von der FPÖ abgespalten hatte, trat auch Michael Krüger aus der FPÖ aus.

Seinen Zivilberuf als Rechtsanwalt hatte Michael Krüger auch während seiner Zeit als Abgeordneter ausgeübt; nunmehr widmete er sich ihm wieder ausschließlich. Den Sitz seiner Kanzlei verlegte er 2003 von Linz nach Wien. Seine thematischen Schwerpunkte liegen im Medienrecht, Wettbewerbsrecht, Apothekenrecht, Liegenschafts- und Immobilienrecht, Kartellrecht sowie Privatstiftungsrecht.



(v. li.) ÖVP-Klubobmann Andreas Khol, Justizminister Michael Krüger, Verteidigungsminister Herbert Scheibner, FPÖ-Klubobmann Peter Westenthaler und Abgeordneter Helmut Kukacka während einer Sondersitzung des Nationalrates am 8. Februar 2000

Zu seinen prominentesten Klienten zählte der Unternehmer Frank Stronach, den er auch bei der Gründung seiner politischen Partei Team Stronach im Jahr 2012 anwaltlich beriet.

Seine eigene politische Tätigkeit hat Michael Krüger mit seinem Ausscheiden aus dem Nationalrat beendet. Fast acht Jahre lang, von 1994 bis 2002, hat er dem Nationalrat angehört und in dieser Zeit an der Verhandlung vieler bedeutsamer kultur-, justiz-, verfassungs- und medienpolitischer Gesetzesmaterien mitgewirkt, insbesondere während der FPÖ-Regierungsbeteiligung von 2000 bis 2002 in maßgeblich gestaltender Funktion. Aber selbst als Oppositionspolitiker konnte er einige legislative Werke beeinflussen: Mit besonderem Stolz nennt er das Kunstrückgabegesetz aus dem Jahr 1998, mit dem nationalsozialistisches Unrecht und die unzulängliche Restitution „arisierter“ Kunstgegenstände nach 1945 wiedergutgemacht werden sollte und für dessen Annahme er sich in seiner Fraktion eingesetzt hatte.

Der Kunst gilt Michael Krügers persönliches Interesse – er ist selbst Kunstsammler –, aber auch als Parlamentarier hat er sich besonders der Kunst und Kultur gewidmet. Sein grundsätzliches Verständnis dieses Themas hat er vor dem Nationalrat am 31. Mai 1995 so zusammengefasst: „Wir Freiheitlichen haben ein Kunstverständnis, das ich übertiteln möchte mit dem Spruch der Wiener Secessionisten um die Jahrhundertwende: ‚Der Zeit ihre Kunst, der Kunst ihre Freiheit.‘ Wir bekennen uns zur zeitgenössischen Kunst, wir bekennen uns selbstverständlich zur uneingeschränkten Freiheit der Kunst, aber [...] auch zur Freiheit der Kritik an der Kunst.“

Gespräch

25. Mai 2022

Interviewer: Ich darf ganz herzlich fürs Kommen danken. Wir haben in diesem Oral-History-Projekt den Ansatz gewählt, mit ehemaligen Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften über ihre Erfahrungen während ihrer parlamentarischen Tätigkeit und auch verwandten politischen Tätigkeiten zu sprechen. Sie waren in Summe knapp acht Jahre Mitglied des Nationalrates, Sie sind im Jahr 1994 in den Nationalrat eingetreten. Sie waren damals ja noch nicht lange politisch aktiv. Wie ist es dazu gekommen, dass Sie den Weg in die Politik gefunden haben und dass Sie für das Parlament, für den Nationalrat kandidiert haben?

Dr. Michael Krüger: Ich muss vorausschicken, dass ich immer schon sehr an Politik interessiert war. Ich war beispielsweise sogar, als ich noch nicht einmal Matura hatte, gelegentlich im Parlament, obwohl ich Linzer bin, aber ich habe in Wien maturiert und habe mir die Nationalratsdebatten angeschaut – mit großem Vergnügen und auch großem Interesse.

Ich bin aber in der weiteren Folge keiner parteinahen Organisation beigetreten, auch nicht an der Universität, sondern mein Interesse war nach wie vor vorhanden, aber ich war in keiner Weise aktiv. Und um den Jahreswechsel 1993/94 hat mich dann ein Freund angesprochen. Der war relativ überraschend Mitglied des Bundesrates geworden – in der FPÖ. Er hat übrigens später eine große Karriere gemacht und wurde Generaldirektor der Sparkasse in Oberösterreich, also er hat nach der Politik wirklich Karriere gemacht, und auch davor war er in leitender Position. Dieser Freund hat mich angesprochen, er hat gewusst, aus Diskussionen, die wir geführt haben im Rahmen eines Serviceklubs, dass ich an der Politik Interesse habe, und offensichtlich haben ihm meine Positionen, die ich damals vertreten habe, gefallen oder zugesagt, und so hat er mich gefragt, ob ich nicht für den Nationalrat kandidieren möchte, denn damals war er auch Obmann der Linzer Freiheitlichen Partei. Ja, und letztlich bin ich dann im November eingezogen, also nach relativ kurzer Vorbereitungszeit. Da gab es dann furchtbare Intrigen, es wurde jemand anderer kandidiert, ein ehemaliger Fußballer, ein ehemaliger Tormann: der Herr Lindenberger¹. Er hat sich aber nach kurzer Zeit

1 | Klaus Lindenberger (*1957) war Fußballtorwart und später Fußballtrainer. Seine Kandidatur für den Nationalrat musste er 1994 wegen des Vorwurfs zurückziehen, zu Unrecht Arbeitslosengeld bezo gen zu haben.

zurückziehen müssen, weil irgendwelche Dinge über ihn verbreitet wurden, ob wahr oder unwahr, das weiß ich nicht, und dann hat man auf mich zurückgegriffen und hat mich gefragt, ob ich das machen will. Das habe ich bejaht.

Diese Intrigen und diese Ränkespiele haben auch dazu geführt, dass mein Freund dann zurücktreten musste, weil er für mich keine Mehrheit zustande gebracht hat, aber letzten Endes hat es doch mit der Landespartei im Zusammenwirken mit der Bundespartei geklappt. So bin ich Spitzenkandidat des Wahlkreises 4A, glaube ich, geworden: das war Linz Stadt und Linz Land. Und so habe ich kandidiert und so bin ich dann letztlich als erster der FPÖ-Liste für diesen Wahlkreis in das Parlament eingezogen.

Interviewer: Sie haben also, wenn ich das richtig verstehre, am eigenen Leib vielleicht nicht, aber am Beginn der eigenen politischen Laufbahn den Gegensatz zwischen diesen beiden unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zur Politik verspürt, die einander vielleicht manchmal durchaus konflikträchtig gegenüberstehen: Einerseits gibt es die klassische politische – wie man in Deutschland sagt, in Österreich ist der Begriff nicht so gebräuchlich – Ochsentour, wo ein politisch interessierter Mensch einmal in der Gemeindepolitik beginnt und dann vielleicht in die Landespolitik aufsteigt und dann in die Bundespolitik, also immer politische Funktionen in zunehmenden Verantwortungsbereichen innehabend, und auf der anderen Seite ist in den vergangenen Jahrzehnten das häufiger geworden, was man Quereinstieg nennen könnte, also Menschen aus verschiedenen Lebensstellungen – das können Fußballer oder Rechtsanwälte sein, die sich in diesen Lebensstellungen profiliert haben, sozusagen quer in eine hohe politische Funktion einsteigend. Wie beurteilen Sie diese beiden unterschiedlichen Zugänge? Sehen Sie da als Quereinsteiger einen Vorteil, aus dem realen Leben zu kommen, oder sehen Sie andererseits auch ein Problem vielleicht mangels der politischer Erfahrung in unterschiedlichen Funktionen, wo man das politische Räderwerk kennenlernen?

Dr. Michael Krüger: Ich glaube, dass es beides ist: Einerseits bringt man natürlich sehr viel an Erfahrung aus seinem Beruf mit, andererseits ist es natürlich schon auch

schwer, Fuß zu fassen, nämlich nicht so sehr aus fachlicher Sicht, sondern weil es einem nicht leicht gemacht wird innerparteilich, weil natürlich die Granden, die eben die von Ihnen beschriebene Ochsentour gemacht haben, und andere, die jahrelang Zettel ausgetragen haben oder für diese Partei eingetreten sind und Hausbesuche gemacht haben, die sich natürlich übergegangen fühlen und sich denken: Na, jetzt kommt der daher, hat diese Ochsentour nicht auf sich genommen und macht es sich gleich bequem und zieht in den Nationalrat ein.

Natürlich ist es auch ein gewisser Nachteil, wenn man mit dem politischen System nicht so vertraut ist und auch mit einer gewissen Naivität hineingeht. Ja, dann in der Praxis wird es sich zeigen oder zeigt es sich, ob man auch diese Fähigkeiten hat, politisch oder parteipolitisch zu denken oder sich zu integrieren in die politische Landschaft – sowohl innerparteilich als auch im gesamten politischen System.

Interviewer: Haben Sie da innerhalb Ihrer politischen Partei informationelle Unterstützung bekommen? Es gibt ja zum Beispiel Parteiakademien, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, um Mandatarinnen und Mandataren politisches Rüstzeug, Wissen, Information mitzugeben. Haben Sie solche Angebote vorgefunden?

Dr. Michael Krüger: Ja, das habe ich absolut vorgefunden. Ich kann mich noch erinnern, der Beginn war eher holprig: Ich habe auf einmal in Linz am Südbahnhofmarkt – das ist ein kleiner Einkaufsmarkt – eine Rede gehalten, völlig blank, eigentlich ohne rhetorische Schulung, aber natürlich habe ich mir als Anwalt wahrscheinlich im Vergleich zu anderen doch wesentlich leichter getan. Aber dann wurde mir schon eine Ausbildung zuteil, die ist finanziert worden von der Partei, da gab es dann Schulungen, aber nicht so intensiv, dass man sagt: So, jetzt ist das alle zwei Wochen oder sonst was. Aber die Partei hat mir da natürlich schon geholfen, und insbesondere als ich dann im Nationalrat war, wurde ich mit einigen anderen gefördert. Man sah bei einigen Mandataren ein gewisses Potenzial, und die hat man doch stärker gefördert als vielleicht andere.

Interviewer: Wie war da die Angebotspalette? Waren das inhaltliche Angebote, also parteiprogrammatische Inhalte etwa, oder waren das Rhetorikkurse, Human Skills?

Dr. Michael Krüger: Beides! Ich kann mich noch sehr gut erinnern, 1994 hat sich ja die Mandatszahl der FPÖ sehr stark erhöht: Auf einmal waren es 42 Abgeordnete, vorher waren es durch den Abgang der Mandatare des Liberalen Forums nur mehr 16 oder 18. – Also es hat sich verdoppelt, und da sind natürlich viele eingestiegen, die so ähnlich wie ich eine Art Quereinsteiger waren ohne besondere Erfahrung, und da sah man sich dann schon bemüßigt, das war recht interessant, auch über die Geschichte der Partei zu erzählen, und es gab dann zwei oder drei Wochen nach der Angelobung eine große Klubklausur in Seefeld, und da wurden Mandatare sozusagen aus der Pension geholt und gebeten, über die Geschichte der Partei etwas zu erzählen, damit man weiß, wie sich das alles entwickelt hat. Das waren sehr ehrbare Persönlichkeiten. Sie wissen ja, dass die FPÖ früher, bevor diese sehr stark populistische Schiene gefahren wurde von Haider², mitunter als Honoratiorenpartei benannt wurde – natürlich schon teilweise mit nationalem Einschlag, aber auch mit liberalem Einschlag. Das

2 | Jörg Haider (1950–2008) begann seine politische Karriere in der FPÖ als Vorsitzender des Rings Freiheitlicher Jugend und zog 1979 als jüngster Abgeordneter in den Nationalrat ein, dem er zunächst bis 1983 und in weiterer Folge von 1986 bis 1989 sowie von 1992 bis 1999 angehörte; in den beiden letztgenannten Perioden war er auch Klubobmann der FPÖ. Von 1983 bis 1986 war er Mitglied der Kärntner Landesregierung. Auf dem Innsbrucker Parteitag der FPÖ löste er 1986 Norbert Steger im Bundesparteivorsitz ab, woraufhin Bundeskanzler Franz Vranitzky die Koalition mit der FPÖ beendete. Die folgenden Nationalratswahlen brachten jeweils Stimmengewinne für die FPÖ, was vor allem auf die „populistische“ Politik Jörg Haiders zurückgeführt wurde. 1989 wechselte er als Landeshauptmann nach Kärnten, verlor dieses Amt jedoch 1991 nach einer umstrittenen Äußerung im Landtag aufgrund eines Misstrauensvotums. 1999 wurde er neuerlich zum Landeshauptmann gewählt und bekleidete dieses Amt bis zu seinem Tod. Nach der Nationalratswahl 1999 verhandelte er mit Wolfgang Schüssel eine Regierungskoalition auf Bundesebene, überließ das Amt der Vizekanzlerin und den Parteivorsitz jedoch Susanne Riess-Passer. Seine von Kärnten aus geübte Kritik an der Bundesregierung führte zu einer außerordentlichen FPÖ-Delegiertenversammlung 2002 in Knittelfeld und zum Rücktritt Riess-Passers. Nachdem bei der vorzeitigen Nationalratswahl 2002 die FPÖ starke Stimmenverluste erlitten hatte, wurde die Koalition mit der ÖVP zwar erneuert, 2005 gründete Haider aber eine neue Partei unter der Bezeichnung Bündnis Zukunft Österreich, welche die Regierungszusammenarbeit fortsetzte, und spaltete damit die FPÖ. Sein Tod bei einem Verkehrsunfall am 11. Oktober 2008 beendete eine wechselvolle und umstrittene politische Karriere.

waren Apotheker, Notare, Rechtsanwälte, also durchaus Persönlichkeiten aus einer bestimmten Gesellschaftsschicht, andere natürlich auch, manche vielleicht aus einer historisch problematischen Familie stammend – das hat es natürlich auch gegeben. Aber man hat schon sehr viel erfahren über die Geschichte, über die Entwicklung und wie der VdU³ zustande gekommen ist, wie sich der entwickelt hat zur FPÖ, oder die FPÖ. Also, das war eigentlich schon eine sehr interessante historische Einschulung, die man bekommen hat.

Und die zweite Frage: In der Sache hat man auch Schulungen bekommen, vor allem Rhetorikkurse wurden angeboten. Ich kann mich an eine lustige Geschichte erinnern: Prof. Brauner⁴, der ist auch mit mir in den Nationalrat eingezogen, der war auch dabei, damals waren wir nur sechs im Hotel Gmachl in Salzburg, und da wurden wir geschult mit der Kamera oder vor der Kamera, das war irrsinnig interessant. Da haben wir uns gegenseitig auch kritisieren können, und Brauner ist ja eine hochintelligente Persönlichkeit, wie man weiß, und äußerst gebildet, rhetorisch einwandfrei und so weiter, aber er hat einen schweren Fehler begangen oder war versucht, ihn zu begehen, und den hat man dann dort ausgemerzt. Wir haben uns wechselseitig Fragen gestellt und natürlich aus der ganz untersten Schublade, ich will gar nicht wiederholen, wie arg die Fragen waren. Brauner hat schon gewusst, wie die Antwort lautet, und hat noch während der Fragestellung immer genickt ... (lacht), also das waren bösartige Fragen im Hinblick auf die Herkunft der FPÖ und die Diskussion um Verstrickungen Zweiter Weltkrieg und so weiter. Das waren ganz tiefe Fragen, die wir uns aber selber gestellt haben, um uns zu testen. Da hat man ihm dann gesagt: Bitte, du darfst auf

3 | Der Verband der Unabhängigen (VdU) wurde 1949 gegründet und kandidierte als Wahlpartei der Unabhängigen (WdU) bei den Nationalratswahlen 1949 und 1953. Er zielte vor allem auf die Stimmen der 1949 wieder zur Wahl zugelassenen sogenannten minderbelasteten ehemaligen Nationalsozialisten sowie auf die Stimmen von Heimatvertriebenen und Heimkehrern ab. 1956 ging der VdU in der neu gegründeten FPÖ auf.

4 | Willi Brauner (*1943) war von 1980 bis 2011 ordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte der Universität Wien und überdies von 1987 bis 1989 Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. Sein politisches Engagement für die FPÖ begann er 1990 in Baden, wo er bis 1996 die Funktion eines Stadtrates bekleidete. Von 1994 bis 1999 gehörte er dem Nationalrat an, als dessen Dritter Präsident er ab 1996 fungierte.

keinen Fall nicken, wenn der unglaubliche Fragen stellt. (Heiterkeit.) Das war eigentlich recht lustig, und das konnte abgestellt werden.

Bei mir war es dann so, wenn ich das sagen darf: Ja, als ich damals ins Parlament gekommen bin, da hat man natürlich auch einen Förderer. Das war Jörg Haider, und natürlich hat man in ihm auch ein Vorbild gesehen, man hat geglaubt, man muss ihm auch viel nachmachen – wie er spricht und so weiter –, was natürlich ein völliger Blödsinn ist, denn jeder ist eine eigenständige Persönlichkeit. Im ersten halben Jahr habe ich auch eher angriffige Reden gehalten und mir gedacht, das gehört dazu, und in dieser Rhetorikschulung hat dann der Trainer – der war sehr, sehr gut –, gesagt, das entspricht gar nicht meiner Persönlichkeit und ich soll gemäßiger auftreten, so, wie ich eben bin, und nichts vorgeben, was ich nicht repräsentiere, ich soll eher weicher auftreten. Das hat mir dann schon sehr geholfen, und das habe ich auch beherzigt, und ich glaube, dass ich dadurch authentischer wurde, auch in meinen Reden.

Interviewer: Authentizität ist sicher ein zentrales Kriterium für gute Rhetorik.

Sie sind also dann im Jahr 1994 in den Nationalrat eingezogen. Die Tätigkeit des Abgeordneten beginnt ja mit einem formalen Akt, mit der Angelobung. Wie haben Sie die erlebt?

Dr. Michael Krüger: Es war schon sehr beeindruckend.

Interviewer: Haben Sie noch konkrete Erinnerungen an diesen Tag der Angelobung?

Dr. Michael Krüger: Na ja, sehr, sehr konkrete Erinnerungen ... ich habe mir wirklich gedacht: Unglaublich, wo ich jetzt sitze. Auf einmal sitzt zwei Reihen vor mir der Mock⁵ oder andere Persönlichkeiten. Das war ja noch nicht die neue Regierung, die

5 | Alois Mock (1934–2017), Ministerialbeamter und Kabinettschef von Bundeskanzler Josef Klaus, wurde von diesem schon sehr jung zum Bundesminister für Unterricht berufen und übte dieses Amt von 1969 bis 1970 aus. Von 1970 bis 1987, späterhin kurz in den Jahren 1990 und 1994 sowie von 1995 bis 1999 gehörte er dem Nationalrat an. Von 1978 bis 1987 war er Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs, von 1979 bis 1989 Bundesparteibeamter der ÖVP. Nach der Nationalratswahl 1986 trat

waren ja gewählt auch als Abgeordnete und die waren noch nicht in der neuen Regierung, aber ich habe mir gedacht, das ist unglaublich, dass ich da ... Ich habe sofort einen Sitzplatz ziemlich weit vorne gehabt, das hat der Haider so bestimmt, weil ich sofort in den Klubvorstand berufen wurde, ich bin dann allerdings freiwillig weiter zurück gegangen, wie ich gesehen habe, dass die Kollegen, die schon jahrelang im Parlament sitzen in den Reihen der FPÖ, eifersüchtig waren, dann habe ich mich freiwillig weiter zurück gesetzt. Ich glaube, vor mir ist der Ditz⁶ gesessen, er war damals Staatssekretär, ein sehr bedeutender Politiker, der mit Lacina⁷ große Steuerideen umgesetzt hat. Beispielsweise ist der Spitensteuersatz von Lacina und ihm von 62 auf 50 Prozent gesenkt worden⁸, oder das Privatstiftungsgesetz⁹ ist ins Leben geru-

er als Vizekanzler in die mit Franz Vranitzky als Bundeskanzler gebildete Koalitionsregierung aus SPÖ und ÖVP ein; in dieser Funktion war er zugleich mit der Leitung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten betraut. Nach seiner Ablösung als Bundesparteiobmann blieb er von 1989 bis 1995 Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten; er konnte in dieser Zeit verantwortlich die Verhandlungen über den Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften bzw. zur Europäischen Union führen und erfolgreich abschließen.

6 | Johannes Ditz (*1951) trat nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre zunächst in den Dienst der Industriellenvereinigung und dann der ÖVP. Er leitete die Abteilung Wirtschaftspolitik in der ÖVP-Bundesparteileitung, als er 1987 zum Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen bestellt wurde. Diese Funktion übte er bis 1988 und ein weiteres Mal von 1991 bis 1995 aus. Von 1988 bis 1991 war er Generalsekretärstellvertreter, von 1991 bis 1992 Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes. Von 1989 bis 1993 sowie kurz in den Jahren 1994 und 1996 gehörte er dem Nationalrat an. Von 1995 bis 1996 war er Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, in weiterer Folge übte er verschiedene Wirtschaftsfunktionen aus.

7 | Ferdinand Lacina (*1942) trat noch während seines Studiums an der Hochschule für Welthandel in den Dienst der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, deren wirtschaftswissenschaftliche Abteilung er ab 1973 leitete. Bundeskanzler Bruno Kreisky machte ihn 1980 zu seinem Kabinettschef und 1982 zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Von 1984 bis 1986 war er Bundesminister für Verkehr bzw. für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, von 1986 bis 1995 Bundesminister für Finanzen. 1994 bekleidete er kurzzeitig für die SPÖ ein Mandat im Nationalrat.

8 | Mit dem vom Nationalrat am 7. Juli 1988 beschlossenen Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400/1987, das am 1. Jänner 1988 in Kraft trat, wurde der Spitensteuersatz von bis dahin 62 auf 50 Prozent gesenkt.

9 | Das Privatrechtsstiftungsgesetz (heute Privatstiftungsgesetz) wurde vom Nationalrat am 24. September 1993 beschlossen und mit BGBl. Nr. 694/1993 kundgemacht.

fen worden. Die Vermögensteuer ist abgeschafft worden¹⁰, und das alles unter einem Lacina und Ditz. Also ich war schon sehr beeindruckt, dass ich auf einmal dort sitze, wo eben diese hohen Herren auch sitzen. Das war schon sehr erhabend, und auch die Angelobung, das war schon großartig, eine tolle Geschichte.

Interviewer: Und dann begann sozusagen der parlamentarische Alltag, der ganz eigenen Regeln folgt, den Regeln der Geschäftsordnung. Wie haben Sie sich mit diesen prozeduralen Regeln vertraut gemacht?

Dr. Michael Krüger: Ja, ich habe relativ früh meine erste Rede gehalten. Der Haider wollte eigentlich, dass ich schon bei der Wahl des Nationalratspräsidiums – das ist ja der erste Tagesordnungspunkt – eine Rede halte, aber das habe ich dann doch nicht gemacht. Reichhold¹¹ war damals der Spitzenredner unserer Partei, der ist ganz kurzfristig aus Kärnten abgezogen worden, weil Karl-Heinz Grasser¹² Landeshauptmannstellvertreter wurde, also war er Spitzenredner. Und ich habe dann sehr bald meine sogenannte Jungfernrede gehalten. Da ist es mir eigentlich sehr gut gegangen, natürlich habe ich mich darauf vorbereitet und habe ein Orwell-Zitat verwendet, daran

10 | Das Steuerreformgesetz 1993, mit welchem u. a. die Vermögensteuer abgeschafft worden ist, wurde vom Nationalrat am 11. November 1993 beschlossen und mit BGBl. Nr. 818/1993 kundgemacht.

11 | Mathias Reichhold (*1957), von Beruf Bauer, war von 1988 bis 1990 Generalsekretär der FPÖ und gehörte von 1990 bis 1992, von 1994 bis 1995 sowie von 1996 bis 1998 dem Nationalrat, von 1995 bis 1996 dem Europäischen Parlament an. Von 1992 bis 1994 sowie von 1998 bis 2001 war er Landeshauptmannstellvertreter von Kärnten. Von 2002 bis 2003 war er Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, im Jahr 2002 auch kurzzeitig Bundesparteiobmann der FPÖ. Nach Ende seiner politischen Tätigkeit war er als Manager, vorübergehend auch als Vorstandsmitglied der ASFINAG tätig.

12 | Karl-Heinz Grasser (*1969) wurde 1993 Generalsekretär der FPÖ und war von 1994 bis 1998 Landeshauptmannstellvertreter von Kärnten. Von 2000 bis 2007 war er Bundesminister für Finanzen, nach seinem Austritt aus der FPÖ 2002 von der ÖVP nominiert. Nach langjährigem Gerichtsverfahren wurde er 2025 rechtskräftig wegen Untreue und Geschenkannahme als Bundesminister im Zusammenhang mit der Privatisierung der Bundeswohnbaugesellschaft BUWOG zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt.



Konstituierende Sitzung des Nationalrates am 7. November 1994, Blick auf die drei neu gewählten Präsidenten: (v. li.) Zweiter Nationalratspräsident Heinrich Neisser (ÖVP), Nationalratspräsident Heinz Fischer (SPÖ), Dritter Nationalratspräsident Herbert Haupt (FPÖ)

kann ich mich noch erinnern.¹³ Ja, es ist mir eigentlich recht gut gegangen. Und es gibt ja den Usus – den wird es wahrscheinlich heute auch noch geben –, dass man bei einer Jungfernrede nicht unterbrochen wird oder demoralisiert wird von den anderen politischen Klubs. Also, das war eine recht angenehme Rede oder ein angenehmes Debüt.

Interviewer: Die parlamentarische Arbeit ist ja strukturiert in verschiedene Ebenen: die Ausschussebene, die Plenarebene ... Wie haben sie sich in diesen Ebenen wiedergefunden? Welche Funktionen, etwa in den Ausschüssen, haben Sie wahrgenommen?

Dr. Michael Krüger: Ich war ja sehr überrascht, und das war mit mir nicht abgesprochen, nämlich dieser Freund aus Linz hat mich – nicht abgesprochen – in der konstituierenden Klubsitzung als Kultursprecher vorgeschlagen. Das wollte ich eigentlich gar nicht, obwohl ich natürlich kulturinteressiert war, aber das habe ich in keiner Weise angestrebt. Jetzt hat aber die Klubführung, Haider und so weiter, geglaubt, dass ich das werden will, und das bin ich dann auch geworden. Ich hätte mich besser gesehen als Verfassungssprecher oder Justizsprecher – Justizsprecher war nicht möglich, da hat der Kollege Ofner¹⁴ seine Hand draufgehalten, das war eine Pacht von ihm, die hat er bis zum Schluss ja nicht aufgegeben. In einer Sprecherfunktion habe ich mich überhaupt nicht gesehen am Beginn, man ist natürlich sehr bescheiden, man ist froh, dass man dabei ist und in den verschiedenen Ausschüssen arbeiten kann. Das hat mich ein bisschen selber überrumpelt, das wollte ich gar nicht, ich habe es dann schon sehr gern ausgeübt, aber ich habe es wahrscheinlich schwerer gehabt als jeder andere Abgeordnete der FPÖ, weil es zum damaligen Zeitpunkt in den Kulturkreisen als offener Widerspruch galt, auf der einen Seite Mitglied der FPÖ zu sein und auf der

13 | Seine „Jungfernrede“ in der 4. Sitzung des Nationalrates der XIX. GP am 11. November 1994 schloss Michael Krüger mit der mahnenden Frage, ob sich George Orwell mit seinem Zukunftsbuch „1984“ tatsächlich nur um zehn Jahre geirrt hätte; er bezog sich damit auf Tendenzen zum Überwachungsstaat.

14 | Harald Ofner (*1932), von Beruf Rechtsanwalt, war von 1974 bis 1976 Landesparteiobmannstellvertreter und von 1976 bis 1989 Landesparteiobmann der FPÖ Niederösterreich. Von 1979 bis 1983 sowie von 1986 bis 2002 gehörte er dem Nationalrat an. Von 1983 bis 1987 bekleidete er das Amt des Bundesministers für Justiz.

anderen Seite Kultursprecher. Dementsprechend habe ich es natürlich sehr schwer gehabt und habe einige, auch unangenehme Dinge erlebt in diesem Zusammenhang.

Ich konnte mich dann sogar ein bissel etablieren. Ich sammle ja auch Kunst, und manche Künstler, die etwas zu sagen hatten, die sich immer wieder gemeldet haben, haben mich gekannt, weil ich in Galerien gekauft habe, und so hat sich das zumindest, was die bildende Kunst anlangt, vollkommen entspannt, weil sie gesehen haben, dass ich ein großer Anhänger der informellen Kunst in Österreich, der zeitgenössischen Kunst bin – abstrakte Malerei und so weiter. Und natürlich, wenn ein Künstler sieht, dass sich jemand – auch ein Politiker – mit seinem Werk befasst und nicht nur aus Prestigegründen oder aus Anlagegründen so etwas kauft, dann hat er auch Verständnis und schätzt einen dann natürlich auch. Also da habe ich mir dann selber eine gewisse Geltung verschafft, aber bei den Autoren war das praktisch unmöglich, nur um



Parlamentarischer Kulturausschuss am 12. Juli 1995, (v. li.) Grünen-Kultursprecher Willi Gföhler, SPÖ-Kultursprecher Josef Cap, FPÖ-Kultursprecher Michael Krüger, die Vorsitzende des parlamentarischen Kulturausschusses Heide Schmidt (Liberales Forum), ÖVP-Kultursprecher Franz Morak und Architekt Fritz Mascher

ein Beispiel zu nennen. Die darstellende Kunst ist auch gegangen, insbesondere Film und so weiter, weil die immer mehr merkantil denken, ökonomisch denken, also da war das auch kein Problem. Aber was Autoren zum Beispiel anlangte ... Ich habe Diskussionen erlebt, aber auch Interviews, die unter jeder Kritik geführt wurden: untergründig, tief, auch durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, das muss ich wirklich sagen.

Interviewer: Mit der Kultur war also ein inhaltlicher Schwerpunkt abgesteckt, aber Sie haben ja noch andere inhaltliche Schwerpunkte gehabt.

Dr. Michael Krüger: Ja, das war natürlich aus meinem Beruf heraus. Ich war Anwalt, während der gesamten Tätigkeit, auch davor schon und bin es auch jetzt noch. Ich bin immer begeisterter Anwalt gewesen, und daher hat sich natürlich die Justiz aufgedrängt. Ich war im Justizausschuss und auch im Verfassungsausschuss über alle Jahre, da war ich einmal stellvertretender Vorsitzender, das hat mich natürlich auch sehr, sehr interessiert. Ich habe auch in meiner Tätigkeit als Anwalt immer wieder mit dem Verfassungsgerichtshof zu tun gehabt, auch Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof erhoben für Klienten, die Materie hat mich sehr, sehr interessiert.

Das größte Kompliment hat mir einmal der Minister Michalek¹⁵ gemacht, nachdem er nicht mehr Minister war und ich nicht mehr – wobei es bei mir keine Kunst war nach den wenigen Tagen (lacht). Aber wir haben uns einmal getroffen, sozusagen als Altminister oder Ex-Minister, und da hat er gesagt, ich war sozusagen immer die größte Gefahr bei den Budgetberatungen, denn ich habe mich überhaupt nicht an irgendwelche vorgeschriebenen Fragen gehalten, die ein Referent vorbereitet hat, das war für mich uninteressant, sondern ich habe sie spontan gestellt, wie es sich aus der Diskussion eben ergeben hat, und er konnte sie daher nicht vorbereiten. Man hat sich normalerweise immer ausgetauscht und hat die Fragen eingereicht zu den Budgetberatungen, aber ich habe meine spontan gestellt, nicht weil ich irgendwen brüskie-

15 | Nikolaus Michalek (*1940) war beruflich als Notar tätig und von 1989 bis 1990 Präsident der Österreichischen Notariatskammer. Als Parteiloser übte er von 1990 bis 2000 das Amt des Bundesministers für Justiz aus.

ren wollte, sondern weil ich nicht eingesehen habe, dass ich irgendetwas vom Zettel runterlesen soll, was schon bekannt ist und wo die Antwort schon vorgegeben ist.

Interviewer: Also Kultur, Verfassung, Justiz, und dann kam noch ein weiteres wichtiges Sachgebiet dazu: die Wissenschaft.

Dr. Michael Krüger: Ja, genau. Die Wissenschaft ist dazugekommen, und zwar aus folgendem Grund: Der Obmann Haider hat ja angestrebt, letztlich natürlich in die Regierung zu kommen, und da war dann seine Idee, eine Art „Küchenkabinett“ zusammenzustellen, also gespiegelt zum Minister jeweils einen Konterpart aufzustellen, der dem Minister das Leben möglichst schwer machen sollte, weil man ja in der Opposition war.

Interviewer: Ein Schattenminister, wie die Briten sagen.

Dr. Michael Krüger: Und nachdem ich im Kulturausschuss war und natürlich die Kulturpolitik damals eine große Rolle gespielt hat – die sozialdemokratische Stadträtin¹⁶ hat ja sogar von einem „Ideologieressort“ gesprochen, was meiner Meinung nach sehr, sehr problematisch ist, weil man die Kunst nicht in die ... natürlich Ideologie, wenn man es als Haltung versteht, aber man soll es ja nicht in die Parteipolitik miteinbeziehen. Ich finde das nahezu schamlos. Das sieht man auch in der Geschichte, wohin das führt. Jede Kunst soll sich frei entfalten können, das ist das Wichtigste.

Es waren viele Kulturthemen, und die waren sehr, sehr strittig. Es gab einmal eine Negativkampagne der FPÖ gegen Kulturschaffende; nämlich gegen Kulturschaffende, die sich schon sehr prononciert gegen Haider und seine Politik ausgesprochen haben, aber die haben sich dann auf einem Plakat wiedergefunden. Ich habe nichts von dem Plakat gewusst und war einigermaßen entsetzt, sage ich heute wirklich ganz offen. Aber

16 | Ursula Pasterk (*1944), zunächst Journalistin, dann Beraterin von Helmut Zilk als Wiener Kulturstadtrat und Bundesminister für Unterricht und Kunst, wurde von Zilk, nachdem er 1984 zum Wiener Bürgermeister gewählt worden war, zunächst zur Intendantin der Wiener Festwochen und 1987 zur amtsführenden Stadträtin für Kultur berufen. Dieses Amt übte sie bis 1996 aus. Sie bezeichnete es unter Hinweis auf die im „Roten Wien“ der Zwischenkriegszeit als selbstverständlich erscheinende, weltanschaulich begründete Handlungsweise der Politik als „Ideologieressort“.



Bundesminister a. D. Rudolf Scholten bei der Eröffnung einer Kunstinstallation im Jahr 2011 (oben)
und bei einer Veranstaltung im Parlament 2009 (unten)



Kunst und Kultur waren ein Riesenthema. Da konnte natürlich auch die Opposition etwas festmachen. – Die Sache mit Mühl¹⁷ damals, der nach seiner sechs- oder siebenjährigen Haft enthaftet wurde und dann im Museum für angewandte Kunst wohnen durfte von Gnaden des damaligen Direktors Noever!¹⁸ Und in der Burg durfte Mühl ein Dramolett aufführen, obwohl er mit der darstellenden Kunst überhaupt nichts zu tun hatte, und viele Schauspieler – Meyer¹⁹ zum Beispiel – haben dagegen protestiert. Ich muss dazusagen, ich selber habe Mühl mittlerweile zu Hause; damals nicht, weil ich das schon abstrahiere, und er ist ein großartiger Künstler, ein großartiger Maler, aber natürlich diese andere, ganz, ganz dunkle Seite, die darf man auch nicht verkennen.

So gab es natürlich Themen, die man verwenden konnte. Und deshalb – um auf Ihre Frage zurückzukommen – Spiegelminister: Da habe ich mich dann angeboten, weil ich ja in der Kultur tätig war, also Kultursprecher, und dann bin ich in die Wissenschaftsschiene hineingekommen. Das war ja nach dem Bundesministeriengesetz damals in einem Ministerium zusammengefasst, und das war der Minister Scholten²⁰, und ich sollte sozusagen als „Gegen-Scholten“ aufgebaut werden.

17 | Otto Mühl (1925–2013) war Aktionskünstler, Maler und Gründer einer Kommune, die von 1974 an ihr Zentrum im Friedrichshof, einem Landgut im Burgenland, hatte. 1991 wurde Mühl wegen des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen und weiteren Delikten zu einer siebenjährigen Freiheitsstrafe verurteilt.

18 | Peter Noever (*1941), Designer und Ausstellungskurator, war von 1986 bis 2011 Direktor des Österreichischen Museums für angewandte Kunst in Wien.

19 | Robert Meyer (*1953) wurde 1974 Ensemblemitglied des Wiener Burgtheaters und war von 2007 bis 2022 Direktor der Wiener Volksoper.

20 | Rudolf Scholten (*1955) war als Jurist in der Österreichischen Kontrollbank tätig, als ihn Franz Vranitzky 1984 in sein Kabinett im Finanzministerium bzw. ab 1986 im Bundeskanzleramt berief. Von 1988 bis 1990 war er Generalsekretär des Österreichischen Bунdestheaterverbandes. Das zu Vranitzky bestehende Vertrauensverhältnis war dafür maßgeblich, dass dieser ihn 1990 in die von ihm geführte Bundesregierung holte. Von 1990 bis 1994 war er Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport bzw. für Unterricht und Kunst, von 1994 bis 1996 Bundesminister für Wissenschaft und Forschung bzw. für Wissenschaft, Forschung und Kunst und schließlich von 1996 bis 1997 Bundesminister für Wissenschaft, Verkehr und Kunst. Mit der Übernahme der Funktion des Bundeskanzlers durch Viktor Klima schied Scholten aus der Bundesregierung aus. Zweimal, 1994 und 1996, hatte er am Beginn der Gesetzgebungsperiode kurzzeitig für die SPÖ ein Nationalratsmandat bekleidet. Von 1997 bis 2016 war er als Vorstandsmitglied bzw. von 2014 an als Generaldirektor der Österreichischen Kontrollbank tätig.

Ich muss dazusagen, ehrlich dazusagen, dass ich mich nicht als Spitzenwissenschaftsexperte gesehen habe, absolut nicht, und ich habe meine damalige Funktion als Ausschussvorsitzender nicht sehr politisch angelegt, sondern mehr organisatorisch, natürlich gestaltend, das ist ganz klar, mit der Tagesordnung und mit dem Worterteilen, aber ich habe mich selber sehr zurückgenommen. Das war eigentlich die Tätigkeit als Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses. Und Minister Scholten war dann mir gegenüber wesentlich freundlicher gestimmt als zuvor, aber er hat auch mehr verstanden von der Wissenschaft. So habe ich mich nicht verstrickt in irgendwelche Scharmütel, das habe ich nicht gemacht. Ich habe mich auch nicht als Wissenschaftspolitiker gesehen, wie gesagt, ich bin da hineingekommen durch diese erwähnte Schiene.

Interviewer: Wie haben Sie die Ausschussarbeit inhaltlich erlebt als Ausschussmitglied einer Oppositionspartei? Welche Funktion hat der Ausschuss inhaltlich und welche Möglichkeiten haben die Abgeordneten, die nicht die Regierungslinie vertreten, ihre Positionen im Ausschuss einzubringen?

Dr. Michael Krüger: Also diese Möglichkeit haben sie uneingeschränkt, das ist überhaupt keine Frage, es ist ja eine Art vorgelagerte Plenardebatté, aber halt Spezialplenardebatté nur zu diesem Gegenstand und nur von den Ausschussmitgliedern oder von den Ersatzmitgliedern. Dass man als Oppositionspartei seine Meinung uneingeschränkt vertreten konnte und sicher jetzt auch noch kann, das ist vollkommen unbestritten. Und es gab dann auch manchmal die Möglichkeit, irgendwelche Änderungsanträge zu stellen. Da habe ich das politische System damals so verstanden, dass es nicht sein kann, dass eine Oppositionspartei einen Initiativantrag stellt oder auch einen Abänderungsantrag, der dann so, wie er von der Oppositionspartei gestellt wurde, positiv abgestimmt wird, obwohl die Regierungsparteien damit einverstanden sind. Also das wird dann jeweils der Oppositionspartei weggenommen und wird integriert in den eigenen Antrag, aber das habe ich praktisch, ich weiß nicht, ob ich es überhaupt je erlebt habe, aber wenn, dann ganz, ganz selten erlebt, dass wirklich einmal einem Oppositionsantrag zugestimmt wurde im Parlament. Aber einige Male habe ich natürlich erlebt, dass durch derartige Initiativanträge ein Druck ausgeübt wurde auf die Regierungspolitiker im Parlament, auf die Abgeordneten natürlich, die

ja das dann nachzuvollziehen hatten, und dass die das dann aufgenommen haben und letztlich das vollzogen haben, was man selber wollte als Oppositionspolitiker.

Interviewer: Welche Hebel hat man da zur Verfügung, um so einen Druck aufzubauen? Die Öffentlichkeit, die Medien, informelle Verhandlungen mit den Regierungsfaktionen?

Dr. Michael Krüger: Verhandlungen vor allen Dingen mit den Interessengruppen, denen etwas daran gelegen ist, dass irgendetwas beschlossen wird. Ich kann mich erinnern, damals – ich bin Oberösterreicher, und ich habe damals in Oberösterreich gelebt, in Linz –, gab es eine sehr gute Kunstuniversität, und da haben sich die Dorftigen einen bestimmten Titel gewünscht. Der Rektor war da, und eben weil ich Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses war, ist man an mich herangetreten, dass ich dieses Anliegen unterstütze – ein ganz spezieller Titel war das für diese Sparte an der Kunstuniversität. Und da habe ich das schon mit Überzeugung vertreten, und es wurde dann Druck aufgebaut, denn die waren dann natürlich auch bei den Fraktionsvorsitzenden von den Regierungsparteien und haben gesagt: Der Ausschussvorsitzende ist dafür und wieso seid ihr dagegen? Was habt ihr gegen uns? – Und so konnte man dann einen Druck aufbauen, natürlich auch gelegentlich durch eine Pressekonferenz oder Lancieren von Pressemitteilungen oder durch Gespräche mit Journalisten. In dem Fall war es ja ein regionales Thema, und da kommt der Abgeordnete dann schon zum Zug, wenn er sich auf ein derartiges regionales Thema stürzt und die anderen Parteien an diesem Thema nicht vorbeikommen. So kann man dann wirklich etwas bewegen.

Aber ich möchte eines sagen, worauf ich schon stolz bin: Das war das Kunstrückgabegesetz²¹. Das war mir ein ganz großes Anliegen. Im Kunstrückgabegesetz ging es darum, dass man Unrecht wiedergutmacht, ja, eigentlich schon wiedergutmacht,

21 | Das am 5. November 1998 vom Nationalrat beschlossene Kunstrückgabegesetz, BGBl. I Nr. 181/1998, beinhaltete die Ermächtigung zur Rückgabe von Kunstgegenständen aus den österreichischen Bundesmuseen und Sammlungen an die ursprünglichen Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger, wenn es sich um von den nationalsozialistischen Machthabern zwischen 1938 und 1945 „arisierte“ Kunstwerke handelte, die beispielsweise wegen eines Ausfuhrverbots nach 1945 in das Eigentum des Bundes übergegangen waren.

indem man die Werke zurückstellt, die abgenommen wurden, unter den furchtbarsten Bedingungen abgenötigt wurden, um eine Bagatelle abgenötigt wurden oder überhaupt gleich enteignet wurden. Das war ein großes Thema damals, dieses Kunstrückgabegesetz. Das ist dann diskutiert worden, und der Klubobmann Khol²² von der ÖVP ist auf mich zugekommen, er hat gewusst, dass ich der Ansprechpartner dafür in der FPÖ bin, und hat zu mir gesagt, sie setzen es überhaupt nur auf die Tagesordnung, er stimmt dem nur zu, wenn wir auch zustimmen, weil er weiß, es ist nicht mehrheitsfähig. Das war sein Argument.

Ich war natürlich der Meinung, dass man dieses Unrecht versucht, gutzumachen oder einen Ausgleich zu schaffen, und habe mich sehr eingesetzt dafür. Na, da habe ich mir aber meine Watschen im eigenen Club abg'holt. Ich kann mich noch erinnern, eine Abgeordnete, eine bekannte Wiener Abgeordnete – ich glaube, man soll ja in so einer Dokumentation Ross und Reiter nennen, in dem Fall Reiterin –, die Frau Pablé²³: Ja, die sind eh so reich, die Rothschilds²⁴, und so weiter ... die kriegen das alles zurück! – Also sehrnegativ ist argumentiert worden. Und Haider hat das eigentlich sehr gut gemacht, er war nämlich damals Klubobmann, er hat sich immer alles angehört, er hat nie vorweg erkennen lassen, in welche Richtung es geht. Und natürlich war die Mehr-

22 | Andreas Khol (*1941) war Direktor der Politischen Akademie der ÖVP, als er 1983 in den Nationalrat entsandt wurde, dem er bis 2006 angehörte. Von 1994 bis 1999 sowie von 2000 bis 2002 war er Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs, zwischenzeitlich von 1999 bis 2000 kurzfristig Dritter Präsident des Nationalrates. Präsident des Nationalrates war er von 2002 bis 2006. Von 2005 bis 2016 war er Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes. 2016 kandidierte er erfolglos für das Amt des Bundespräsidenten.

23 | Helene Partik-Pablé (*1939) wurde nach einem berufsbegleitenden rechtswissenschaftlichen Studium Richterin und als Untersuchungsrichterin im Wiener AKH-Skandal österreichweit bekannt. Von 1983 bis 2006 gehörte sie für die FPÖ dem Nationalrat an; 2006 wechselte sie zu der von Jörg Haider neu gegründeten politischen Partei BZÖ.

24 | Die Familie Rothschild ist eine jüdische Bankiersfamilie, deren Bankhaus mit Stammsitz in Frankfurt am Main im 19. Jahrhundert das größte der Welt war. Die Familie verzweigte sich in verschiedene Linien; die österreichische Linie wurde von Salomon Rothschild begründet, der 1822 in den Freiherrnstand erhoben wurde. Nach dem „Anschluss“ 1938 wurde das Oberhaupt der Wiener Linie Louis Nathaniel Freiherr von Rothschild von der Gestapo inhaftiert und durfte nur gegen Preisgabe seines Wiener Besitzes, darunter seine umfangreichen Kunstsammlungen, ausreisen.



Nationalratsabgeordneter Ewald Stadler bei einer Rede während der konstituierenden Sitzung des Nationalrates am 30. Oktober 2006 (oben) und bei der Europatagung 2009 (unten)



heit gegen meine Meinung. Und er hat es dann eingefangen, und zum Schluss hat er gesagt – ich weiß nicht, ob es Taktik war bei ihm -: Na ja, eigentlich ist sie eh arg, die G'schicht. Jetzt in seinen Worten, er hat sich sehr gut ausgedrückt, intellektuell war er ja, und er hat dann gesagt, er ist auf jeden Fall dafür, dass wir da zustimmen, da muss man zustimmen und soll man zustimmen. Und daher ist dann auch dieses Kunstrückgabegesetz letztlich verabschiedet worden im Parlament. Und da maße ich mir an, dass es ohne mich nicht in Kraft getreten wäre. Das sehe ich als eine persönliche Leistung von mir an.

Interviewer: Damit haben Sie einen interessanten Punkt berührt, nämlich den der Willensbildung innerhalb des Klubs. Wie hat sich diese Willensbildung üblicherweise vollzogen?

Dr. Michael Krüger: Ja, wie erwähnt. Als Haider Klubobmann war, ist er dann abgelöst worden, ist nach Kärnten gegangen, und Stadler²⁵ hat dann den Club übernommen beziehungsweise sehr oft war Stadler da – er war geschäftsführender Klubobmann – und hat die Sitzungen geleitet. Mir war natürlich lieber, der Haider hat sie geleitet, weil er sie wesentlich ausgewogener geleitet hat, weil er sich wirklich alle – bis zur letzten Wortmeldung – Meinungen angehört hat und dann eben versucht hat, einen Kompromiss zu machen beziehungsweise dass es in die eine Richtung geht oder in die andere Richtung. Das habe ich schon als sehr großen demokratischen Prozess innerhalb des Klubs gesehen. Bei uns damals im Club war schon die Devise: Wenn sich der Club einmal durchringt zu einer bestimmten Meinung, zu einer Mehrheitsmeinung, dann soll diese Mehrheitsmeinung von allen vertreten werden. Das ist natürlich auch sehr wichtig für eine politische Partei: Wenn der eine A sagt, der andere B und

25 | Ewald Stadler (*1961), Jurist, gehörte von 1989 bis 1994 für die FPÖ dem Vorarlberger Landtag und von 1994 bis 1999 dem Nationalrat an, wo er auch als geschäftsführender Klubobmann des FPÖ-Parlamentsklubs fungierte. Von 1999 bis 2001 war der Mitglied der niederösterreichischen Landesregierung, von 2001 bis 2006 Volksanwalt. 2006 wurde er neuerlich für die FPÖ in den Nationalrat gewählt, trat aber aus der FPÖ aus und kandidierte 2008 für das BZÖ, als dessen Mandatar er bis 2011 dem Nationalrat angehörte, um dann das dem BZÖ durch die Erhöhung der Abgeordnetenanzahl gemäß dem Vertrag von Lissabon zufallende Mandat im Europäischen Parlament anzunehmen. Mitglied des Europäischen Parlaments blieb er bis 2014, auch nachdem er 2013 aus dem BZÖ ausgeschlossen worden war.

der Dritte C, dann weiß der Wähler nicht mehr, wofür die Partei eigentlich steht, dann wird das verwässert. Aber das war ein sehr demokratischer Prozess, teilweise fast zu demokratisch in dem Sinne, dass diese Sitzungen ewig gedauert haben. Sie haben um 16 Uhr begonnen und dann bis 10, 11 am Abend ... 22, 23 Uhr gedauert. Natürlich haben sich die Kolleginnen und Kollegen und vielleicht auch ich mich gern reden gehört, um auf sich aufmerksam zu machen, das kommt natürlich auch dazu, die Eitelkeit spielt eine Rolle. Aber in der Fraktion damals war das ein ziemlich demokratischer Prozess, wie die Willensbildung vonstattengegangen ist, und keineswegs so, dass es aufoktroyiert worden wäre: Passt auf, so und so ... wir entscheiden so und so, gibt es eine Wortmeldung? – Also, das war absolut nicht so, sondern ganz im Gegenteil.

Interviewer: In dem Beispiel des Kunstrückgabegesetzes, das Sie genannt haben, schien es aber dann doch letztendlich so zu sein, als ob eine Entscheidung, die im Klub keine Mehrheit gefunden hätte, durch die Vorgabe des Klubobmanns durchgesetzt wurde.

Dr. Michael Krüger: Ja, ja! Natürlich, er hatte die Autorität, und ich war natürlich auch sehr froh, dass er sie eingesetzt hat in einer guten Sache. Es ist richtig: Die Mehrheit wäre dagegen gewesen. Es ist überhaupt keine Frage, ich würde auch sagen, die weit-aus überwiegende Mehrheit, weil eben auch so Totschlagsargumente gekommen sind wie, die sind ja eh so reich, die haben ja eh so viel, und so weiter, und überhaupt nicht ins Treffen geführt wurde, dass wirklich ... die Rückgaben dann, das war ja ein Hohn nach dem Zweiten Weltkrieg und weit nach dem Zweiten Weltkrieg, dass Sachen zwar restituiert worden wären oder wurden, aber sofort mit einer Ausfuhrsperrre belegt wurden. Dass damit natürlich der Verkehrswert nicht erzielbar war. Und hätten die Eigentümer frei verfügen können über ihr Eigentum, dann hätten sie es natürlich schon früher verkaufen können am freien Markt oder auch später oder gar nicht verkaufen, aber so wurde es ihnen zu einem Bettel abgeluchst oder überhaupt gestohlen. Dass man ein derartiges Unrecht wiedergutmacht, sollte doch jedem Menschen einleuchten. Aber dennoch ist es ein sehr heikles Thema. Schlussstrichdebatte und so weiter hat es auch immer wieder gegeben, gibt es ja bis heute, da hat sich überhaupt nichts geändert, aber Unrecht bleibt halt Unrecht.



Interviewer: Ist es im Klub gelegentlich zu Abstimmungen gekommen oder sind die zur Diskussion stehenden Fragen dann eher durch ein zusammenfassendes Wort des Klubobmanns entschieden worden?

Dr. Michael Krüger: Ja, schon meistens durch ein zusammenfassendes Wort. Weil Sie nach Abstimmungen fragen und ich das jetzt auf mich beziehen darf: Aufgrund meiner doch etwas modernen, liberalen Kultur- und Kunstepolitik bin ich durch putschähnliche Umstände abberufen worden in der Klubsitzung. Meine persönlichen Freunde waren schon längst beim Heurigen oder sonst irgendwo unterwegs, die natürlich für mich Partei ergriffen hätten und das nie zugelassen hätten, aber das waren eben lustige Gesellen, die schon nicht mehr dabei waren, und auf einmal – „Ja, gibt es noch irgendetwas?“ – steht die Mares Rossmann²⁶ auf und beantragt eine Abstimmung dar-

26 | Mares Rossmann (*1953), von Beruf Gastronomin, war von 1994 bis 1998 sowie von 2002 bis 2006 als Vertreterin der FPÖ Abgeordnete zum Nationalrat. Von 2000 bis 2003 war sie als Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit mit Angelegenheiten des Tourismus befasst. Von 2006 bis 2013 gehörte sie dem Kärntner Landtag an.

über, dass die Kultursprecherin in Hinkunft Höbinger-Lehrer²⁷ heißen soll und nicht mehr ich. Die hat die Abstimmung dann auch gewonnen. Und da muss ich wieder sagen, das kann man zwiespältig sehen. Man kann es einerseits als autoritär sehen, andererseits aber auch als richtig. Am nächsten Tag hat Haider mich in sein Zimmer zitiert und auch die Höbinger-Lehrer, die Staatsanwältin, sie war Staatsanwältin vorher, und hat es ihr schnell ausgeredet, dass es doch nichts ist für sie, und sie hat dann gesagt, dass sie die Nominierung und die Wahl nicht annimmt. Insoweit ist es doch wieder demokratisch: Man kann eine Wahl annehmen oder auch nicht annehmen. Das ist eigentlich ein recht interessantes Zwischenspiel gewesen, es ist übrigens nie an die Medien gelangt, das wäre eine gute Geschichte für die Medien gewesen, aber vielleicht zu uninteressant. Aber es ist doch eher selten, dass ein Sprecher auf einmal durch eine Ad-hoc-Abstimmung seines Amtes entthoben wird. Ich habe es eh total locker gesehen, ich habe mir gedacht, na ja, mein Gott, soll es halt wer anderer machen, dann bin wenigstens aus der Schusslinie. Aber es war ganz lustig.

Interviewer: Vielleicht noch einmal zurück zur Ausschussarbeit. Sie können ja verschiedene Ausschüsse miteinander vergleichen: Kultur, Wissenschaft, Justiz, Verfassung. Waren da die Arbeitsstile unterschiedlich? Waren die Diskussionskulturen unterschiedlich oder gab es überwiegend gemeinsame Diskussionsstile? Wie haben Sie diesen Vergleich gezogen?

Dr. Michael Krüger: In den Ausschüssen geht es eigentlich so zu: Da ist der Minister, da ist der Ausschussvorsitzende, der einmal ein bissel mehr moderiert, ein anderes Mal vielleicht ein bissel weniger und sich mehr einbringt auch als Spitzenredner, nicht nur den Ablauf der Ausschusssitzung bestimmt, sondern auch den Standpunkt seiner Partei dort darlegt, aber das ist eigentlich in allen Ausschüssen sehr, sehr ähnlich. Es geht total kultiviert zu, es schaut ja keiner zu. Es ist eine sehr, sehr angenehme Tätigkeit, ein sehr angenehmes Klima. Man kommt sich vielleicht auch menschlich näher, man sitzt ja an einem großen Tisch, man hat dann vielleicht wechselseitig mehr Verständnis für den anderen. Es ist eine sehr, sehr angenehme Tätigkeit. Und letztlich

27 | Liane Höbinger-Lehrer (1931–2010) war Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Wien und gehörte als Mandatarin der FPÖ von 1994 bis 1996 sowie im Jahr 1999 dem Nationalrat an.

weiß man ja auch nicht, wie es ausgeht. Wenn es einmal im Plenum ist, dann weiß man ja schon, wie es ausgeht, aber im Ausschuss weiß man es noch nicht. Da können noch Abänderungsanträge kommen, vielleicht auch von der Opposition, die akzeptiert werden, oder von den Regierungsparteien, weil irgendeine Interessenvertretung sich schlecht vertreten fühlt und noch irgendetwas hineinreklamiert. Wenn damals der Herr Dichand²⁸ anruft und sagt, beim Sozialversicherungsgesetz²⁹: Das darf sich nicht auf die Kolportiere beziehen, weil das sonst zu Mehrkosten in der Kolportage führt!, und das natürlich glatt gleichheitswidrig ist, aber das allen wünscht ist, weil wenn der Dichand was anschafft, dann hat das zu geschehen ... Also damals, heute würde das sicher nicht mehr funktionieren, aber damals hat es noch funktioniert. Die Regierungsparteien haben diese Ausnahme damals geschaffen – nur als Beispiel, das mir wieder eingefallen ist, wo dann noch im letzten Moment etwas abgeändert wird im Ausschuss oder auch im Plenum. Da kann es auch noch sein.

Interviewer: Sie haben gesagt: Es schaut ja keiner zu. Eine alte Diskussion, auch in der Öffentlichkeit oder insbesondere in der Öffentlichkeit, ist ja, die Ausschüsse transparenter zu gestalten, sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Unter dem Gesichtspunkt, den Sie genannt haben, nämlich der Voraussetzung dieser fehlenden Öffentlichkeit für eine ruhige und amikale Diskussionskultur: Wie beurteilen Sie diese Diskussion und wie beurteilen Sie diese Forderung nach Öffnung und Transparentmachung der Ausschüsse?

Dr. Michael Krüger: Ja, Transparenz ist natürlich ein Schlagwort. Auf der anderen Seite darf man nicht vergessen, es gibt ja unzählige Ausschusssitzungen, das wäre dann

28 | Hans Dichand (1921–2010) war Journalist und gründete 1959 die „Neue Kronen Zeitung“, die er bis zu seinem Tod als Herausgeber leitete. Aufgrund des hohen Marktanteils dieser Zeitung konnte er seine Position auch dazu verwenden, um in Kampagnen bestimmte Politiker oder politische Positionen zu unterstützen oder zu bekämpfen.

29 | Die Regelung, mit welcher eine Sozialversicherungspflicht für „unechte“ Werkverträge eingeführt wurde, war in Artikel 34 des Strukturanpassungsgesetzes 1996, BGBl. Nr. 201, enthalten. Dem in § 5 Abs. 1 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes eingefügten Ausnahmetatbestand zufolge wurden – in Abänderung der Regierungsvorlage – in Unternehmen, die periodische Druckwerke herstellen, „Beschäftigte, die diese periodischen Druckwerke vertreiben oder zustellen“, also im Wesentlichen Zeitungskolportiere, von der Sozialversicherungspflicht ausgenommen.

für den interessierten Beobachter fast ein Overkill, da müsste es eigentlich einen eigenen Parlamentssender geben. Das kann ja kein Sender bewältigen, die Ausschusssitzungen sind teilweise parallel. Was ich mir schon vorstellen könnte und was durchaus wünschenswert wäre, wenn es wirklich „um die Wurscht“ geht, wenn es wirklich um sehr viel geht, wenn es um ein Thema von wirklich sehr starkem öffentlichen Interesse geht, da könnte ich mir schon vorstellen, dass solche Sitzungen öffentlich gestaltet werden sollen, damit die Menschen auch wirklich sehen, wer sich wie einsetzt. Das glaube ich schon, dass das im Einzelfall wünschenswert wäre, aber insgesamt ist es, glaube ich, nicht praktikabel, weil es eben zu viele Sitzungen gibt.

Interviewer: Wir haben jetzt ein wenig über die Ausschussebene gesprochen, und dann folgt ja im parlamentarischen Prozedere die Plenarebene mit ganz anderer Diskussionskultur. Wie haben Sie diese Unterschiede zwischen der Ausschussebene und der Plenarebene im parlamentarischen Diskurs erlebt?

Dr. Michael Krüger: Schon wesentlich kontroversieller, weil die Abgeordneten oder auch die Minister, die dann etwas vorzutragen haben, wissen, dass das Fernsehpublikum zuschaut oder teilweise zuschaut, zumindest. Damals war es so, dass bis zu einer bestimmten Zeit eine Übertragung war, die war aber nicht sehr lang, sodass meistens nur der Spitzenredner jeder Fraktion überhaupt gezeigt wurde im Fernsehen. Aber da beginnt natürlich das Spiel mit der Öffentlichkeit, da wird versucht, Politik zu machen. Da werden halt dann Aussagen vorbereitet, pointierte Aussagen, wo die, die Aussagen treffen, genau wissen, dass diese Aussage dann im Fernsehen gezeigt wird. Also der perfekte Rhetoriker zeichnet sich dadurch aus, dass er im Vornhinein ganz genau weiß – und dann hebt er auch die Stimme entsprechend –, dass das die Passage ist, die dann letztlich in der „Zeit im Bild 1“ oder in der „Zeit im Bild 2“ ausgestrahlt wird, es sei denn, dass der dortige Redakteur „bösartig“ ist und das einfach ausblendet – das gibt es natürlich auch. Die Macht der Redakteure ist ja doch eine sehr große. Aber gute Rhetoriker – und die Spitzenredner sind das meistens – zeichnen sich eben dadurch aus, dass sie ganz genau wissen, welche Botschaft sie unterbringen wollen und wie pointiert müssen sie die bringen, damit sie auch gesendet wird.

Interviewer: Die Geschäftsordnungsgesetz-Novelle 1996, die ja in die Zeit Ihrer parlamentarischen Tätigkeit gefallen ist, hat die Regeln für die Plenardebatten grundlegend geändert, insbesondere durch Einführung von grundsätzlichen Redezeitbeschränkungen und Redezeitkontingentierungen. Wie haben Sie diese Veränderung erlebt?

Dr. Michael Krüger: Ich habe sie sehr positiv erlebt, das ist auch richtig so. Der Begriff des Filibusters³⁰ ist ja aus der Antike bekannt,³¹ aber ich sehe wenig Sinn, nur weil man eine Debatte über die Nacht ziehen will aus irgendeinem Grund und die Abstimmung erst am nächsten Tag erfolgen soll, dass dann ein Redner dort steht und wie der Iron Man oder die Iron Woman 8 Stunden zu einem Thema spricht. Also, da sehe ich überhaupt keine Sinnhaftigkeit, und daher habe ich das sehr, sehr begrüßt. Es war ja damals wirklich so – vor dieser Novelle der Geschäftsordnung³² –, dass die Debatten wahnsinnig lange gedauert haben. Ich weiß das noch, weil wir sind ja dann doch noch gerne auf einen, heute würde man sagen, „Absacker“ gegangen oder auf ein Glas Bier oder sonst etwas, aber es gab keine Lokale mehr, die offen hatten – um halb fünf waren das nur mehr die einschlägigen Lokale, da sollte sich aber ein Abgeordneter nicht drinnen wiederfinden. Man darf nicht unterschätzen, was das gesundheitlich bewirken kann, wenn der Abgeordnete ... vielleicht ist es jetzt anders nach der Renovierung des Parlaments, aber damals konnte man überhaupt kein Zeitgefühl haben, weil das

30 | Ausgehend vom US-amerikanischen Parlamentarismus bezeichnet der Begriff Filibuster die Verzögerung der parlamentarischen Beschlussfassung durch Dauerreden. Der Begriff selbst geht auf eine Bezeichnung für die Piraten zurück, die in der frühen Neuzeit die Karibik unsicher gemacht haben.

31 | Bereits im römischen Senat bestand in der Spätzeit der Republik die Praxis, durch eine *Oratio longa* – eine lange Rede – die Debatte zu verlängern und dadurch die Beschlussfassung zu verzögern.

32 | Bis zur GOG-Novelle 1996 waren die Möglichkeiten, die Redezeit der Abgeordneten in den Debatten des Nationalrates zu begrenzen, sehr beschränkt: Gemäß § 57 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 konnte die Redezeit jedes Abgeordneten auf nicht weniger als 20 Minuten je Debatte begrenzt werden, und auch solche Beschlüsse wurden nur selten gefasst. Erst als ab der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre die durchschnittliche Dauer der Sitzungen des Nationalrates immer mehr zunahm und viele Sitzungen über Mitternacht hinaus andauerten, wurde die Forderung nach Redezeitbegrenzungen immer häufiger erhoben. Die GOG-Novelle 1996 führte ein umfassendes System der Redezeitbegrenzungen ein, das auf einer Verbindung von individueller Begrenzung der Redezeit mit kontingenterter Zuteilung von Redezeiten an die parlamentarischen Klubs beruht.

Licht immer gleich war. Ob das jetzt drei in der Früh oder zehn am Vormittag war, wenn man nicht über die Zeit nachgedacht hat, hätte man das ja nicht gewusst aufgrund der äußereren Einflüsse, und auf einmal schaut man auf die Uhr und denkt: Das gibt es ja nicht, es ist halb vier! Und das ist schon arg, wenn dann Sitzungen so lange dauern: 14, 16 oder 18 Stunden. Was hat denn das für einen Sinn? Was will man damit beweisen? Ich habe diese Kontingentierung und die Redezeitbeschränkung als sehr wohltuend und richtig empfunden.

Interviewer: Wie haben Sie sich auf Ihre Reden vorbereitet? Haben Sie sich da ein Konzept gemacht oder lediglich Stichworte oder haben Sie ganz frei gesprochen?

Dr. Michael Krüger: Die ersten paar Reden habe ich mir schon versucht, ins Gedächtnis einigermaßen einzubrennen. Ich habe sehr viel gesprochen, ich war einer der häufigsten Redner im Parlament, in irgendeiner Halbzeit war ich – zumindest von unserer Fraktion – der Redner mit den meisten Reden, weil ich eben so viele Fächer abgedeckt habe. Und dann bin ich dazu übergegangen, dass ich relativ frei gesprochen habe. Ein paar Stichworte habe ich mir gemacht und dann habe ich relativ frei gesprochen. Arbeitsmäßig wollte ich das einfach auch nicht, dass ich ... Und außerdem, eine gewisse Spontaneität ist durchaus gut, und Spontaneität ergibt sich auch aus den Zwischenrufen, und das kann dann teilweise ganz lustig werden.

Interviewer: Der Präsident Gratz hat die Zwischenrufe immer als „das Salz in der Suppe des Parlamentarismus“ bezeichnet. Haben Sie das auch so erlebt?

Dr. Michael Krüger: Ja, durchaus. Wenn man schlagfertig war ... das ist natürlich auch gefährlich. Es gibt ja Politiker, die wegen einer Reaktion auf Zwischenrufe zurücktreten mussten, wie es 1991 im Kärntner Landtag bekanntlich der Fall war.³³ Es ist auch

33 | Am 13. Juni 1991 replizierte der im Kärntner Landtag in einer Debatte über einen Antrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit am Wort befindliche Landeshauptmann Jörg Haider auf den Zwischenruf eines SPÖ-Abgeordneten mit der Aussage: „... im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal Ihre Regierung in Wien zusammenbringt.“ (Sten. Prot. 32 Sitzung des Kärntner Landtages, 26. GP). Nach einer Sitzungsunterbrechung zog Haider diese Aussage zurück, er wurde jedoch in weiterer Folge zunächst von den Grünen, dann von der SPÖ und



Nationalratsabgeordneter Josef Cap (SPÖ) bei einer Rede während des Sitzung des Nationalrates am 17. Mai 2017

eine gefährliche Sache, dass einem irgendetwas rausrutscht nur um des Gags willen. Ich würde nicht unterstellen, dass das drinnen war im Landeshauptmann damals, sondern einfach, um irgendwie etwas zu sagen und vermeintlich gleich in den Angriff zu gehen, und dann kommt aber etwas raus, was sich im Endeffekt als grauslich herausstellt, wenn man es isoliert betrachtet, und das gesprochene Wort, wenn es einmal draußen ist, kann ja nicht mehr zurückgenommen werden. Also es ist auch gefährlich, aber es ist sicher das Salz in der Suppe des Parlamentarismus, und es soll ja Abgeordnete gegeben haben – ich habe es nicht erlebt –, die sich überhaupt nicht vorbereitet haben, sondern sie sind runtergegangen und haben auf Stichworte gewartet. Da soll es einmal passiert sein, wurde mir erzählt, bei einem freiheitlichen Abgeordneten vor meiner Zeit ... Der war ein derartiger Redner, der ist runtergegangen, dann haben sich die anderen offensichtlich zusammengetan und haben kein einziges Wort gesagt, keinen Zwischenruf gemacht, gar nichts, und der soll dann angeblich eine Art Ohnmachtsanfall vorgetäuscht haben und ist dann schnell wieder auf seinen Platz zurückgekehrt, weil er einfach nicht gewusst hat, was er sagen soll. Ich weiß nicht, ob das stimmt, aber das wurde jedenfalls einmal erzählt.

Interviewer: Sie haben gesagt, den guten Rhetoriker erkennt man daran, dass er genau weiß, was aus seiner Rede den Weg in die Medien finden wird. Wer waren die guten Rhetoriker in der Zeit, die Sie erlebt haben?

Dr. Michael Krüger: Die besten Rhetoriker, würde ich sagen, um es jetzt einmal von der anderen Seite zu sehen ... Einer war sicher der Josef Cap³⁴, wobei der Josef Cap

schließlich auch von der ÖVP, die mit der FPÖ seit 1989 in einer Koalition auf Landesebene verbunden war, zum Rücktritt aufgefordert. Am 21. Juni entzog der Landtag Jörg Haider als Landeshauptmann das Vertrauen, und der Obmann der Kärntner ÖVP, Christof Zernatto, wurde mit Unterstützung der SPÖ zum Landeshauptmann gewählt.

34 | Josef Cap (*1952), Politikwissenschaftler, erregte als Vorsitzender der Sozialistischen Jugend auf dem SPÖ-Bundesparteitag 1982 großes Aufsehen, als er dem burgenländischen Landeshauptmann Theodor Kery drei kritische Fragen stellte, und wurde 1983 nach einem erfolgreichen Vorzugsstimmenwahlkampf in den Nationalrat gewählt, dem er bis 2017 angehörte. Von 1988 bis 1993 war er Zentralsekretär der SPÖ, von 1993 bis 1995 ihr Bundesgeschäftsführer. Von 2001 bis 2007 fungierte er als geschäftsführender Klubvorsitzender, von 2007 bis 2013 als Klubvorsitzender und von 2013 bis 2017 als Klubvorsitzenderstellvertreter der Sozialdemokratischen Parlamentsfraktion.

ein wirklich ganz glänzender Rhetoriker war, aber es meiner Meinung nach öfter überzogen hat, sodass seine Glaubwürdigkeit gelitten hat. Der Cap hat sich aus meiner Sicht kaum vorbereitet auf eine Rede, er hat aus einem unglaublichen Fundus geschöpft, er ist ja ein sehr gebildeter Mann, von der Uni noch und so weiter, vom VSStÖ³⁵, und das war eben sein Beruf. Er war ein glänzender Rhetoriker, mir manchmal zu verächtlich gegenüber anderen Kollegen. Die hat er nicht einmal mit dem Namen bezeichnet: „Der da“, hat er immer gesagt, „der“. – Aber gut.

Verächtlich – um bei dem Stichwort zu bleiben: Stadler zum Beispiel. Ein glänzender Rhetoriker, aber auch mit der Fähigkeit, Menschen wirklich fertig zu machen, wirklich verbal regelrecht fertig zu machen. Das ist ja auch nicht der Sinn, und das macht einen guten Rhetoriker auch nicht aus, ein guter Rhetoriker könnte ja mit einer feinen Klinge viel anbringen und viel unterbringen – das konnte er auch, und er hat wirklich hervorragende Reden gehalten. Für einen Oppositionspolitiker war er der perfekte Redner, und nicht umsonst war ja seine große Zeit immer in der Opposition, in der Regierung war er ja nie vertreten, er ist dann irgendwie abgeschoben worden nach Niederösterreich und dann zur Volksanwaltschaft. Es war ja kein Zufall, weil es sehr schwer gewesen wäre, mit ihm zu irgendeinem Konsens zu kommen.

Natürlich der Haider war ein unglaublicher Rhetoriker, das ist, glaube ich, fraglos. Das waren sicher die Spitzenredner aus meiner Sicht, aber es gibt sicher auch andere. Ein Peter Schieder³⁶ hat auch sehr, sehr gute Reden gehalten. Es hat mehrere gegeben.

35 | Bereits 1893 war in Wien die Freie Vereinigung Sozialistischer Studenten, 1922 dann der Verband Sozialistischer Studenten entstanden. Nach dem Verbot 1934 wurde der Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ) 1945 wieder ins Leben gerufen und war an der Gründung der Österreichischen Hochschülerschaft als gesetzlicher Interessenvertretung der Studierenden beteiligt.

36 | Peter Schieder (1941–2013), beruflich als Journalist tätig, war Vorsitzender der Sozialistischen Jugend, als er 1970 erstmals in den Nationalrat berufen wurde. Dieses Mandat legte er 1973 zurück, um die Funktion des amtsführenden Stadtrates für Umwelt in Wien zu übernehmen, die er bis 1984 ausübte. Von 1984 bis 1988 war er Zentralsekretär der SPÖ und bis 2006 Abgeordneter zum Nationalrat, wo er von 1994 an als außenpolitischer Sprecher der SPÖ fungierte. In der Parlamentarischen Versammlung des Europarates war er von 1995 bis 2002 als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion tätig, und von 2002 bis 2005 war er Präsident der Versammlung.

Ich würde das gar nicht auf die drei beschränken, das sind die, die mir spontan ein-fallen. Aber wahrscheinlich die wirklich großen Rhetoriker, aus meiner Beobachtung, weil ich ja immer politisch interessiert war, die waren schon in der Generation davor: Ein Zeillinger³⁷ zum Beispiel war ein Meister der Rhetorik, was ich gehört habe von ihm, und der hat so diese Eleganz gehabt, er war angriffig, aber nicht den anderen niedermachend. Und das war bei allen dreien, die ich vorhin genannt habe, schon immer das Ziel, den anderen niederzumachen – oder meistens das Ziel.

Interviewer: Über das Plenum des Nationalrates, oder allgemeiner: parlamentarische Plena, wird ja einerseits häufig gesagt, man redet dort lediglich, das klingt auch wieder ein bisschen verächtlich, „zum Fenster hinaus“. Auf der anderen Seite wird aber auch gerade dieses Zum-Fenster-Hinausreden als die zentrale Funktion des Plenums gesehen, nämlich die Öffentlichkeit zu informieren über das, was zuvor schon in nicht transparenten Gremien wie den Ausschüssen beraten worden ist. Wie würden Sie die Funktion des Plenums definieren?

Dr. Michael Krüger: Sie ist auf jeden Fall aus den von Ihnen genannten Gründen unbedingt erforderlich, um die Öffentlichkeit zu zeigen. Eines ist sicher nicht so wünschenswert: dass die Legistik von der Regierung ausgeht. Das ist eigentlich gar nicht vorgesehen. Idealerweise sollten ja die Abgeordneten, die Klubs und so weiter, letztlich die Gesetze formulieren und dann zur Abstimmung bringen, aber de facto ist es ja kaum der Fall, dass in den Klubs die Gesetze gemacht werden, sondern in den Ministerien, mit den Regierungsvorlagen.

Natürlich gibt es dann auch Initiativanträge aus dem Parlament heraus. Natürlich kann man, wenn einmal eine Linie beschlossen ist, als Oppositionspartei wenig ausrichten, aber man kann diese Öffentlichkeit erzeugen, man verewigt sich letztlich ja auch in den Stenographischen Protokollen, wo ja dann die Reden übertragen werden,

37 | Gustav Zeillinger (1917–1997), beruflich als Rechtsanwalt tätig, gehörte von 1953 bis 1977 als Vertreter des VdU bzw. der FPÖ dem Nationalrat an, wo er insbesondere durch seine rhetorische Brillanz in Erscheinung trat. Als 1977 die Volksanwaltschaft geschaffen wurde, wurde er für sechs Jahre zum Volksanwalt gewählt und trug nicht zuletzt durch seine geschickte Nutzung der elektronischen Medien dazu bei, diese neue Institution nachhaltig zu etablieren.

und letztlich könnte es sogar der Fall sein, dass der Verfassungsgerichtshof bei der Prüfung, bei der Normenkontrolle unter Umständen auch Parlamentsbeiträge heranzieht, um den Willen des Gesetzgebers zu erforschen, insbesondere Beiträge zu Ausschusssitzungen. Ich glaube, dass das enorm wichtig ist, sonst würde ja alles in nicht-öffentlichen Sitzungen stattfinden und nie das Licht erblicken und beispielsweise nie in die „Zeit im Bild“ kommen. Und da kann beispielsweise durch die Opposition noch einmal der Unmut ausgedrückt werden über irgendein Gesetz, und das erzeugt dann auch Druck, und letztlich kann man mit Druck auch Politik machen.

Ich kann mich beispielsweise erinnern: Als das Verkehrsbüro verkauft worden ist – damals war ich noch nicht in der Politik, aber es wurde öfter als Beispiel genannt, dass man als Oppositionspartei wirklich auch etwas bewegen kann –³⁸ und zwar um einen bestimmten, relativ bescheidenen Betrag, ist man draufgekommen oder die Oppositionspartei ist draufgekommen, damals die FPÖ ... Die hat den Finger in die Wunde gesteckt und gesagt: Moment, da ist ja der Anteil an den Casinos dabei, seid ihr noch zu retten?! Der Käufer wird durch den Kaufpreis zum Multimillionär! Ich glaube, Galler³⁹ hat er geheißen, soweit ich mich erinnere; er ist leider verstorben, ich kenne seine Witwe. Auf einmal hat dann der Anteil viel mehr gekostet, oder der Casinos-Anteil ist abgespalten worden, das kann auch sein, aber es wäre jedenfalls ein Wahnsinnsverlustgeschäft geworden, und insofern kann man als Oppositionspartei schon auch etwas bewegen, indem man die Öffentlichkeit mobilisiert, beispielsweise durch Debattenbeiträge, aber natürlich auch durch Pressekonferenzen und Interviews mit Journalisten, indem man Journalisten sensibilisiert und so weiter.

38 | Der Verkauf der Anteilsrechte erfolgte aufgrund des vom Nationalrat am 16. Mai 1990 beschlossenen Bundesgesetzes, mit dem Bestimmungen über die Veräußerung von Anteilsrechten an der „Österreichisches Verkehrsbüro Aktiengesellschaft“ und die Änderung des Bundesfinanzgesetzes 1990 getroffen werden, BGBl. Nr. 278/1990. Zuvor hatten die FPÖ-Abgeordneten Holger Bauer und Genossen in einer Dringlichen Anfrage an den Nationalrat am 26. April 1990 vor den Folgen der Veräußerung gewarnt. Die Anteilsrechte wurden von der Girozentrale und Bank der österreichischen Sparkassen AG, der Zentralsparkasse und Kommerzialbank AG sowie von Generaldirektor Reinhard Galler erworben.

39 | Reinhard Galler (1944–1997) war von 1987 bis 1997 Generaldirektor des Österreichischen Verkehrsbüros, bei dessen Privatisierung im Jahr 1990 er 12,25 Prozent der Anteile erwarb.



FPÖ-Parteiobmann Jörg Haider (Mitte) beim Tag der offenen Tür 1991 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes



Jörg Haider beim FPÖ-Parteitag am 30. April 1983

Interviewer: In der Gesetzgebung liegt, wie Sie, statistisch belegbar, festgestellt haben, die Initiative überwiegend bei der Regierung und nicht beim Parlament. Worauf führen Sie das zurück?

Dr. Michael Krüger: Ich führe es einmal auf die Werkzeuge, auf das Werkzeug zurück. Ein Abgeordneter hat seinen parlamentarischen Assistenten, es gibt natürlich einen Legislativdienst, aber ein Ministerium hat ja ein Heer von Beamten, die in der Lage sind, Gesetze zu machen. Wenn man sich zum Beispiel die Covid-Gesetzgebung anschaut, wie schwierig die ist, oder die Verordnungen, und wie viele Leute da drüberfallen, und sehr gescheite Leute in den Ministerien! Also das würde das Parlament ja nie schaffen, da müsste man es ja so ausdehnen und so viele Mitarbeiter – Hunderte, wenn nicht sogar Tausende – einstellen, die dann in der Lage wären, diese Expertise auch abzubilden und dann umzugießen in Gesetze. Also das ist sicher der Hauptgrund. Und natürlich kommt auch dazu, dass die Vorfeldorganisationen politischer Parteien oder Parteiorganisationen, die diesen nahestehen, auch über große Rechtsbüros, Legislativdienste verfügen, sei es Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer oder ÖGB, die auch kraft ihrer Ressourcen in der Lage sind, Gesetze auszuformulieren und Anträge zu machen oder Regierungsvorlagen vorzuschlagen, und das macht sicher den Unterschied, und daher kann das gar nicht abgestellt werden. Man müsste natürlich schauen, dass man einiges reinbringt ins Parlament; also je mehr, desto besser wäre es natürlich, allein von der Gewaltentrennung her wäre es natürlich besser, aber es ist halt sehr schwer von den Ressourcen durchzubringen in die Richtung.

Interviewer: Sie haben die Ressourcen und die Infrastruktur angesprochen. Da gibt es im Prinzip drei Säulen, auf denen die Unterstützung der Abgeordneten ruhen kann: zum einen die Parlamentsverwaltung, dann die Infrastruktur der Klubs und dann die persönlichen Mitarbeiter, die Sie auch schon genannt haben. Wie haben sich diese Säulen in Ihrer Erfahrung bewährt, und wie haben sich die Aufgaben zwischen ihnen aufgeteilt?

Dr. Michael Krüger: Es hat sich im Lauf der Zeit verändert, für mich zumindest. Am Anfang wird man eigentlich ein bissel „verschaukelt“ von den eigenen Kollegen,

die schon Routiniers sind im Parlament. Damals hat es geheißen: Einen parlamentarischen Mitarbeiter, den brauchst du nicht, wir haben einen Pool, wir zahlen alles dort hinein in den Pool. Das war natürlich damals relativ wenig für einen parlamentarischen Mitarbeiter, es war natürlich kein Fulltime-Job, es waren unglaublich begehrte Jobs für Studenten oder für Leute, die eine Zwischenbeschäftigung gebraucht haben oder noch etwas anderes gemacht haben. Da bin ich gleich einmal reingepurzelt in eine derartige Falle: Du brauchst keinen Mitarbeiter, wir haben einen Pool – aber natürlich haben die, die in dem Pool gearbeitet haben, nichts für mich getan, sondern nur für die anderen arrivierten Abgeordneten. Da braucht man ein paar Monate, bis man draufkommt, dass man vollkommen „verschaukelt“ wird.

Und dann habe ich mir einen eigenen parlamentarischen Mitarbeiter genommen und bin ausgetreten aus diesem Pool, der mir nichts gebracht hat, und die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter – ich habe sie einmal gewechselt, ich habe sie eigentlich relativ lange gehabt – haben mir die Ausschusssitzungen schon sehr, sehr gut vorbereitet. Damals bekam man das ja nicht elektronisch, sondern in der Printversion, und das waren natürlich solche Wälzer! Und diese Mitarbeiter waren enorm wichtig, man darf nicht vergessen, ich habe ja immer meinen Beruf ausgeübt, ich war nie ausschließlich Parlamentarier, sondern das war wirklich 50 : 50 – 50 Prozent Rechtsanwaltstätigkeit, 50 Prozent Parlamentarier, und noch dazu die Fahrt Linz-Wien, die auch zeitlich sehr aufwändig war, da ist viel Zeit draufgegangen. Und so brauchte man einen Mitarbeiter, auf den man sich verlassen kann. Wenn man zum Ausschuss gekommen ist, musste man natürlich alles vorfinden an seinem Arbeitsplatz, was gerade verhandelt wird, welche Papiere verhandelt werden, und es war schon enorm wichtig, dass es das gibt.

Die Infrastruktur habe ich als positiv wahrgenommen. Wir haben schöne Schreibtische gehabt, natürlich keine Büros allein, aber das ist ja überhaupt nicht notwendig, weil man ja nicht immer da ist, sondern sogar eher selten wirklich am Schreibtisch sitzt, weil man eh immer irgendwo unterwegs ist, entweder im Plenum oder in einer Ausschusssitzung oder arbeitend in seinem Zivilberuf. Also die Ausstattung habe ich damals schon als sehr gut empfunden. Vor mir muss es teilweise sehr schlecht gewesen sein, was ich aus Übertragungen weiß, die Grünen haben damals überhaupt keine

Räumlichkeiten gehabt, als sie ins Parlament eingezogen sind, aber das hat sich längst gebessert gehabt, also ich habe eine sehr gute Infrastruktur vorgefunden. Später ist sogar jeder Abgeordnete mit einem Laptop ausgestattet worden, also diese Zeit habe ich auch noch erlebt, bis 2002 war das. Das war natürlich auch hilfreich, dass man dann alles am Laptop hatte.

Parlamentarisch hat man immer Unterstützung gehabt durch den Parlamentsdienst, durch die Mitarbeiter der Parlamentsdirektion in allen Abteilungen, vor allem war dort der Kontakt zwischen dem eigenen parlamentarischen Mitarbeiter und eben dem Mitarbeiter des Hauses, da gab es einen sehr engen Kontakt. Die mussten sich ja auch informieren, was los ist, wo kriegt man was? Also das habe ich als sehr angenehm empfunden. Ich muss auch dazusagen, die persönliche Betreuung durch die Mitarbeiter des Parlaments war sehr erfreulich, sie war sicher von einer Äquidistanz getragen gegenüber allen Parteien.

Das war nicht selbstverständlich aus der damaligen Sicht, weil es gab damals kein gutes Klima im Parlament, während meiner Zeit zum Teil kein gutes Gesprächsklima. Es war eben eine Partei, das war die FPÖ, und es hat vier andere Parteien gegeben. Das wurde einmal die „Viererbande“⁴⁰ genannt, despektierlich, irgendeine historische Anlehnung an China, da hat es das auch einmal gegeben, das hat, glaube ich, einmal der Haider oder der Stadler geprägt, also die FPÖ gegen die sogenannte „Viererbande“. Natürlich ist das auch keine sehr freundliche Bezeichnung, aber es war kaum Kontakt mit Ausnahme vielleicht dann in der Regierungszeit, 2000 bis 2002 habe ich das erlebt, aber davor war fast kein Kontakt zwischen den Abgeordneten der FPÖ auf der einen Seite und den Abgeordneten von ÖVP, SPÖ, Grünen und dem Liberalen Forum. Also beim Liberalen Forum war es sowieso klar, die waren sozusagen die Abtrünnigen, bei den Grünen ideologisch bedingt, weil man sagt doch, im Parteienspektrum war FPÖ rechts außen, die Grünen links außen, zumindest ich habe es so empfunden,

40 | Als Viererbande wurde eine Gruppe von vier Führungsfiguren des linken Flügels der Kommunistischen Partei Chinas bezeichnet, die während der Kulturrevolution und kurz nach dem Tod des Parteivorsitzenden Mao Zedong großen Einfluss ausübte. Einen Monat nach Maos Tod im Jahr 1976 wurden die Mitglieder der „Viererbande“ auf Anordnung des neuen Parteivorsitzenden Hua Guofeng verhaftet. 1980 wurde ihnen ein Schauprozess gemacht.



Konstituierende Sitzung des Nationalrates am 20. Dezember 2002, im Bild
Nationalratsabgeordneter Reinhard Eugen Bösch (FPÖ) bei der Stimmabgabe



Blick auf das Präsidium: (v. li.) Zweiter Nationalratspräsident Heinz Fischer (SPÖ),
Nationalratspräsident Andreas Khol (ÖVP), Dritter Nationalratspräsident Thomas Prinzhorn (FPÖ)

da war sowieso kein Reden miteinander, vielleicht mit einer einzigen Ausnahme: Als ich in Jerusalem Wahlbeobachter war, bin ich oder sind wir mit der Frau Stoisits⁴¹ Abendessen gegangen, das war der einzige Kontakt, den ich mit den Grünen hatte, es war übrigens sehr nett. Aber ansonsten war es undenkbar, ein Gespräch zu führen, auch nicht kollegial oder hinter den Kulissen, also es hat überhaupt kein Gespräch gegeben, auch mit der SPÖ nicht, mit ganz wenigen Ausnahmen – zum Beispiel mit dem Peter Marizzi⁴², das war ein bissel ein Verbinder –, aber auch mit der ÖVP kaum; da vielleicht noch eher mit dem einen oder anderen.

Ich glaube, dass das schon ein interessantes Thema ist. Da ist schon eine ganz starke Ausgrenzung gewesen. Natürlich, der Vranitzky⁴³ hat gesagt, das ist eine Selbstausgrenzung. Das wird teilweise auch stimmen, aber es ist generell für den Parlamentarismus sehr schlecht, weil überhaupt keine Kollegialität bestanden hat. Wahrscheinlich war das auch der Grund, wieso die FPÖ damals in keiner Weise von irgendeiner Spaltung bedroht war, wie ja später mehrfach, weil sich ja damals alle gegen die FPÖ eingeschworen hatten in den Debatten und umgekehrt natürlich die FPÖ auch gegen alle. Aber das ist vielleicht jetzt schon ein bissel zu politisch, wenn ich das so sagen darf.

41 | Terezija Stoisits (*1958), Juristin und Ministerialbeamte, gehörte für die Grünen von 1990 bis 2007 dem Nationalrat an, wo sie u. a. den Vorsitz im Menschenrechtsausschuss führte. Von 2007 bis 2013 war sie – als erste grüne Politikerin – Volksanwältin.

42 | Peter Marizzi (*1947), gelernter Schlosser und Angestelltenbetriebsratsobmann des Schoeller-Bleckmann-Werkes Ternitz, gehörte von 1987 bis 1999 sowie von 2002 bis 2008 als Mandatar der SPÖ dem Nationalrat, zwischenzeitlich von 1999 bis 2002 dem Bundesrat an. Von 1989 bis 1993 war er Zentralsekretär, von 1993 bis 1995 Bundesgeschäftsführer der SPÖ.

43 | Franz Vranitzky (*1937) hatte, nachdem er im Kabinett des Bundesministers für Finanzen Hannes Androsch als Berater tätig gewesen war, 1976 den stellvertretenden Vorstandsvorsitz der Creditanstalt Bankverein AG und 1981 den Vorstandsvorsitz der Österreichischen Länderbank AG übernommen. 1984 wurde er zum Bundesminister für Finanzen und 1986, nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Fred Sinowatz, zum Bundeskanzler berufen. 1988 übernahm er von Sinowatz auch den Bundesparteivorsitz der SPÖ. Nach dem Innsbrucker Parteitag der FPÖ im September 1986 beendete Vranitzky die Koalition mit der FPÖ und bildete nach der Neuwahl des Nationalrates eine Koalition mit der ÖVP, die er nach den Wahlen 1990, 1994 und 1995 jeweils erneuerte. 1997 legte er das Amt des Bundeskanzlers und den Parteivorsitz der SPÖ zurück, in beiden Funktionen folgte ihm Viktor Klima nach.

Interviewer: Nein, das ist sehr interessant.

Dr. Michael Krüger: Und da war – um jetzt wieder darauf zurückzukommen – ganz besonders bemerkenswert, dass man gegenüber der Parlamentsdirektion, allen Mitarbeitern des Parlaments, auch Kameraleute und so weiter, nie den Eindruck hatte, dass da irgendwie eine Ausgrenzung stattfindet, sondern ich bin fest der Überzeugung – das war auch so –, es war eine Äquidistanz, eine wirkliche Äquidistanz, das ist vorbildlich gewesen.

Interviewer: Sie haben von dieser Ausgrenzung gesprochen, die ja unterschiedlich beurteilt worden ist von politischen Beobachtern und Politologen. Es ist ja auch die Interpretation vertreten worden, dass gerade durch die Ausgrenzung der FPÖ ein besonderes Maß an Aufmerksamkeit zuteil geworden wäre. Wie haben Sie diese Ausgrenzung erlebt? Lediglich als Isolation oder haben Sie auch den Eindruck gehabt, dass damit der FPÖ sozusagen ein Alleinstellungsmerkmal zugesprochen wird, das ihren Wählererfolg gefördert hat?

Dr. Michael Krüger: Darf ich ein bissel ausholen? – Ich war ja, wie bereits erwähnt, immer ein sehr politischer Mensch, auch vor '94, und die Ausgrenzung hat 1991 begonnen, als damals der Kärntner Landeshauptmann abgewählt wurde, weil er zu einem Zwischenruf eines SPÖ-Landtagsabgeordneten eine Bemerkung fallen hat lassen, die bekannt ist: die „ordentliche Beschäftigungspolitik“. Da hat irgendwer gesagt: „Ja bei euch ...“ Ich habe das schon nachgelesen und nachgeforscht, weil mich das natürlich interessiert hat. Da hat der Haider eine Regierungserklärung abgegeben oder als Landeshauptmann gesprochen und einer ... ich weiß nicht mehr, er hieß Blasius oder so ähnlich, irgendein Abgeordneter der SPÖ hat eine despektierliche Bemerkung gemacht: „Na ja, ihr, bei euch Nazis ...“ oder so irgendwas,⁴⁴ und dann hat er den Ball aufgenommen und hat gesagt: „Na ja, aber die haben wenigstens eine ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal Ihre Regierung in Wien z'samm-

44 | Der an Landeshauptmann Haider gerichtete Zwischenruf des Landtagsabgeordneten Gerhard Hausenblas lautete: „Was Sie fordern, hat es schon gegeben, aber im Dritten Reich!“ (Sten. Prot. der 32. Sitzung des Kärntner Landtages, 26. GP, S. 2.561)

bringt.“ Das war natürlich indiskutabel, da brauchen wir überhaupt nicht darüber zu reden, weil diese Beschäftigungspolitik ja zur größten Katastrophe der Menschheit geführt hat.

Es war aber dann Ruhe, und ich weiß nicht, ob er sich entschuldigt hat. Ich glaube, er hat sich entschuldigt, zwei Tage war relative Ruhe und dann ist das offensichtlich als politisches Thema erkannt worden: Wir wollen ihn absevieren. Der Wurmitzer⁴⁵,

45 | Georg Wurmitzer (*1943), von Beruf Hauptschullehrer, war von 1979 bis 1994 Abgeordneter zum Kärntner Landtag und seit 1984 Klubobmann des ÖVP-Landtagsklubs. Von 1994 bis 1999 gehörte er dem Nationalrat an, von 1999 bis 2004 war er Mitglied der Kärntner Landesregierung, von 2000 bis 2004 auch Landesparteiobmann der ÖVP Kärnten.



Nationalratsabgeordneter Norbert Gugerbauer (FPÖ) bei einer Rede während der Nationalratssitzung am 17. Mai 1989, im Hintergrund Bundeskanzler Franz Vranitzky

glaube ich, war damals von der ÖVP federführend, und das hat damals zur Abberufung geführt, also zum Misstrauen⁴⁶. Bis dahin war eigentlich diese Ausgrenzung sicher nicht vorhanden, ja, in kleinen Ansätzen möglicherweise. Die moderne FPÖ damals, also nicht unter Peter⁴⁷, sondern die FPÖ mit Heide Schmidt⁴⁸, Jörg Haider und

46 | Gemäß Art. 55 der Kärntner Landesverfassung kann der Landtag der Landesregierung oder einzelnen ihrer Mitglieder das Vertrauen entziehen (Misstrauensvotum). Einen solchen Beschluss, Landeshauptmann Jörg Haider das Vertrauen zu entziehen, fasste der Kärntner Landtag am 21. Juni 1991 (Sten. Prot. der 34. Sitzung des Kärntner Landtages der 26. Gesetzgebungsperiode, S. 2.605).

47 | Friedrich Peter (1921–2005), von Beruf Volks- und Sonderschullehrer, später auch Landesschulinspektor, gehörte von 1955 bis 1966 zunächst als Vertreter des VdU, dann der FPÖ dem Oberösterreichischen Landtag und von 1966 bis 1986 dem Nationalrat an. Seit 1958 war er Bundesparteiobmann der FPÖ, seit 1970 auch Obmann des FPÖ-Parlamentsklubs. Er bemühte sich um Stärkung des liberalen Elements in der FPÖ und erklärte sich 1970 bereit, die Minderheitsregierung von Bruno Kreisky zu tolerieren, wofür er eine die Wahlchancen der FPÖ verbessernde Wahlrechtsreform einhandelte. Gegen die Angriffe von Simon Wiesenthal, der ihm die Zugehörigkeit zu einer für Massenmorde verantwortlichen SS-Einheit an der Ostfront vorwarf, verteidigte ihn Bundeskanzler Bruno Kreisky. Auch wenn Peter seit 1978 nicht mehr Bundesparteiobmann der FPÖ war, handelte er nach der Nationalratswahl 1983, bei welcher die SPÖ die absolute Mehrheit verloren hatte, mit Bruno Kreisky die Bildung einer kleinen Koalition unter Bundeskanzler Fred Sinowatz und Vizekanzler Norbert Steger aus und verhalf damit der FPÖ erstmals zu einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene. Aus Protest gegen die Politik seines Nachfolgers Jörg Haider trat Peter 1992 aus der FPÖ aus.

48 | Heide Schmidt (*1948) hatte als juristische Mitarbeiterin der von der FPÖ nominierten Volksanwälte Gustav Zeillinger und Helmuth Josseck bereits einen gewissen öffentlichen Bekanntheitsgrad erlangt, als sie 1987 in den Bundesrat entsandt und 1990 in den Nationalrat gewählt wurde. Von 1988 bis 1990 war sie Generalsekretärin, von 1990 bis 1993 Bundesparteiobmannstellvertreterin der FPÖ. Von 1990 bis 1994 bekleidete sie auch das Amt der Dritten Präsidentin des Nationalrates. Wegen politischer Differenzen mit dem FPÖ-Bundesparteiobmann Jörg Haider trat sie 1993 gemeinsam mit vier weiteren Abgeordneten aus der FPÖ und aus dem FPÖ-Parlamentsklub aus und gründete zunächst den Parlamentsklub, dann die politische Partei des Liberalen Forums. Bei den Nationalratswahlen 1994 und 1995 gelang es dem Liberalen Forum mit seiner Spitzenkandidatin und Bundes sprecherin Heide Schmidt jeweils, in den Nationalrat einzuziehen, und Heide Schmidt übte auch die Funktion der Klubobfrau aus. Zweimal, 1992 und 1998, kandidierte Heide Schmidt für das Amt der Bundespräsidentin. Bei der Nationalratswahl 1999 gelang dem Liberalen Forum der Wiedereinzug in den Nationalrat nicht, und Heide Schmidt legte 2000 die Funktion der Bundes sprecherin zurück. Bei der Nationalratswahl 2008 trat Heide Schmidt noch einmal erfolglos als Spitzenkandidatin für das Liberale Forum an und schied danach endgültig aus der Politik aus.

Gugerbauer⁴⁹, wurde als moderne Partei, die längst über diese alten Sachen hinweg ist, begriffen – „Die Unbestechlichen“ haben sie einmal plakatiert – und war im politischen System gut verankert, in der Regierung in Kärnten, und war eigentlich relativ angesehen auch in den Bundesländern. Ich weiß es selber, ich war selber eher schockiert, weil die FPÖ in Oberösterreich immer ein gutes Ansehen hatte. Und natürlich in Wien ... in den Kreisen, in denen ich mich bewegt habe, auch beruflich als Kultursprecher und so weiter, das war natürlich ganz etwas anderes. Er ist abberufen worden, und das hat, glaube ich, eine ganz große Bitterkeit in ihm hervorgerufen, weil er es einfach nicht verstanden hat. Es ist ihm passiert, aber wie es dann ausgelegt wurde, so hat er es jedenfalls nicht gesehen. Und dann ist er nach Wien gegangen, er war ja in der Liste, und hat dann den Klubobmann Gugerbauer verdrängt. Er hat gesagt: So, was soll ich jetzt tun? Ich bin in Kärnten, stellvertretender Landeshauptmann mache ich nicht oder: Abgeordneter, jetzt greife ich sozusagen in Wien an.

Und dann waren da die Vorboten dieser Abspaltung mit dem Liberalen Forum, weil bestimmte Leute in der FPÖ, so wurde es mir zumindest erzählt, ich war ja damals noch nicht dabei, ihn stürzen wollten als Parteiobmann, eben im Zusammenhang mit diesem Sager von der ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich. Das ist aber nicht gelungen, also ist der Gugerbauer abgesetzt worden als Klubobmann oder hat sich zurückgezogen, und Haider ist Klubobmann geworden.

Dann hat Haider die Klubobmannschaft in Wien übernommen, und aus der für ihn vermeintlichen Ungerechtigkeit der Abberufung hat er sehr viel Bitterkeit in seine neue Funktion mitübernommen. Und das war meiner Meinung nach dann auch ausschlaggebend, dass dann eine Fundamentalopposition in einem stärkeren Ausmaß

49 | Norbert Gugerbauer (*1950), von Beruf Rechtsanwalt, gehörte von 1983 bis 1993 als FPÖ-Mandatar dem Nationalrat an. An der Ablösung des FPÖ-Bundesparteiobmanns Norbert Steger durch Jörg Haider auf dem Innsbrucker Parteitag 1986 war er führend beteiligt. Von 1986 bis 1988 war er Generalsekretär der FPÖ, von 1988 bis 1992 stellvertretender Bundesparteiobmann. Von 1989 bis 1992 leitete er als Klubobmann den FPÖ-Parlamentsklub. Angesichts des Wunsches von Jörg Haider, der 1991 das Amt des Kärntner Landeshauptmannes verloren hatte, an die Spitze des Parlamentsklubs in Wien zurückzukehren, trat Gugerbauer 1992 als Klubobmann zurück und verzichtete 1993 auch auf sein Abgeordnetenmandat.

begonnen hat, als das vorher unter Klubobmann Gugerbauer der Fall war. Und so hat sich das wechselseitig hochgespielt, wobei, berichtigend muss ich natürlich festhalten, dass die Ausgrenzung zu einem früheren Zeitpunkt begonnen hat, nämlich '86, aber '91, '92 eine Verstärkung erfahren hat; '86 bekanntlich am Innsbrucker Parteitag⁵⁰, – als Vranitzky die Koalition aufgekündigt hat und praktisch eine Ausgrenzung verfügt hat gegenüber der FPÖ. Er hätte ja theoretisch die Regierung fortsetzen können, Haider hätte sie – zumindest seiner Aussage nach – nicht aufgekündigt. Damals hat die Ausgrenzung begonnen, aber sie hat sich sicher gesteigert durch diese Umstände von '91 auf '92, und zwar in einem erheblichen Ausmaß.

Und als ich im Parlament war – von '94 bis 2002 war ich im Parlament –, von '94 bis zur Wahl 2000 gab es schon eine sehr starke Ausgrenzung, die vielleicht 1995 einmal ganz kurz unterbrochen war, als Schüssel⁵¹ die Obmannschaft in der ÖVP von Busek⁵²

50 | Die FPÖ war seit 1983 mit der SPÖ auf Bundesebene in einer Koalition verbunden, verlor aber Meinungsumfragen zufolge zunehmend an Unterstützung in der Wählerschaft, weshalb innerparteilich der Widerstand gegen den Kurs des Bundesparteiobmanns und Vizekanzlers Norbert Steger wuchs. Auf dem in Innsbruck am 13. September 1986 abgehaltenen Bundesparteitag kandidierte der Kärntner Landesparteiobmann Jörg Haider gegen Steger und errang mit nahezu 58 Prozent der Delegiertenstimmen einen klaren Sieg bei der Wahl zum Bundesparteiobmann. Infolgedessen kündigte Bundeskanzler Franz Vranitzky die Regierungskoalition mit der FPÖ auf, und es kam zu vorgezogenen Neuwahlen zum Nationalrat.

51 | Wolfgang Schüssel (*1945) trat nach Abschluss seines juristischen Studiums 1968 als Sekretär in den Dienst des Parlamentsklubs der ÖVP und war von 1975 bis 1991 als Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes tätig. Von 1979 bis 1989 war er Abgeordneter zum Nationalrat, dem er in weiterer Folge jeweils kurzzeitig zu Beginn der Gesetzgebungsperiode angehörte, ehe er ein Amt in der jeweiligen Bundesregierung übernahm. Von 1989 bis 1995 war er Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, nach seiner Wahl zum Bundesparteiobmann der ÖVP von 1995 bis 2000 Vizekanzler und Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten. Nach der Nationalratswahl 1999 bildete er, ungeachtet der vorherigen Ankündigung, in die Opposition zu gehen, wenn die ÖVP an die dritte Stelle in der Wählergunst zurückfallen sollte, mit der FPÖ als nach Wählerstimmen zweitstärkster Parlamentsfraktion eine Koalition und übernahm selbst das Amt des Bundeskanzlers, das er nach dem Wahlsieg bei den vorgezogenen Neuwahlen 2002 bis zum Jahr 2006 weiter ausübte. Von 2006 bis 2011 war er neuerlich Abgeordneter zum Nationalrat, von 2006 bis 2008 auch Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs.

52 | Erhard Busek (1941–2022) trat nach Abschluss seines juristischen Studiums 1964 als Zweiter Klubsekretär in den Dienst des ÖVP-Parlamentsklubs und 1968 in den Dienst des Österreichischen



Jörg Haider am Tag der Nationalratswahl 1999



Runder Tisch im ORF nach der Nationalratswahl 1995: (v. li.) Moderator Rudolf Nagiller, Franz Vranitzky (SPÖ), Jörg Haider (FPÖ), Madeleine Petrovic (Grüne)

übernommen hat. Schüssel hat ja damals die Koalition aufgekündigt, in der Meinung, er findet eine Mehrheit mit der FPÖ, und Schüssel hat aber diese Wahl dann verloren. Er hätte die Mehrheit meiner Erinnerung nach zwar gehabt mit der FPÖ, aber da gab es wieder einen Vorfall in der Wahlbewegung; ich glaube, das war diese Geschichte mit Krumpendorf⁵³. Da haben sich natürlich die Medien draufgestürzt, irgendeiner hat mitgefilmt – der politische Gegner natürlich, klar, dass das dann verwertet wurde –, und damit war die FPÖ sozusagen weiter in der Opposition einbetont und ist aus diesem Grund für eine Koalition ausgeschieden, obwohl es sich meiner Erinnerung nach ausgegangen wäre für eine Regierung. Aber durch die Dämonisierung damals, die geübt wurde von den Medien, aber natürlich auch von den anderen Parteien – außer damals kurz nicht von der ÖVP –, war es nicht möglich, eine derartige Koalition abzuschließen. Außerdem hat Schüssel ja die Wahl nicht gewonnen, und übrigens hat auch die FPÖ leicht verloren, gegenüber dem Ergebnis von 1994 hat sie '95 leicht verloren.

Ja, die Ausgrenzung hat dann weiter gedauert, bekanntlich bis ins Jahr 2000 oder Ende 1999, als sich die ÖVP aus der Umklammerung – die ja schon sehr dramatisch war, weil die ÖVP immer mehr an Wählerzuspruch verloren hat – befreien wollte und

Wirtschaftsbundes, dessen Generalsekretär er 1972 wurde; 1975 bis 1976 war er Generalsekretär der ÖVP. Von 1975 bis 1978 gehörte er dem Nationalrat, danach von 1978 bis 1983 dem Wiener Landtag und Gemeinderat an; 1976 war er zum Landesparteiobmann der ÖVP Wien gewählt worden. Zwischen 1976 und 1989 war er Mitglied der Wiener Landesregierung, von 1978 bis 1987 Vizebürgermeister und Landeshauptmannstellvertreter. 1989 wurde er Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, 1991, nach seiner Wahl zum Bundesparteiobmann der ÖVP, Vizekanzler, gleichzeitig mit der Leitung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung bzw. des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst bzw. kulturelle Angelegenheiten betraut. Nachdem ihn Wolfgang Schüssel als Bundesparteiobmann der ÖVP ersetzt hatte, kehrte er 1995 kurzfristig als Abgeordneter in den Nationalrat zurück, verzichtete aber bald auf sein Mandat. In weiterer Folge leitete er u. a. das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa sowie das Europäische Forum Alpbach.

53 | Eine Rede, die der FPÖ-Bundesparteiobmann Jörg Haider am 30. September 1995 in Krumpendorf vor Veteranen der Waffen-SS hielt, war auf einem Amateurvideo festgehalten worden, das von der ARD kurz vor, vom ORF nach der Nationalratswahl am 17. Dezember 1995 ausgestrahlt wurde. Diese Rede löste heftige Kritik von den anderen politischen Parteien aus und führte zu Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der nationalsozialistischen Wiederbetätigung, die jedoch eingestellt wurden.

sich letztlich, wie wir wissen, auch befreit hat. Und damit war die Ausgrenzung der ÖVP gegenüber der FPÖ Geschichte, nicht jedoch die Ausgrenzung der SPÖ gegenüber der FPÖ, die ja bis zum heutigen Tage andauert.

Interviewer: Sie haben die Situation im Jahr 1995 erwähnt: Nachdem Schüssel die Koalition mit der SPÖ beendet hatte, hat es ja eine kurze Phase gegeben, in welcher es im Nationalrat, der noch einmal zusammengetreten musste, keine stabile Koalition gegeben hat – und so etwas wie eine freie Mehrheitsbildung oder ein „freies Spiel der Kräfte“; so hat man es später genannt. Die Situation ist ja sehr unterschiedlich beurteilt worden. Einige haben gesagt, das ist der wahre Parlamentarismus, andere haben gesagt, das ist das Chaos. Wie haben Sie das beurteilt?

Dr. Michael Krüger: Also dieses sogenannte freie Spiel der Kräfte, dieser Begriff wird ja immer bemüht, wenn eine Koalition aufgekündigt wird. Letztlich sieht man historisch, dass das freie Spiel der Kräfte zu einer unglaublichen Ausdehnung der Verschuldung führt, denn jeder will seine Klientel bedienen und macht das auch – ohne Rücksicht auf Verluste, ohne Rücksicht auf budgetäre Deckung –, und letzten Endes muss der, der das Geld kriegt, es wieder einmal zurückzahlen, es ist ja nicht das Geld der Partei. Also dieses freie Spiel der Kräfte wäre sicher unter normalen parlamentarischen Usancen durchaus wünschenswert: dass es nicht immer nur die Regierung ist, die die Gesetze beschließen lässt durch ihre Abgeordneten, sondern dass auch andere Mehrheiten gebildet werden können – das wäre durchaus wünschenswert, ein größerer koalitionsfreier Raum. Aber dieses freie Spiel der Kräfte lehne ich deshalb ab, weil es sich nicht bewährt hat und weil die Politiker nicht die Reife haben, an den Tag danach zu denken, sondern hemmungslos ... das ist halt eine Zeit der Enthemmung der Politiker, der Häupl⁵⁴ hat es einmal so gut gesagt: der fokussierten Unintelligenz oder so ähnlich. Das würde ich gar nicht sagen, die machen es ja bewusst: Der bedient hemmungslos seine Klientel, und es ist ihm vollkommen wurscht, ob sich das

54 | Michael Häupl (*1949), als Biologe wissenschaftlicher Mitarbeiter des Naturhistorischen Museums Wien, war von 1983 bis 1988 als Mandatar der SPÖ Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates sowie von 1988 bis 1994 amtsführender Stadtrat für Umwelt und Sport. Von 1993 bis 2018 war er Landesparteivorsitzender der Wiener SPÖ, von 1994 bis 2018 Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien.

später ausgeht. Das haben aber alle Parteien gemacht, das hat die SPÖ gemacht mit den Pensionisten, mit dem sogenannten Pensionistenbrief⁵⁵, damals von Vranitzky. Da verlieren sie alle Hemmungen, da wollen sie unter allen Umständen gewinnen, nur um des Gewinnens willen, um der Macht willen, muss man sagen, aber für das Land ist es ganz schlecht, weil leider in der Phase die Politiker nicht die Reife haben – sie erkennen es schon, sie wissen es natürlich, aber sie haben nicht den Charakter, dass sie dem widerstehen können.

Interviewer: Sie sprechen ein Grundproblem der Demokratie im Allgemeinen, der parlamentarischen Demokratie im Besonderen an. Sie haben den Wahlkampf mit dem Häupl-Zitat der „fokussierten Unintelligenz“ charakterisiert, auf der anderen Seite ist der Wahlkampf oder die Wahlbewegung ja jene Phase, in welcher die Mehrheitsverhältnisse der darauffolgenden Legislaturperiode bestimmt werden durch die Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit. Wie können Politiker, wie können politische Parteien dieses Ziel der Stimmenmaximierung, der Gewinnung parlamentarischer Mehrheiten verbinden mit einer sachorientierten Politik? Wie kann es gelingen, einen solchen Spagat zu schlagen?

Dr. Michael Krüger: Es könnte schon gelingen, wenn der Wille da wäre, aber es wird dem Wahlerfolg fast alles unterstellt, das ist das Problem. Von der Methodik der Verunglimpfung des politischen Gegners, egal in welche Richtung, von den Versprechen, die abgegeben werden, von denen die Politiker wissen, dass sie nie eingehalten werden können ... Wünschenswert wäre natürlich, dass die Programmatik dann entscheidend ist, die Wahlkampslogans vernünftig und auch umsetzbar sind und auch finanziert werden. Das wäre natürlich das Ideale, aber die Tendenz ist immer mehr in die Richtung des hemmungslosen Populismus, speziell in der Phase des Wahlkampfes – Wahlkampf vorbereitung und dann Wahlkampf.

55 | Im Vorfeld der vorgezogenen Nationalratswahl vom 17. Dezember 1995 versandte der SPÖ-Bundesparteiobmann und Bundeskanzler Franz Vranitzky am 7. Dezember 1995 einen Brief an die österreichischen Pensionistinnen und Pensionisten, in welchem er um deren Stimmen warb, mit dem Versprechen, die SPÖ wolle die Pensionen sichern.

Aber es gibt durchaus gute Beispiele, wie man Wahlbewegungen zu seinen Gunsten steuern kann. Eine der besten Steuerungen, die jemals gemacht worden sind zu- gunsten der SPÖ, die einen überraschenden Wahlerfolg eingefahren hat,⁵⁶ weil sie große Inserate geschaltet hat mit einem Eurofighter⁵⁷, mit einem schönen Bild eines Eurofighters, und darunter geschrieben hat: Hier fliegt Ihre Pensionserhöhung! – Das ist nicht unseriös, da kann man geldmäßig schon sagen: Nein, wir geben jetzt nicht so viel für die Eurofighter aus, dafür mehr für die Pensionen. Das soll jetzt aber auch keine Bewertung sein, ob ich dafür oder dagegen bin, denn die Republik Österreich hat sich im Staatsvertrag verpflichtet, das Land zu verteidigen. Ich glaube, es gibt sogar den Passus „ob [...] zu Wasser, zu Lande oder durch die Luft“. Ob das dann sinnvoll ist, ein paar Eurofighter zu kaufen oder vielleicht eine Leasingvariante mit der Schweiz ... Es war sogar in den Sechzigerjahren schon von Ermacora⁵⁸ angedacht, aber das steht wieder auf einem anderen Papier.

Es war jedenfalls meiner Meinung nach ein ganz genialer Schachzug der SPÖ damals. Da hat jeder geglaubt, dass die ÖVP die Wahl gewinnt, und letztlich, glaube ich, hat dieses Plakat oder diese Werbung – wobei man nicht ganz genau weiß, von wem sie ist, man weiß die Werbeagentur, aber wer ... da gibt es ja Spekulationen, von wem diese Idee stammt, aber sie ist jedenfalls gut gewesen, das ist keine Frage – damals

56 | Bei der Nationalratswahl 2006 gelang es der SPÖ mit ihrem Spitzenkandidaten Alfred Gusenbauer überraschend, die ÖVP unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel um einen Prozentpunkt an Stimmen bzw. um zwei Mandate zu überholen.

57 | Der Eurofighter Typhoon, in Österreich in der Regel nur Eurofighter genannt, ist ein Kampfflugzeug, das von einem europäischen Rüstungskonsortium gebaut wird. Die Bundesregierung Schüssel I beschloss 2002 die Beschaffung von 24 Flugzeugen dieses Typus zum Zweck der Luftraumüberwachung; bestellt wurden im Jahr 2003 18 Flugzeuge. 2007 wurde von der Bundesregierung Gusenbauer die Bestellung auf 15 Flugzeuge reduziert; von 2007 bis 2009 wurden die Maschinen ausgeliefert. Der Beschaffungsvorgang war umstritten und beschäftigte u. a. zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse.

58 | Felix Ermacora (1923–1995) war ab 1957 Professor für öffentliches Recht an der Universität Innsbruck bzw. ab 1964 Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Wien und genoss hohes internationales Ansehen als Menschenrechtsexperte. Von 1971 bis 1990 gehörte er als Tiroler ÖVP-Mandatar dem Nationalrat an.

die Wahlbewegung beeinflusst. Da war ich schon lange nicht mehr in der Politik, ich gehöre ja seit 2005 keiner Partei mehr an. Ich glaube, dass das dieser Gewinn dieser paar Prozente für die SPÖ war. Das war eine fokussierte Intelligenz von den Wahlwerbern oder von den Wahlkampfmanagern oder wer immer dafür verantwortlich ist. Das war richtig g'scheit.

Interviewer: Wahlbewegungen sind also jedenfalls eine Phase der fokussierten Interaktion zwischen Politikern, politischen Parteien, Parlamentariern einerseits und der Öffentlichkeit, den Wählerinnen und Wählern, andererseits. Aber wie verhält sich überhaupt diese Interaktion? Welche Möglichkeiten haben Sie gesehen, konnten Sie nutzen, mussten Sie nutzen als Parlamentarier, um mit Ihren Wählerinnen und Wählern, mit der Öffentlichkeit zu interagieren?

Dr. Michael Krüger: Ich muss sagen, mir ist es nicht ganz leicht gefallen. In der Wahlbewegung habe ich mich schon sehr, sehr bemüht, an die Wähler heranzukommen, ich habe wirklich alle Dünkel beiseitegeschoben. Ich habe persönlich viele Hausbesuche gemacht, Hunderte Hausbesuche, wobei man sagen muss, das klingt vielleicht mehr als es ist, weil die meisten Haushalte findet man ja ungeöffnet vor, also die Türen ungeöffnet, und dann geht man eh gleich zur nächsten und legt halt sein Wahlkampfzeug dorthin. Ja, das ist die Zeit, in der man unterwegs sein soll, um Wahlwerbung zu betreiben, aber mir ist es nicht leicht gefallen.

Ich muss aber schon sagen, 1994, als ich neu eingestiegen bin, war es mir schon bewusst, dass ich ganz andere Wege gehen muss, als ich beruflich gewöhnt bin. Zu mir kommen die Leute in die Kanzlei, um sich von mir beraten zu lassen, ersuchen mich um die Beratung. In der Politik musst du Herzen gewinnen, musst du Stimmen gewinnen, und ich habe das probiert, ich habe das versucht. Ich bin damals beispielsweise 1994 am Urfahrer Jahrmarkt ohne politische Erfahrung in einen Frisiersalon hineingegangen, habe mich vorgestellt, habe gesagt, ich bin der und der, ich werbe um Ihre Stimme. Ich habe ein paar Sachen verteilt, Give-aways – aber ich habe schon immer diese Scheu überwinden müssen. Da ist man ein Klinkenputzer in dieser Phase, das ist überhaupt keine Frage, und das ist nicht leicht für jemanden ... mir ist es zumindest

nicht leicht gefallen. Es gibt Leute, die da wesentlich begabter sind, da war ich sicher nicht der, der ... also in Richtung „Rampensau“ ... das war ich nie. Ich habe mich jedenfalls bemüht.

Interviewer: Wie verhält es sich mit der Interaktion mit der Öffentlichkeit in den langen Phasen der normalen parlamentarischen Arbeit zwischen den Wahlbewegungen? Wie hält man da den Kontakt, was sind da die Mittel? Sprechstunden, Betriebsbesuche? Was ist da die Palette an Instrumenten der Interaktion?

Dr. Michael Krüger: Sie haben es richtig angesprochen, es sind Betriebsbesuche, aber dennoch muss man auch sagen, dass die Betriebsbesuche eher in Richtung Wahltermin ausgelegt sind. Die Tätigkeit im Wahlkreis spielt sich einmal so ab, dass man sich innerhalb der Ortsgruppe zeigt, bei allen Sitzungen ist, da sind ja sehr viele Idealisten, die dann für einen sozusagen „rennen“ und die Zettel verteilen. Denen ist man natürlich zu großem Dank verpflichtet, die kriegen nichts bezahlt, die machen das aus reiner Begeisterung, weil sie das eben gerne machen. Also, die muss man einmal betreuen, wobei ich natürlich sehr viel in Wien war. Mein Schwerpunkt war schon der des Parlamentariers, weil ich in so vielen Ausschüssen war, und Basisarbeit war – das gestehe ich mir zu – nicht so unbedingt meine Domäne.

Ich kann mich noch an eine Anekdote erinnern, da haben wir einmal Jörg Haiders Geburtstag gefeiert, in Hinterglemm, und in einem Lokal habe ich drei Damen gesehen, die ich aus Linz kannte, und die haben dann gesagt: Ah, Michi, di siagt ma überhaupt nimma in Linz! Und er hat gesagt: Ja, ja, wir sehen ihn aber auch wenig in Wien! – Ich gestehe, diese Basisarbeit habe ich ein bissel zu kurz kommen lassen. Aber man darf ja nicht vergessen, ich habe meinen Beruf wirklich ernsthaft ausgeübt. Als Anwalt ... die Gesetze ... alle 10 oder 20 Jahre ändern sich die Gesetze überhaupt zur Gänze. Wenn man da nicht dranbleibt, kann man den Anschluss nicht mehr finden. Ich hätte ja meinen Beruf gar nicht mehr ausüben können nach 2002, nach dem Ausscheiden, wenn ich nicht wirklich drangeblieben wäre – und ich konnte wirklich wieder von 50 auf 100 Prozent einsteigen –, das wäre gar nicht gegangen.

Ich habe mich natürlich auch auf meinen Beruf konzentrieren müssen, aber wünschenswert wäre natürlich, dass der Abgeordnete seine politische Tätigkeit zweigeteilt sieht, einerseits indem er Stimmungen auffängt in seinem Wahlkreis oder auch Sprechtag hält und die Anliegen der Bürger ernst nimmt, viel unter die Leut' geht, und auf der anderen Seite in Wien oder im Parlament tätig ist – wobei mir da wieder eine kleine Anekdote einfällt, die allerdings gar nicht lustig ist: Und zwar habe ich über Ersuchen des damaligen Landesobmannes einmal eine Grabrede gehalten, er war kurzfristig ausgefallen wegen Krankheit, und mein Problem war, dass ich den Verstorbenen gar nicht gekannt habe. Ich habe mir natürlich alles besorgt und habe die Rede dort gehalten, und der damalige Landesobmann der FPÖ hat dann zu mir gesagt: Michael, pass auf, du solltest auf mehr Begräbnisse gehen! – Das hat mich schon etwas irritiert, dass man sozusagen den Kontakt mit der Bevölkerung auf diese Weise halten soll. Ich habe den Rat im Übrigen nicht befolgt. (Heiterkeit.)

Interviewer: Es gibt ja, so wird es jedenfalls von der Politikwissenschaft konstatiert, verschiedene Typen von Abgeordneten: Es gibt die typischen Wahlkreisabgeordneten, die in ihrer Region sehr stark verankert sind, es gibt die Experten, die in einem bestimmten Fachgebiet stark verankert sind – wie würden Sie sich da einordnen?
Was war Ihr Schwerpunkt?

Dr. Michael Krüger: Auf jeden Fall das Zweitere, weil ich doch eine sehr gute juristische Ausbildung genossen habe. Ich habe in Oberösterreich in kurzer Zeit eine der größten Anwaltskanzleien aufgebaut mit einem Partner, wir waren dann mehrere Partner, bis ich mich entschlossen habe, nach dem Ausscheiden aus der Politik in Wien zu bleiben. Ich habe schon eine große Fachkenntnis eingebracht im juristischen Sinn ... zur Verfassung natürlich auch, die ist ja ein Bestandteil der Juristerei, also ich habe mich doch viel stärker als Experten gesehen als als Wahlkreispolitiker.

Interviewer: Sie haben gesagt, 50 zu 50 hat sich Ihr Arbeitsumfang verteilt. Wie sieht da ein Arbeitstag aus, insbesondere wenn man bedenkt, dass ja dann zum Beispiel eine Parlamentssitzung auch nach 1996 zumindest bis in die Nacht hinein gedauert hat?

Dr. Michael Krüger: Das war dann natürlich so, dass ich in Wien geblieben bin, eine Wohnung in Wien gehabt habe und am nächsten Tag, wenn eine Ausschusssitzung war oder wieder eine Plenarsitzung, in Wien geblieben bin, aber sonst bin ich natürlich sofort nach Linz zurückgefahren am nächsten Tag, um eben wieder in der Kanzlei anzutreten und dort präsent zu sein. Das mit den 50:50, das ist sehr, sehr realistisch.

Interviewer: Die parlamentarische Arbeit haben Sie ja sowohl aus der Sicht eines Oppositions- als auch eines Koalitionsabgeordneten erlebt. Wie waren da die wesentlichen Unterschiede in Ihren Aufgabenfeldern, auch in den Möglichkeiten, die parlamentarische Arbeit zu beeinflussen?

Dr. Michael Krüger: Ja, das hat sich natürlich stark unterschieden, weil man in der Opposition, wie bereits erwähnt, sehr selten Gehör findet, dass etwas umgesetzt wird, und wenn, dann heften es sich die Regierungspolitiker natürlich selber auf ihre Fahnen und modelln den eigenen Antrag dann um. Und natürlich kann man als Regierungspolitiker wesentlich mehr entscheiden, wobei ich sagen muss, auch als Abgeordneter einer Regierungspartei vollzieht man doch mehr oder weniger die Politik, die die Regierung vorgibt, das muss man ganz offen sagen. Wer das leugnet, der verkennt die Situation. Man ist ja üblicherweise ohnedies mit dem einverstanden, man vollzieht



das in den Ausschüssen und auch im Plenum, kann aber schon auch eigene Ideen einbringen. In bestimmten Fachbereichen habe ich eigene Ideen eingebracht und habe lobbyiert, auch bei den entscheidenden Regierungsstellen, um für meinen Standpunkt zu votieren. Lobbyieren nicht im Sinne, dass ich für eine Berufsgruppe tätig gewesen wäre, sondern für meinen Standpunkt eingetreten bin: Das könnte man so machen oder das könnte man anders machen.

Letztlich gibt es einen sogenannten Klubzwang, den gibt es in einer Oppositionspartei genauso wie in einer Regierungspartei, das darf man auch nicht vergessen. Natürlich, in der Bundesverfassung steht das freie Mandat, natürlich könnte man völlig frei abstimmen, überhaupt keine Frage, aber der Klubzwang setzt sich doch zu einem höchsten Prozentsatz durch, und wenn man ausschert, hat man kein leichtes Leben, um es profan zu sagen. Da wird man dann rasch einmal von der Vizekanzlerin⁵⁹ zitiert: Ja, wieso? Du kannst doch nicht anders entscheiden, wir sind ja denen vertraglich verpflichtet! – Ja, eh, aber das kommt eh zustande, ob ich jetzt mitstimme oder nicht. – Na ja, das wäre ein Vertragsbruch ... Da wissen dann schon die Regierungsparteien auch, wie sie ihre Abgeordneten disziplinieren können, damit sie entsprechend mitstimmen, sodass es eher selten ist, dass man ausschert.

Interviewer: Was sind dann also die Mittel, die man zur Verfügung hat, um beispielsweise eigene Inhalte, Ideen, in Gesetzentwürfe einzubringen? Sie haben das Lobbying im Ministerium angesprochen, also die Überzeugung der Legisten, Legistinnen im Ministerium. Was sind die anderen Instrumente? Verhandlungen mit dem Koalitionspartner, mit zivilgesellschaftlichen Organisationen?

59 | Susanne Riess-Passer (*1961), Juristin, war Pressereferentin der FPÖ, als sie 1991 in den Bundesrat entsandt wurde, dem sie bis 1998 angehörte. Von 1995 bis 1996 war sie auch Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Delegationsleiterin der FPÖ. Von 1999 bis 2000 war sie für wenige Monate Abgeordnete zum Nationalrat. Seit 1996 geschäftsführende Bundesparteiobfrau der FPÖ, wurde sie im Jahr 2000, im Zusammenhang mit der Bildung der Regierungskoalition mit der ÖVP und dem Rückzug des bisherigen Bundesparteiobmannes Jörg Haider nach Kärnten, zur Bundesparteiobfrau der FPÖ gewählt. Von 2000 bis 2003 war sie Vizekanzlerin und Bundesministerin für öffentliche Leistung und Sport. Nach der Knittelfelder Delegiertenversammlung 2002 hatte sie ihre Parteifunktionen zurückgelegt, 2005 trat sie aus der FPÖ aus. Seit 2004 ist sie Generaldirektorin der Wüstenrot-Gruppe, eines österreichischen Finanzkonzerns.

Dr. Michael Krüger: Ja, mit dem Koalitionspartner auf jeden Fall, aber auch mit Interessenvertretern. Ich habe mich damals sehr, sehr stark – wurde auch kritisiert dafür – für den privaten Rundfunk eingesetzt. Ich sage auch durchaus dazu, dass ich damals wie heute viele Medienunternehmen vertrete, und es hat bis 1995 überhaupt keinen Privatrundfunk in Österreich gegeben, und dann ist der erste ... Es ist übrigens dank einer Beschwerde meinerseits dieser erste Text für das damalige Regionalradiogesetz⁶⁰, so hieß das, aufgehoben worden beim Verfassungsgerichtshof – ich habe da-

60 | Das vom Nationalrat am 9. Juli 1993 beschlossene Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993, sollte die Ausstrahlung von regionalen Radioprogrammen durch private Programmveranstalter ermöglichen. Erstmals wurde damit das Rundfunkmonopol des ORF durchbrochen. Die für die Frequenzverteilung getroffenen Regelungen wurden jedoch 1995 auf Antrag von Lizenzwerbern, die im Lizenzierungsverfahren unberücksichtigt geblieben waren, vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig



mals für eine Gruppierung eine Beschwerde erhoben, das ist damals aufgehoben worden, und dann hat es zwei Jahre gedauert; die waren alle am Start, am 1. Mai 1995 wollten sie beginnen und konnten nicht starten. Die haben ja alle die Ausstattung gehabt, die Mitarbeiter beschäftigt, es war eine Katastrophe, das haben sie nur überlebt, weil die meisten ja Verleger waren, die hinter diesen Radios gestanden sind. Und '97 ist es noch einmal aufgehoben worden, da war ich auch wieder federführend dabei, aber letztlich ist dann eine Übergangslösung geschaffen worden, da konnte ich mich wirklich einbringen, obwohl wir nicht in der Regierung waren, und das Privatradios ist erst 1998 gestartet – mit zwei Ausnahmen: '95 Radio Melodie und Antenne Steiermark, und '98 sind alle anderen dann gestartet.

Der ORF war ja übermächtig. Das kann man sich gar nicht vorstellen, der hat alles verhindert, was es nur zur verhindern gab, und hatte auch die Sachkenntnis und hat auch die Frequenzpläne gemacht. Das Ministerium war ja gar nicht dazu ausgestattet, das haben sie erst langsam aufbauen müssen. Eine KommAustria⁶¹ hat es noch nicht gegeben, das ist eine Superbehörde, eine wirklich ganz tolle Behörde mit einer RTR, die wirklich große Sachkenntnis hat.

Und dann kam die Thematik privates Fernsehen, und der Cap oder die Medienpolitiker der anderen Parteien, das waren die, die beim ORF drinnen gesessen sind – Kuratorium hat sich das damals genannt, heute Stiftungsrat –, waren natürlich die Verhinderer. Also die waren im ORF Mitglieder des Kuratoriums, damals hat man es Fraktionen genannt, heute heißt es Freundeskreis, ist aber das Gleiche, und haben verhindert, nur verhindert, jahrzehntelang. – Stichwort: Österreich „Medienalbanien“.

aufgehoben. Erst nach der vom Nationalrat 1997 beschlossenen Novellierung des Regionalradiogesetzes, BGBl. I Nr. 41/1997, die auch die Zulassung von Lokalradios vorsah, konnte der Großteil der Regional- und Lokalradios 1998 den Sendebetrieb aufnehmen. 2001 wurde das Regionalradiogesetz durch das Privatradiogesetz abgelöst.

61 | Aufgrund des vom Nationalrat am 1. März 2001 beschlossenen Bundesgesetzes über die Errichtung einer Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria), BGBl. I. Nr. 32/2001, wurde die KommAustria als unabhängige und weisungsfreie Regulierungs- und Aufsichtsbehörde für die elektronischen Audiomedien und audiovisuellen Medien in Österreich eingerichtet. Ihr ist zur administrativen Unterstützung die Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR-GmbH) zugeordnet.

Und ich habe mich dann schon als Lobbyist des privaten Rundfunks gesehen. Wenn die dort sitzen können in den Gremien ... und der Cap beispielsweise, Abgeordneter Cap, ein Lobbyist für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wie er im Buche steht. Dazu muss man historisch wissen, es hat der Wrabetz⁶², also der langjährige Generaldirektor, den Vorzugsstimmenwahlkampf für den Cap gemacht damals, 1983, mit den drei Fragen und so weiter. Er ist dann reingekommen mit 80.000 Stimmen oder so irgendetwas. Also das waren so Seilschaften, da war ganz klar: Es muss alles verhindert werden, es muss alles, was in Richtung privat geht, verhindert werden. Und da war man wirklich ganz zum Schluss dran in Österreich – in Albanien hat es schon längst die Rundfunkfreiheit gegeben –, und der Cap sagt: Ich brauche nur den Fernseher aufzudrehen, da sehe ich RTL, SAT1 und so weiter, es gibt doch eh eine Medienfreiheit in Österreich. – Ja, aber keine Medienveranstaltungsfreiheit, es konnte sich in Österreich kein Sender etablieren.

Und es ist bis heute so, dass es keine ausgewogene Rundfunklandschaft in Österreich gibt. Wenn man sich anschaut, alleine im Radio, dass der ORF 70 Prozent hat von allen Radios, und 50 Privatradios teilen sich die 30 Prozent auf ... vielleicht ist das ein bisschen übertrieben, aber so ungefähr ist das. Und im Fernsehen war es natürlich genauso mit ATV, die dann als Erstes gestartet sind. Da habe ich schon versucht, meinen Einfluss ganz offen geltend zu machen als Lobbyist für den privaten Rundfunk, und zwar, glaube ich, wirklich mit Recht, weil durch Lobbyisten des ORF, die in ORF-Gremien gesessen sind und im Parlament dann Mediensprecher waren, alles verhindert worden ist. Und da habe ich doch einiges bewegen können, das war eine Möglichkeit, als Regierungspolitiker etwas umzusetzen.

Interviewer: An der österreichischen Rechtsordnung, an den österreichischen Gesetzen wird nicht nur inhaltlich – da kommen selbstverständlich unterschiedliche Interessenlagen ins Spiel –, sondern oft auch formal, was Qualität und Quantität betrifft, Kritik geübt. Es wird oft die Qualität insbesondere der Rechtssprache oder auch der

62 | Alexander Wrabetz (*1960) studierte Rechtswissenschaften und fungierte von 1983 bis 1984 als Bundesvorsitzender des VSStÖ. Nach verschiedenen Tätigkeiten bei Banken und in der Industrie war er von 1998 bis 2007 kaufmännischer Direktor und von 2007 bis 2021 Generaldirektor des ORF.

Legistik kritisiert, es wird oft die Menge der Rechtsakte kritisiert. Wie haben Sie als Jurist und Rechtsanwalt, der dafür als Abgeordneter natürlich ein besonderes Maß an Expertise mitgebracht hat, diese Kritik empfunden, und welche Möglichkeit hat der einzelne Abgeordnete, dieser Situation zu begegnen?

Dr. Michael Krüger: Die Möglichkeiten, der Situation zu begegnen, sind sehr rar. Man darf ja nicht vergessen, einzelne Regierungsvorlagen oder auch Initiativanträge sind wirklich bis ins Detail ausformuliert, und da steht: In der Ziffer sowieso ändert sich das und in der Ziffer sowieso ändert sich das. Also da ist es sehr schwer, da würde man ja als Anwalt tagelang dabeisitzen, wenn man die Qualität zu beurteilen hat oder die Genauigkeit zu beurteilen hat.

Ich finde nicht, dass die Gesetze so schlecht sind in Österreich, eigentlich nicht. Es ist alles relativ kompliziert, und Sie können sich vielleicht erinnern, der Minister Moser⁶³ hat einmal gesagt, wie viele Gesetze, 10.000 Gesetze abgeschafft werden in Österreich⁶⁴. Ja, vielleicht sind ein paar abgeschafft worden, ich weiß nicht, ob es 10.000 waren oder 1.000, aber hat das irgendetwas geändert, irgendetwas bewirkt? Das sind irgendwelche Gesetze, die keiner mehr angewandt hat, die niemand mehr kennt, die gibt es nicht mehr – aber hat das irgendetwas bewirkt? Und es ist – um

63 | Josef Moser (*1955), Jurist und Beamter der Finanzlandesdirektion für Kärnten, wurde von Jörg Haider als Landeshauptmann von Kärnten zum stellvertretenden Leiter seines Sekretariats bestellt und 1992, als Haider als Klubobmann in den Nationalrat wechselte, mit der Funktion des Klubdirektors des Freiheitlichen Parlamentsklubs betraut, die er bis 2003 ausübte. Nach vorübergehender Tätigkeit als Vorstandsdirektor der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG und Vorstandsmitglied der ÖBB-Holding AG wurde er 2004 vom Nationalrat zum Präsidenten des Rechnungshofes gewählt; dieses Amt übte er bis 2016 aus. 2017 kandidierte er für die ÖVP zum Nationalrat, legte sein Mandat aber zurück, nachdem er zum Bundesminister für Justiz bzw. zum Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz ernannt worden war. Nach dem Ausscheiden aus diesem Amt übte er von 2019 bis 2020 sein Abgeordnetenmandat im Nationalrat aus.

64 | Mit dem vom Nationalrat am 4. Juli 2018 beschlossenen Zweiten Bundesrechtsbereinigungsgesetz, BGBl. I Nr. 61/2018, wurden grundsätzlich alle vor dem 1. Jänner 2000 kundgemachten und noch als Bundesrecht in Geltung stehenden Bundesgesetze und Verordnungen des Bundes mit Ablauf des 31. Dezember 2018 außer Kraft gesetzt. Von insgesamt rund 1.650 Bundesgesetzen traten mehr als 600, von rund 3.350 Verordnungen mehr als 1.800 außer Kraft.

Sinowatz⁶⁵ zu zitieren – „alles sehr kompliziert“ in der Juristerei und in der Legistik, und dazu haben wir den Verfassungsgerichtshof. Und theoretisch könnte ja der Bundespräsident, nicht inhaltlich, aber wenn er formale Bedenken hat, das „zurück-schmeißen“ ... nur formale natürlich.⁶⁶ Aber man hat ja die Möglichkeit, an den Verfassungsgerichtshof heranzutreten, und das wird oft gemacht. Es werden Gesetze angefochten, werden bestätigt oder mit Erfolg aufgehoben, aber allein aus den Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes kann man durchaus schließen, dass die Qualität der Gesetze nicht schlecht ist in Österreich, also sicher nicht schlechter als anderswo.

Interviewer: Der Verfassungsgerichtshof hat ja in Einzelfällen schon Rechtsvorschriften aufgehoben ...

Dr. Michael Krüger: ... wegen Kompliziertheit.

Interviewer: Wegen Kompliziertheit!, wenn sie nur mit detektivischem Spürsinn verständlich wären.

65 | Fred Sinowatz (1929–2008), burgenländischer Landesbeamter, bekleidete, nachdem er zuvor dem Burgenländischen Landtag und dann der burgenländischen Landesregierung angehört hatte, von 1971 bis 1981 die Funktion des Bundesministers für Unterricht und Kunst und von 1981 bis 1983 jene des Vizekanzlers, der zugleich mit der Leitung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst betraut war. Als Nachfolger von Bruno Kreisky übernahm er 1983 das Amt des Bundeskanzlers und den Bundesparteivorsitz der SPÖ. Nach der Wahl von Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten legte er 1986 das Amt des Bundeskanzlers und in weiterer Folge 1988 auch den Parteivorsitz der SPÖ zurück. Von 1971 bis 1983 und von 1986 bis 1988 gehörte er dem Nationalrat an.

66 | Der Bundespräsident beurkundet gemäß Art. 47 Abs. 1 B-VG das verfassungsmäßige Zustandekommen der Bundesgesetze. Diese Beurkundung hat erstmals Bundespräsident Heinz Fischer verweigert, als eine vom Nationalrat am 4. Dezember 2007 beschlossene Änderung der Gewerbeordnung, mit welcher u. a. die EU-Richtlinie zur Verhinderung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung umgesetzt werden sollte, eine Strafbestimmung enthielt, die rückwirkend in Kraft getreten wäre (was auf eine Verzögerung im Gesetzgebungsverfahren zurückzuführen war, nach welcher das vorgesehene Datum des Inkrafttretens nicht angepasst worden war). Durch einen parlamentarischen Initiativtrag wurde die Gewerbeordnungsnovelle unverzüglich „saniert“ und mit BGBI. I Nr. 42/2008 kundgemacht.

Dr. Michael Krüger: Ja, das war ein Warnschuss, den er abgegeben hat, durchaus, das ist richtig. Ich glaube, der Warnschuss war durchaus berechtigt. Ich kenne diese Entscheidung⁶⁷, wie Sie völlig richtig zitiert haben: Nur mit detektivischem Spürsinn kommt man drauf, was ungefähr gemeint war, und daher ist es unverständlich, und daher ist es aufzuheben, wahrscheinlich Artikel 18 Bestimmtheitsgebot⁶⁸, das ist dann nicht mehr bestimmt genug. Aber das liegt jetzt auch schon 15 bis 20 Jahre zurück, und ähnliche Töne habe ich seither nicht wahrgenommen.

Ich glaube, die Legistik ist in Österreich durchaus gut. Man hat es jetzt bei der Covid-Gesetzgebung gesehen, das ist ja wahnsinnig kompliziert. Fürchterlich, diese ganzen unbestimmten Gesetzesbegriffe, was man unter bestimmten Dingen versteht, das ist ja aufgelegt viel in Richtung Gleichheitswidrigkeit, und trotzdem hat sehr, sehr viel gehalten, ich schätze, 80 Prozent haben gehalten. Natürlich, in der Schnelligkeit – es musste ja schnell gehen in dieser Pandemie – können natürlich Fehler passieren. Es hat geheißen, dass die Vorministerin die Legistik etwas ausgehöhlt hat im Ministerium, daran kann ich mich jetzt wieder erinnern. Das ist natürlich nicht wünschenswert, aber auf der anderen Seite so eine Pandemie ... mit so etwas konnte man nicht rechnen.

Ich glaube, dass die Gesetzestechnik nicht so schlecht ist in Österreich, besser jedenfalls als ihr Ruf, und ich glaube, dass die Ministerialbeamten eigentlich eine gute Arbeit leisten, sonst müsste ja auch der Verfassungsgerichtshof ... der tagt ja in Sessionen. Wenn es wirklich so schlecht wäre, müsste er ja dauernd tagen, müsste zum ständigen

67 | In seiner klassischen Entscheidung vom 14. Dezember 1956 (VfSlg. 3130) hat der Verfassungsgerichtshof festgestellt: „Eine Vorschrift, zu deren Sinnermittlung subtile verfassungsrechtliche Kenntnisse, qualifizierte juristische Befähigung und Erfahrung und geradezu archivarischer Fleiß von Nöten sind, ist keine verbindliche Norm.“ Auf dieses Erkenntnis hat sich der Verfassungsgerichtshof in vielen weiteren Entscheidungen bezogen, so auch im sogenannten Denksportberkenntnis vom 29. Juni 1990 (VfSlg. 12420), in welchem er ausführt, dass eine Norm, die „nur mit subtiler Sachkenntnis, außerordentlichen methodischen Fähigkeiten und einer gewissen Lust zum Lösen von Denksport-Aufgaben überhaupt verstanden werden kann“, keine verbindliche Wirkung hat.

68 | Art. 18 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes besagt, dass die gesamte staatliche Verwaltung nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden darf. Daraus wird abgeleitet, dass Gesetze und Verordnungen ausreichend bestimmt formuliert sein müssen, um den rechtsstaatlichen Anforderungen zu genügen.

Gericht werden, und das ist nach wie vor nicht der Fall, sondern er tagt in Sessionen – bald kommt die Juni-Session –; aber natürlich passieren immer wieder Schnitzer. Aber das ist bei dieser Gesetzesfülle ... es ist ja wahnsinnig kompliziert. Früher war es natürlich einfach, da hat es wenig Gesetze gegeben, und Maria Theresia hat sogar Gesetzentexte irgendwo vorlesen lassen, und das musste dann jeder begreifen.

Interviewer: Da dürfte es sich um eine Legende handeln ... Herr Prof. Schönherr hat das immer behauptet. Er hat behauptet, dass ihm ein ungarischer Gesprächspartner gesagt hätte, dass unter Maria Theresia in Ungarn das Institut des „buta ember“ eingerichtet gewesen wäre – „buta ember“, wörtlich übersetzt: des dummen Mannes, also eines Mannes aus dem Volke, dem eben die Gesetze vorgelesen würden, und dann wäre er gefragt worden, was er verstanden hätte, und wenn er es nicht verstanden hätte, dann hätte es nicht implementiert werden dürfen. Ich habe einmal einen ungarischen Kollegen im ungarischen Parlament gebeten, dem nachzuspüren, und er hat es trotz intensiver Recherche nicht finden können.

Dr. Michael Krüger: Also, wenn es nicht stimmt, ist es gut erfunden. Man darf ja nicht vergessen, es hat wenig Gesetze gegeben, und es gibt immer mehr Gesetze, wir leben halt in einem Rechtstaat auf Basis der Gesetze, und es wird immer alles komplizierter. Wenn ich allein an meine berufliche Tätigkeit denke, was ich jetzt mache oder was ich damals gemacht habe als Konzipient oder als junger Anwalt, wie viele Gesetze da dazugekommen sind ... Das ist ja unglaublich. Das steigt exponentiell, und es wird natürlich weiter steigen, und die Qualität einer Gesellschaft zeigt sich letztlich schon durch die Komplexität der Gesetze. Wir haben eben kein Case-Law-System wie in den USA mit ein paar Verfassungsartikeln und ein paar Amendments, und das ist es; das ist halt bei uns wirklich wesentlich diffiziler, nach unserem Rechtssystem.

Interviewer: Nun kommt ja noch eine weitere Ebene der Komplexität hinzu, nämlich die Überlagerung von nationaler und supranationaler Rechtsordnung. Die ist ja gerade in Ihre Zeit als Abgeordneter gefallen. Als Österreich der EU beigetreten ist, waren Sie Abgeordneter. Wie haben Sie diese Veränderung erlebt? Was hat das insbesondere auch für das Parlament bewirkt, dass Österreich nunmehr Mitglied einer supranationalen Gemeinschaft geworden ist?

Dr. Michael Krüger: Ich könnte es jetzt einfach machen: Komplexe ausgelöst! (Heiterkeit.) Aber natürlich hat man gesehen, dass die Musik dann von woanders kommt, das ist richtig. Bis dahin war man der Souverän, und dann hat es auf einmal geheissen: EU-Recht schlägt nationales Recht. Natürlich sind dann diese ganzen Direktiven gekommen, und da hat sich sehr viel geändert, und als Parlamentarier ist man sich in manchen Dingen nur mehr als Vollzugsorgan vorgekommen. Also das ist sicher eine fundamentale Änderung des Rechtssystems in Österreich und letztlich auch der Normenkontrolle. Letztlich hat ja auch der Verfassungsgerichtshof EU-Recht zu judizieren, und die Judikatur des EuGH geht der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes sogar vor. Das ist natürlich schon eine Teilaufgabe der Souveränität, aber man kann nicht nur nach der Rosinentheorie das Gute nehmen und das Schlechte weglassen, sondern man muss alles akzeptieren. Und so ein Beitritt hat ja zweifellos auch sehr viel Gutes. Die Wirtschaft hat sich doch gut entwickelt, das muss man schon sagen. Aber es ist ein fundamental anderes System, das ist überhaupt keine Frage.

Interviewer: Mit der B-VG-Novelle 1994, die ja auch in Ihre Zeit als Abgeordneter gefallen ist, sind dem Nationalrat und dem Bundesrat weitgehende Mitwirkungsrechte an der Festlegung der österreichischen Haltung zu Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union eingeräumt worden. In der Praxis sind diese Mitwirkungsrechte dann aber nur eher kurzfristig, im Jahr 1995, und dann stark abnehmend, ausgeübt worden. Worauf führen Sie das zurück?

Dr. Michael Krüger: Ich führe es, glaube ich, darauf zurück, dass den Gesetzesvorbereitungen, den Gesetzesvorhaben auf der europäischen Ebene ein unglaublicher Vorlauf, auch ein fachlicher Vorlauf vorangeht; ich glaube, dass man da gar nicht richtig nachkommt. Ich glaube, dass das ein logistisches Defizit ist. Ich kann mich erinnern, das waren damals Wälzer, die man da bekommen hat. Ich glaube, dass das einer der Gründe ist ... weil das so viele Materien sind, dass man gar nicht die Zeit hat, das rechtlich so aufzuarbeiten und auch zu diskutieren, wahrscheinlich auch mit dem Koalitionspartner zu besprechen. Das Faktische überrollt da die rechtliche Möglichkeit, glaube ich.

Interviewer: Nicht mehr in Ihre Zeit als Parlamentarier gefallen sind jene Entwicklungen, die dem Parlament, auch den nationalen Parlamenten aller Mitgliedstaaten natürlich, die Möglichkeit eingeräumt haben, schon in dieser Frühphase, in dieser langen Vorbereitungsphase, von der Sie jetzt gesprochen haben, Anteil zu nehmen am europäischen Rechtsetzungsprozess, verbunden mit Möglichkeiten der sogenannten – ein Wort aus der Fußballsprache – gelben Karte, also das heißt, eines Votums europäischer nationaler Parlamente, das die Kommission dazu nötigen soll, einen Rechtsetzungsakt noch einmal zu überdenken.

Sie sind ein aktiver Beobachter der Rechtsentwicklung. Haben Sie den Eindruck, dass die nationalen Parlamente das leisten können oder sehen Sie ebenfalls diese Überforderung, wie wir es jetzt besprochen haben?

Dr. Michael Krüger: Ganz genauso! Die sind da überfordert, offensichtlich mangelt es auch am Interesse, glaube ich, wirklich am Interesse und an der Logistik. Die ist ganz einfach nicht geschaffen dafür, und wahrscheinlich liegt es auch an den zu geringen Einflussmöglichkeiten, an den Möglichkeiten, sowieso überstimmt zu werden. Einstimmigkeit ist nur sehr selten notwendig, und da klinkt man sich dann halt gar nicht ein.

Interviewer: In den vergangenen 25 Jahren sind ja immer wieder neue und unterschiedliche Instrumente geschaffen worden in der Geschäftsordnung, die es dem nationalen Parlament, insbesondere dem Nationalrat, erlauben sollen, sich mit europäischer Politik auseinanderzusetzen, zuletzt zum Beispiel Rederecht für österreichische Mitglieder des Europäischen Parlaments im Nationalrat, dazwischen schon – oder noch zu Ihrer Zeit – EU-Aktuelle Stunde und dergleichen mehr. Wie haben Sie die Wirksamkeit dieser Instrumente wahrgenommen?

Dr. Michael Krüger: Sehr, sehr rudimentär. Ich kann mich erinnern, das war immer so eine andere Welt. Es hat ja damals so begonnen: 1995 ist der Beitrittsvertrag in Kraft getreten, und am Beginn war doch eine Übergangszeit, da konnten, glaube ich, Nationalratsabgeordnete gleichzeitig EU-Abgeordnete sein,⁶⁹ und das ist allen ein

⁶⁹ | Solange nach dem Beitritt Österreichs zur EU die Vertreter Österreichs im Europäischen Parlament nicht aufgrund einer allgemeinen Wahl gewählt waren, wurden sie gemäß Art. 151 Abs. 11

bissel „strange“ vorgekommen. Dann gab es ja die Wahlen, und dann sind sie hineingewählt worden, aber man hat eigentlich nicht den Eindruck, dass diese Institutionen zusammenspielen. Die machen ihr G’schäft, Europa, so heißt es immer, die machen ihr Geschäft in Europa, und ihr macht euer nationales G’schäft. Ich glaube, da ist das wechselseitige Verständnis gar nicht da.

Ich kann mich noch erinnern, wir haben immer gesagt, wenn einer da draußen ist, verändert er sich auch – auch von der Persönlichkeit: auf einmal nur mehr das europäische Einheitsdenken. Aber wahrscheinlich wird man so, wahrscheinlich würde es mir genauso ergehen, obwohl ich durchaus ein Verfechter der Aufrechterhaltung der Souveränität bin, dort, wo es notwendig ist, und dort, wo der Rechtstaat nach der Subsidiarität wirklich Großartiges leisten kann, nämlich der Nationalstaat, meine ich jetzt. Ich glaube, dass da die Zusammenarbeit nicht sehr funktioniert. [...]

Interviewer: Wir haben über Rechtsetzung gesprochen auf nationaler und europäischer Ebene. Das Parlament hat aber natürlich neben der Aufgabe der Rechtsetzung auch die Aufgabe der Kontrolle der Vollziehung. Auch die haben Sie ja aus zwei unterschiedlichen Perspektiven, aus der Perspektive des Oppositionsabgeordneten und jener des Abgeordneten einer Regierungsfraktion, erleben können. Wie hat sich diese Aufgabe, die Kontrolle der Vollziehung, in Ihrer Erfahrung dargestellt?

Dr. Michael Krüger: Ja, die Kontrolle der Vollziehung ist natürlich die Domäne der Oppositionspartei, das ist das Wichtigste. Es gibt noch den „Public Watchdog“⁷⁰, aber natürlich, die Oppositionspartei ist dazu aufgerufen, der Regierung „auf die Finger zu schauen oder zu klopfen“ und dann Missstände aufzuzeigen, mit dem parlamen-

Z. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes vom Nationalrat aus dem Kreis der Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates entsandt. Die erste Direktwahl der von Österreich entsandten Mitglieder des Europäischen Parlaments fand am 13. Oktober 1996 statt.

70 | Als die Funktion des „Public Watchdog“ wird die Aufgabe insbesondere des investigativen Journalismus betrachtet, im öffentlichen Interesse Regierung und Verwaltung zu kontrollieren. Diese Aufgabe wird auch von der Judikatur des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zu Art. 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und von der Judikatur des österreichischen Verfassungsgerichtshofes anerkannt; damit wird ein besonderes rechtliches Interesse des „Public Watchdog“ auf Zugang zu Informationen begründet.

tarischen Interpellationsrecht, mit den parlamentarischen Anfragen oder auch mit Misstrauensanträgen⁷¹, was es alles gibt. Also insbesondere mit parlamentarischen Anfragen kann man schon einiges bewegen, weil all das, was zur Vollziehung zählt, ist interpellationsfähig und kann man anfragen. Und da kriegt man auch einige Dinge heraus. Und so gesehen kann man, glaube ich, die Kontrolle schon gut ausüben.

Es gibt auch die Hilfsorgane, den Rechnungshof, ein Hilfsorgan des Nationalrats, der dann bekanntlich ja die Rechnungshofberichte verfasst, und Rohberichte erblicken dann auch das Licht der Öffentlichkeit meistens schon im Vorhinein über die Medien; früher, glaube ich, stärker als jetzt, ich glaube, die haben jetzt eine bessere Kontrolle, mit Kennzeichen oder so irgendetwas. Und darauf kann man natürlich auch aufbauen. Die Kritik, die vom Rechnungshof geäußert wird, die normalerweise natürlich 1 : 1 übernommen wird von der Oppositionspartei ... also da gibt es schon viele Mechanismen, wie man den zu Kontrollierenden auf die Finger klopfen kann oder schauen kann und die Vollziehung kontrollieren kann. Ich glaube, da mangelt es nicht an Möglichkeiten, die die Geschäftsordnung vorsieht, auch mit den namentlichen Abstimmungen in bestimmten Punkten. Ich würde da nicht so ein Defizit sehen. Ein Defizit ist vielleicht die Kontrolle, die die Normunterworfenen haben, bis heute gibt es ja nicht diese Möglichkeit, dass man überall Auskunft begehren kann und nur im Ausnahmefall nicht begehren kann. Es gibt zwar schon ein Informationsgesetz⁷², es gibt irgendeines, ich kann mich erinnern ...

71 | Gemäß Art. 74 des Bundes-Verfassungsgesetzes kann der Nationalrat der Bundesregierung oder einzelnen ihrer Mitglieder durch Entschließung das Misstrauen aussprechen; in diesem Fall hat der Bundespräsident die Bundesregierung bzw. das betroffene Mitglied der Bundesregierung des Amtes zu entheben. In der parlamentarischen Praxis finden Misstrauensanträge, wie sie die Oppositionsfraktionen als Zeichen der Missbilligung einbringen, in der Regel keine Mehrheit, weil die Bundesregierung von den Mehrheitsfraktionen unterstützt wird. Erst einmal ist es tatsächlich zu einem Misstrauensvotum gekommen, nämlich am 27. Mai 2019, als der Nationalrat der Bundesregierung Kurz das Vertrauen entzogen hat.

72 | Das vom Nationalrat am 15. Mai 1987 beschlossene Auskunftspflichtgesetz, BGBl. Nr. 287/1987, hat die Organe des Bundes dazu verpflichtet, über Angelegenheiten ihres Wirkungsbereiches Auskünfte zu erteilen, soweit eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht nicht entgegensteht. Mit Wirkung vom 1. September 2025 ist das vom Nationalrat am 31. Jänner 2024 beschlossene Informationsfreiheitsgesetz, BGBl. I Nr. 5/2024, an seine Stelle getreten.

Interviewer: Es gibt ein Auskunftspflichtgesetz.

Dr. Michael Krüger: Genau! Das habe ich schon öfter als Anwalt angewandt, und da habe ich dann schon etwas gekriegt von irgendeinem Ministerium. Das gibt es schon, aber das Stichwort Datenschutz ist natürlich ein Zauberwort für jeden Beamten, der nicht bereit ist, etwas herauszurücken. Da ist das viel größere Defizit, dass sich da die Verwaltung wirklich verschanzt hinter dem Datenschutz und nichts rausrückt und man daher oft in einem luftleeren Raum herumtappt und gar nicht zum Ziel kommt. Aber der Parlamentarier selber, die Oppositionspartei, hat ausreichende Möglichkeiten. Ich kann eine Ministeranklage⁷³ anregen oder zur Abstimmung bringen, beschließen tut natürlich die Mehrheit.

Man könnte natürlich die Untersuchungsausschüsse ... auch die Minderheit kann Untersuchungsausschüsse beantragen.⁷⁴ Auch da gibt es viele Möglichkeiten, vielleicht habe ich das nicht mehr so am Radar, aber ich würde sagen, dass es sehr viele Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle gibt.

Interviewer: Es gibt viele Instrumente, aber es wird zum Beispiel gegenüber der schriftlichen Anfrage, die Sie angesprochen haben, von den Anfragestellern häufig ausgeführt, dass die Beantwortung eine formale wäre, dass die inhaltlichen Auskünfte, die begehrte würden, nicht oder nicht umfänglich erteilt würden. Haben Sie das auch so erlebt mit Ihren schriftlichen Anfragen oder haben Sie befriedigende Antworten bekommen?

Dr. Michael Krüger: Zum Teil, aber da kann man ja eine Debatte darüber beantragen. Zum Teil habe ich es natürlich erlebt, wenn ich vom Justizminister Auskünfte über

73 | Gemäß Art. 142 des Bundes-Verfassungsgesetzes kann der Nationalrat gegen Mitglieder der Bundesregierung wegen schuldhafter Gesetzesverletzung Anklage erheben. Auch wenn Anträge auf Erhebung einer Ministeranklage von oppositionellen Abgeordneten gelegentlich eingebracht werden, ist eine solche Anklage bisher noch nie erhoben worden.

74 | Während bis 2014 ein Untersuchungsausschuss nur durch einen Beschluss des Nationalrates eingesetzt werden konnte, kann seither gemäß § 33 Abs. 1 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 idF BGBI. I Nr. 99/2014 ein Viertel der Abgeordneten die Einsetzung verlangen.

Verfahren und so weiter begehrte habe – da hat man sich dort dann oft zurückgezogen auf das Amtsgeheimnis. Das hat man schon oft erlebt, doch.

Interviewer: Ihre Tätigkeit als Abgeordneter ist ja unterbrochen worden durch Ihre kurzfristige Tätigkeit als Bundesminister für Justiz. Die Medien haben das mit ihrer Liebe zu Rekorden natürlich gleich als kürzeste Amtszeit aufgegriffen, mittlerweile weit unterboten, wie wir wissen ... (Heiterkeit.)

Dr. Michael Krüger: Das ist ja direkt schad'!

Interviewer: Ja, Rekordhalter sind Sie nicht mehr. – Wie ist es zu dieser Tätigkeit als Bundesminister für Justiz gekommen und wie zu ihrem raschen Ende?

Dr. Michael Krüger: Das ist natürlich eine sehr persönliche Frage.

Interviewer: Wenn sie Ihnen zu persönlich ist, dann ziehe ich sie zurück.

Dr. Michael Krüger: Nein, nein. Ich kann es wirklich gern beantworten. Es war eine bittere Zeit für mich, das Ende, aber ich beginne vielleicht chronologisch mit Ihrer Frage, wie es dazu gekommen ist. Ende 1999 haben sich die Koalitionsverhandlungen zwischen der ÖVP und der SPÖ um eine neue Koalition zerschlagen, um den Jahreswechsel. Zuvor gab es schon Signale von der FPÖ und von der ÖVP, durchaus auch an die Öffentlichkeit ausgesandt, beispielsweise durch das Treffen von Bartenstein⁷⁵ und Haider, im Cafe Eiles, glaube ich, dass auch eine andere Variante möglich ist, nämlich die Variante der ÖVP-und-FPÖ-Regierung. Das war natürlich nicht unproblematisch, weil Schüssel ja damals sagte: Wenn wir Dritte werden, gehen wir in die

75 | Martin Bartenstein (*1953), von Beruf Unternehmer, wurde von der ÖVP 1991 in den Nationalrat entsandt, dem er zunächst bis 1994 und in weiterer Folge jeweils kurzfristig am Beginn der Gesetzgebungsperiode wegen anschließenden Eintritts in die Bundesregierung angehörte. Von 1994 bis 1995 war er Staatssekretär im Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, von 1995 bis 2000 Bundesminister für Umwelt bzw. für Umwelt, Jugend und Familie, von 2000 bis 2008 Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten bzw. für Wirtschaft und Arbeit. Nach seinem Ausscheiden aus der Bundesregierung gehörte er von 2008 bis 2013 neuerlich dem Nationalrat an.

Opposition! – Jetzt sind sie Dritte geworden, aber man hat durchaus – vielleicht nicht ganz zu Unrecht – sagen können, es gab zwei Zweite, ex aequo, es waren, glaube ich, nur 300 Stimmen.⁷⁶ Das war meiner Meinung nach in keiner Weise unmoralisch, dass man das so gesehen hat, und dass die ÖVP sich irgendwann aus der Umklammerung befreien musste, war eigentlich klar, sonst wäre sie überhaupt untergegangen.

So ist es dann zu einer Koalition gekommen ... es sind offenbar ein paar grundsätzliche Parallelgespräche geführt worden, aber keine Parallelverhandlungen, und dann

76 | Bei der Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 war die ÖVP an Wählerstimmen auf den dritten Platz zurückgefallen, die FPÖ hatte sie um 415 Stimmen überholt und war an Mandaten mit ihr gleichgezogen. Obgleich der ÖVP-Bundesparteibmann Wolfgang Schüssel vor der Wahl erklärt hatte, die ÖVP würde im Falle eines Absinkens auf den dritten Platz in Opposition gehen, führte er zunächst längere Koalitionsverhandlungen mit der SPÖ und bildete dann nach kurzen Verhandlungen mit der FPÖ unter Jörg Haider eine Koalition. Der FPÖ-Bundesparteibmann Jörg Haider verzichtete dabei auf das Amt des Bundeskanzlers, das Wolfgang Schüssel übernahm, während die FPÖ Susanne Riess-Passer als Vizekanzlerin in die Bundesregierung entsandte, die von Jörg Haider auch den Bundesparteivorsitz übernahm. Diese Regierungsbildung führte zu heftigen Protesten in der österreichischen Öffentlichkeit und zu den sogenannten Sanktionen der anderen EU-Mitgliedstaaten gegen Österreich.



musste alles sehr schnell gehen. Es war eine Frage von Tagen, denn die SPÖ, damals unter Klima noch – er war ja äußerst angeschlagen, er war gesundheitlich ziemlich angeschlagen –, hat sich hinters Licht geführt gesehen durch die ÖVP und hat gesehen, was sich da abzeichnet, nämlich eine Koalition ÖVP/FPÖ.

Damals gab es eine Konferenz in Stockholm.⁷⁷ Diese Konferenz hat, glaube ich, mit der Aufarbeitung des Holocaust zu tun gehabt oder ... nicht Aufarbeitung, ich weiß nicht mehr genau, was das Thema war, aber mit der Thematik der Shoah hat es zu tun gehabt, was man legitistisch noch machen könnte und so weiter, denn eine Wiedergutmachung geht ja nicht, faktisch nicht, aufgrund dieser furchtbaren Umstände und dieses Genozids und Massenmords. Da hat die SPÖ meiner Erinnerung nach international gewarnt vor einer derartigen Rechtskoalition, und zwar in einer aus meiner Sicht weit übertriebenen Weise gewarnt, hat die FPÖ mehr oder minder wirklich in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt. Aus meiner Sicht wurden damals im Ausland wirklich Lügen erzählt über Österreich, was sich da abspielt oder was sich abzeichnen könnte. Jetzt war die Stimmung natürlich unglaublich aufgeheizt und Sanktionen wurden schon angedroht.

Und in dieser Phase – die Frage, die Sie mir gestellt haben, berührt das – ging es darum, dass man in wenigen Tagen einen Koalitionsvertrag verfasst. Und wie Sie wissen, hat die FPÖ keinerlei Vorfeldorganisationen und natürlich auch wenig Erfahrung gehabt für Regierungsverhandlungen und auch für einen Koalitionsvertrag, und auch nicht die Sachkenntnis, die die ÖVP oder SPÖ hätten einbringen können durch die Vielzahl von Beamten, die sie kennen, durch ÖGB, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung. Eine ganz andere Manpower steht ja hinter diesen

77 | An der internationalen Holocaustkonferenz (Stockholm International Forum on the Holocaust), die vom 26. bis zum 28. Jänner 2000 in Stockholm stattfand, nahm auch Bundeskanzler Viktor Klima teil, dessen Verhandlungen mit Wolfgang Schüssel über die Neubildung einer Bundesregierung eben gescheitert waren. Am Rande der Konferenz wurde vor einer Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich gewarnt, und kurz nach Ende der Konferenz, am 31. Jänner, kündigten die 14 übrigen EU-Mitgliedstaaten für den Fall einer FPÖ-Regierungsbeteiligung Sanktionen gegen Österreich an. Nachdem Wolfgang Schüssel und Jörg Haider am 1. Februar übereingekommen waren, eine Koalitionsregierung zu bilden, und diese am 4. Februar angelobt worden war, wurden die Sanktionen der EU-14 gegen Österreich wirksam.

Parteien im Vergleich zu einer FPÖ, die Jahrzehntelang, oder sehr lange zumindest, auf der Oppositionsbank war.

Jetzt hat man niemanden gehabt oder sehr wenige Leute, die fachlich in der Lage waren, das zu verhandeln, und da war ich einer der Detailverhandler, nicht in den Hauptpunkten, aber der Detailverhandler. Ich kann mich erinnern, allein die Justiz, es waren nächtelange Verhandlungen. Da hat es dann geheißen: So, jetzt machen wir bis 24 Uhr das Strafrecht, um 6 Uhr treffen wir uns und machen das Mietrecht und solche Dinge. Also es war ein Wahnsinn.

Dann habe ich mit der Gehrer⁷⁸ verhandelt, die Kunst und alles, ich war ja mehr oder minder bei den Detailverhandlungen der, der bei Weitem am meisten verhandelt hat. Da hat es zwar geheißen, der Dillersberger⁷⁹ kommt auch zu einer Verhandlung, es ist natürlich niemand gekommen. Also da habe ich mich selber verheizt, muss ich sagen. Da habe ich kaum mehr Schlaf gefunden, und das war eigentlich der Grund, dass ich bei meiner Angelobung angeschlagen war. Und nach drei Wochen war es so weit, dass meine Familie gesagt hat, so kann es nicht weitergehen, du ruinierst deine Gesundheit, und so bin ich zurückgetreten. Das war alles. Ich bin im Einvernehmen zurückgetreten, der Haider hat sich sehr wohl um mich gekümmert und mich angerufen. Ich hätte sicher gesundheitlich schweren Schaden genommen, wenn ich länger Minister geblieben wäre, ich habe mich in den normalen Tagesrhythmus nicht mehr einfinden können durch dieses nächtelange Arbeiten.

78 | Die Vorarlberger ÖVP-Politikerin Elisabeth Gehrer (*1942) war von 1995 bis 2000 Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten und von 2000 bis 2007 Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. In dieser Funktion war sie für die Vorbereitung des am 11. Juli 2002 beschlossenen Universitätsgesetzes 2002 verantwortlich, mit welchem die Universitäten von teilrechtsfähigen Anstalten des Bundes in vollrechtsfähige juristische Personen des öffentlichen Rechts umgewandelt wurden und weitgehende Autonomie erhielten.

79 | Siegfried Dillersberger (*1942), von Beruf Rechtsanwalt, war von 1973 bis 1988 sowie von 1990 bis 1997 Landesparteiobmannstellvertreter, von 1988 bis 1989 Landesparteiobmann der FPÖ Tirol. Von 1974 bis 1987 war er Bürgermeister von Kufstein. Von 1979 bis 1986 sowie von 1994 bis 1997 war er Abgeordneter zum Tiroler Landtag. Von 1986 bis 1990 gehörte er dem Nationalrat an und wurde im Jahr 1990 als Nachfolger von Gerulf Stix zum Dritten Präsidenten gewählt. Von 1993 bis 1994 war er Mitglied des Bundesrates.

Dann war ich sechs Tage in der Döblinger Klinik zur Erholung, das hat mir sehr gut getan, und dann war ich noch einige Tage in irgendeinem Gesundheitsresort, also Wellnessresort, und dann bin ich, glaube ich, schon nach 14 Tagen wieder angelobt worden. Ich habe die Geschichte eigentlich relativ gut weggesteckt und war natürlich demoralisiert, das ist überhaupt keine Frage. Es war eine schwere Zeit dann für mich, ich war eine Zeitlang depressiv, aber dann ist es Gott sei Dank wieder bergauf gegangen.

Eine andere Sache ist sicher auch noch dazugekommen, um es ganz offen zu sagen. Das war damals dieser wahnsinnige Druck, der geherrscht hat, das kann man sich heute nicht vorstellen: unterirdisch zur Angelobung – dort am Ballhausplatz, bis weit vor zum Ring, waren Demonstrationen. Der Vranitzky ist dort gestanden und hat gesagt: Hier steht das anständige Österreich! So unter dem Motto: Hier steht das anständige Österreich und da oben mitsamt der Wähler san die G'fraster! Michel Piccoli⁸⁰ ist gekommen, um dagegen zu demonstrieren, die Sanktionen sind verhängt worden, die Donnerstagsdemonstrationen sind gekommen, davor aber gab es schon tägliche Demonstrationen.⁸¹ Man konnte ohne Polizeibewachung das Haus nicht verlassen. Man konnte ohne Polizeibewachung nicht einmal essen gehen, es war unmöglich, es war eine furchtbare Zeit, und das war auch mit ausschlaggebend neben meiner sozusagen Angeschlagenheit, dass ich dann zurückgetreten bin.

Es ist ja der Haider übrigens am selben Tag zurückgetreten als Obmann der FPÖ, und zwar deshalb: Er hat sich mit seiner Familie in einem Wiener Lokal im 8. Bezirk, bei einem Italiener, getroffen. Das hat sich herumgesprochen, und daraufhin hat sich ein richtiger Mob selbst in Stellung gebracht und mobilisiert, und die haben das Lokal belagert, sie mussten dann die Familie Haider regelrecht über den Hinterausgang evakuieren. Und da hat die Frau Haider zu ihm gesagt: Wennst jetzt nicht nach Kärnten gehst, loss i mi scheiden ... auf gut Deutsch; das vielleicht nicht, aber sie hat gedroht,

80 | Michel Piccoli (1925–2020) war ein französischer Schauspieler.

81 | Aus Protest gegen die von ÖVP und FPÖ gebildete Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel fanden im Februar 2000 insbesondere in Wien nahezu täglich Demonstrationen statt, die größte am Samstag, dem 19. Februar, unter Teilnahme von zumindest 150.000 Menschen. Von 24. Februar an konzentrierten sich die Demonstrationen auf den Donnerstag jeder Woche. Diese sogenannten Donnerstagsdemonstrationen wurden bis Ende des Jahres 2001 regelmäßig abgehalten.

dass sie das nicht mehr mitansehen könne. Deshalb ist der Haider dann am selben Tag zurückgetreten als Bundesparteiobmann der FPÖ und hat sich nach Kärnten zurückgezogen. Das waren Zeiten, die kann man sich nicht vorstellen.

Was mir persönlich wehtut, ist, dass man mich auf diese kurze Zeit reduziert. Das ist halt so, denn als Abgeordneter wird man kaum wahrgenommen, obwohl ich acht Jahre in der Politik war und doch, glaube ich, einiges bewegt habe; aber rein in der Öffentlichkeit nimmt man mich wahr als „Minister für drei Wochen“. – Ja, ich bin mit mir vollkommen versöhnt. Wenn ich mir überlege, wie es anderen Kollegen geht, die damals in Ministerämtern waren, dann kann ich sagen, geht es mir wahrscheinlich am besten von allen.

Interviewer: Sie haben diese außergewöhnliche Situation im Jahr 2000 skizziert: die Spannungen im Landesinneren, die Sanktionen, die auf EU-Ebene verhängt worden sind. Im Jahr 2017 war das ja ganz anders.

Dr. Michael Krüger: Ja, das war erstaunlich!

Interviewer: Worauf führen Sie das zurück, dass sich da doch einiges geändert hat?

Dr. Michael Krüger: Darf ich noch abschließend zum letzten Thema etwas sagen, zu dieser Rücktrittsgeschichte. Ich bin überzeugt, in einer – unter Anführungszeichen – „normalen“ Zeit und wenn man Angehöriger einer etablierten Partei ist oder der Grünen, würde so eine gesundheitliche Krise nicht zum Rücktritt führen, sondern vielleicht zu einer kurzen Auszeit, 14 Tage oder so, und dann könnte man das Amt fortsetzen. Da gibt es den Fall Anschober⁸², der war, glaube ich, ein Dreivierteljahr ... aber damals war der Druck so groß und auch der Hass, es war furchtbar. Die haben

82 | Rudolf Anschober (*1960), Journalist und Volksschullehrer, war von 1986 bis 1990 Sprecher der Grünen Alternative Oberösterreich und von 1994 bis 1998 sowie von 2002 bis 2014 Landessprecher der Grünen Oberösterreich. Von 1990 bis 1997 gehörte er dem Nationalrat, von 1997 bis 2003 dem Oberösterreichischen Landtag an. Von 2003 bis 2020 war er Mitglied der oberösterreichischen Landesregierung; im Jahr 2012 war er wegen Burn-out für drei Monate im Krankenstand. Von 2020 bis 2021 fungierte er als Bundesminister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz bzw. für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.

skandiert: Heute Krüger, morgen Grasser! Also heute tritt der Krüger zurück ... morgen ist der Druck auf den Grasser ... also es war ein Klima des Hasses, man kann sich das nicht vorstellen. Das wollte ich eigentlich zu dieser Thematik noch sagen.

Was war die Folgefrage?

Interviewer: Die Frage war, warum gerade im Jahr 2000 das Ausmaß so groß war, und 2017 war es dann ...

Dr. Michael Krüger: Erstens einmal hat die EU oder haben die, die Sanktionen verhängt haben, gesehen, was es bewirkt, nämlich eher eine Mobilisierung in der Bevölkerung. Die Koalition hat an Sympathie in keiner Weise verloren, sondern eher gewonnen. Die hat sich dann nur selber in die Luft gesprengt, weil sich die FPÖ in die Luft gesprengt hat, klarerweise. Und außerdem sind die ja getäuscht worden aus meiner Sicht, eindeutig getäuscht worden. Da hat sich dann der Weisenrat gebildet, wenn Sie sich noch erinnern können. Die haben dann ein bissel „umeinand' g'schaut“, und weil der Böhmdorfer⁸³ einmal irgendetwas gesagt hat, haben sie ihm eine Ermahnung, glaube ich, ausgesprochen.⁸⁴ Ich weiß jetzt nicht mehr, was er gesagt hat als Justizminister,⁸⁵ sie haben irgendetwas schwer kritisiert. Sie haben ihm nicht ein-

83 | Dieter Böhmdorfer (*1943), von Beruf Rechtsanwalt, übte von 2000 bis 2004 das Amt des Bundesministers für Justiz aus und gehörte im Jahr 2000 sowie in den Jahren 2002 bis 2003 und 2004 bis 2005 als freiheitlicher Mandatar dem Nationalrat an.

84 | Nach Bildung der Bundesregierung aus FPÖ und ÖVP unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im Februar 2000 verhängten die übrigen EU-Mitgliedstaaten Sanktionen, indem sie insbesondere die diplomatischen Kontakte auf eine „technische“ Ebene beschränkten. Erst sieben Monate später, im September 2000, wurden diese Sanktionen – entsprechend der Empfehlung eines zu diesem Zweck eingesetzten sogenannten Weisenrates – wieder aufgehoben. Im Bericht dieses „Weisenrates“ war festgehalten worden, dass „das Verhalten der Minister der FPÖ in der Regierung seit Februar 2000 im allgemeinen nicht kritisiert werden“ könnte, hinzugefügt hatte der Bericht freilich: „In einigen Fällen hat das Verhalten des Justizministers jedoch Besorgnis ausgelöst.“

85 | Der Bericht des sogenannten Weisenrates bezog sich darauf, dass Justizminister Böhmdorfer eine Äußerung von Landeshauptmann Haider, derzufolge Abgeordnete, welche die Regierung kritisierten, strafrechtlich verfolgt werden könnten, unter Hinweis auf die Meinungsäußerungsfreiheit gerechtfertigt hätte.

mal, glaube ich, rechtliches Gehör eingeräumt, und sie haben sich dann eh mit einem „Wischiwaschibericht“ zurückziehen müssen. Und dann sind die Sanktionen aufgehoben worden, die EU hat offensichtlich nur nach einem Ausweg gesucht, wie sie ohne Gesichtsverlust aus der Nummer rauskommt, aber es war wirklich vollkommen unbegründet. Es war ein demokratisch gewähltes Parlament, eine demokratisch gewählte Regierung, und alle Prophezeihungen, die man machte, was da alles auf Österreich zukommt, haben nicht gestimmt.

Ich will jetzt nicht auf die einzelnen Persönlichkeiten verweisen, aber im Zusammenhang mit dem, was Österreich vorgeworfen wurde: dass das autoritäre Politiker sind, dass wir auf dem Wege der Diktatur sind, dass die eine nationalsozialistische, faschistoide Gesinnung haben – das muss man sich vorstellen bei einer Riess-Passer, bei einem Scheibner⁸⁶, bei einem Schweitzer⁸⁷, bei einem Grasser oder bei mir! Wo ist da der leiseste Verdacht oder war der leiseste Verdacht in diese Richtung? Und natürlich hat das in keiner Weise zugetroffen, aber Österreich ist von Österreich heraus ganz schlechtgemacht worden, und diese Propaganda ist natürlich auch aufgegriffen worden von ausländischen Stationen und so weiter und so fort. Die haben dann gefilmt, ich kann mich noch gut an CNN erinnern, das hat ausgeschaut, als wäre der Bürgerkrieg in Österreich ausgebrochen, weil sich eine faschistische Regierung ins Amt geschlichen hat, und kein Wort war daran wahr. Es war eine Regierung, man kann sie als schlecht oder gut bezeichnen, aber sicher nicht demokratiepolitisch bedenklich.

Um auf Ihre Frage zurückzukommen, die wirklich wichtig ist: 2017 war es anders. Es war einmal das eine, dass man gesehen hat, dass man nichts ausrichtet mit so etwas,

86 | Herbert Scheibner (*1963) war von 1989 bis 1993 Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Jugend und von 1992 bis 1995 Generalsekretär der FPÖ. Von 1990 bis 2000 und von 2002 bis 2013 gehörte er dem Nationalrat an, zunächst als Mandatar der FPÖ, ab 2006 des BZÖ. Von 1999 bis 2000 und von 2003 bis 2006 fungierte er als Klubobmann. Von 2000 bis 2003 übte er das Amt des Bundesministers für Landesverteidigung aus.

87 | Karl Schweitzer (*1952), von Beruf Mittelschullehrer, war von 1990 bis 1996 und von 1996 bis 2003 als FPÖ-Mandatar Abgeordneter zum Nationalrat, zuletzt von 2002 bis 2003 auch geschäftsführender Klubobmann. Von 1995 bis 1996 gehörte er auch dem Europäischen Parlament an. In den Jahren 2003 bis 2007 fungierte er als Staatssekretär im Bundeskanzleramt, wo er die Agenden des Sports betreute.

sondern eher eine Solidarisierung erreicht, und das andere war, dass sich in den anderen Ländern auch rechte Parteien etabliert haben und in die Regierung gekommen sind, wie in Italien oder in Dänemark oder sonstwo, und man kann ja nicht jedes Mal Sanktionen verhängen. Aber eines muss ich schon sagen: Ich bin ja 2005 ausgetreten aus der FPÖ und aus meiner Sicht zu Recht ausgetreten, weil damals die FPÖ einen ganz starken Rechtsruck genommen hat. Und darum hat es mich selber auch gewundert, warum das eigentlich kaum auf Kritik gestoßen ist. Ja, vielleicht der Herr Rauscher⁸⁸ im „Standard“, die haben das sicher kritisiert, ist ja auch ihr gutes Recht, dass sie ihre Meinung sagen, und zum Teil auch durchaus berechtigt. Wenn man die Protagonisten der FPÖ-Regierung von 2017 vergleicht mit denen aus 2000, da wird man schon Unterschiede feststellen, nämlich ideologische Unterschiede feststellen; das waren meines Wissens 2017 alles Burschenschafter. Und der Haider hat eigentlich die Burschenschafter ziemlich marginalisiert, wobei ich eines dazusagen muss – das ist mir sehr viel wert, das dazuzusagen –: dass ich keineswegs sage, dass die Burschenschafter per se abzulehnen sind: Ich habe sehr nette kennengelernt, die sich weiterentwickelt haben, die keiner radikalen Gesinnung angehören, aber natürlich gibt es solche auch, das ist keine Frage.

Das führt jetzt eigentlich zurück zu den Quereinsteigern: Das war sicher auch ein Grund, warum Haider auch Quereinsteiger genommen hat – weil er gewusst hat, die sind eher auf ihn fixiert und lassen sich nicht so sehr steuern vom Establishment der FPÖ. Um dazu einen kurzen Bogen herzustellen.

Interviewer: Ihre parlamentarische Tätigkeit hat im Jahr 2002 bei der vorgezogenen Neuwahl geendet. Hing das mit der Entwicklung in der FPÖ zusammen, die Sie vorher beschrieben haben?

Dr. Michael Krüger: Ja, das hängt durchaus zusammen. 2002 ist ja dann Knittelfeld⁸⁹, das sogenannte Knittelfeld, gewesen. Das ist dem Haider über den Kopf gewachsen.

88 | Hans Rauscher (*1944) war als Journalist u. a. langjährig für die Tageszeitung „Kurier“ und ist seit 1997 für die Tageszeitung „Der Standard“ tätig.

89 | Die Knittelfelder Delegiertenversammlung der FPÖ trat am 7. September 2002 auf Einladung von Jörg Haider zusammen. Vorangegangen war ein Konflikt zwischen Haider und Vizekanzlerin

Ich glaube nicht, dass er die Regierung stürzen wollte, ich schließe es sogar aus, aber da gibt es ja dieses Bonmot: Der Haider hat zwar gesagt zum Scheuch⁹⁰: Z'reiß den Kompromiss! – Und der Scheuch hat geglaubt, dass er das wörtlich meint, dass er das Papier zerreißen soll. Der Haider hat gemeint, er soll das halt ein bissel kritisieren, er hat es aber dann wirklich zerrissen. Das hat alles eine Eigendynamik. Ich war nicht in Knittelfeld, aber es ist eher skurril, dass man gegen die eigene Regierung vom Leder zieht, ich war ja Abgeordneter der Regierungspartei. Das hat eben eine eigene Entwicklung und eine eigene Dynamik genommen, die Haider selber nicht vorhergesehen hat, es war dramatisch. Es gab dann ja wirklich diesen Wahnsinnseinbruch: auf 12 Prozent von 27 zurückgefallen. Und vor allen Dingen hat sich die Parteibasis gegen ... ich kann mich noch an Oberösterreich erinnern, das war ja schrecklich, wie sich die Parteibasis damals gegen Achatz⁹¹ gerichtet hat, der als Haider-loyal galt. Das kann man sich nicht vorstellen. Da ist ein Hass entwickelt worden damals ... Ich war bei diesem Parteitag dabei, ein außerordentlicher oder was immer das war, also unglaublich. Das hat sich auch gegen Haider gerichtet, der war damals auch dabei in Oberösterreich.

Susanne Riess-Passer über die von der Bundesregierung beabsichtigte Verschiebung einer zuvor von der FPÖ versprochenen Steuerreform. Auf Initiative Haiders waren daraufhin Unterschriften von Parteitagsdelegierten für die Einberufung eines Sonderparteitages gesammelt worden, der jedoch von der Parteiführung nicht einberufen wurde. Die heftige Kritik der in Knittelfeld versammelten Delegierten an der eigenen Parteiführung, die im Zerreißen eines Kompromisspapiers durch den Kärntner Delegierten Kurt Scheuch gipfelte, führte zum Rücktritt der FPÖ-Bundesparteiobfrau Susanne Riess-Passer und weiterer Mitglieder der Parteiführung sowie zur Auflösung der Koalition und zu vorgezogenen Neuwahlen am 24. November 2002, bei denen die FPÖ starke Stimmenverluste erlitt und von 27 auf 10 Prozent der Wählerstimmen zurückfiel. Nichtsdestoweniger erneuerte sie im Jahr 2003 die Regierungskoalition mit der ÖVP, die zur stimmen- und mandatsstärksten Partei geworden war.

90 | Kurt Scheuch (*1967), beruflich als Land- und Forstwirt tätig, war von 1998 bis 2002 Landesgeschäftsführer der FPÖ Kärnten. Von 1999 bis 2000 gehörte er dem Bundesrat, von 2000 bis 2002 dem Nationalrat an. Von 2003 bis 2012 war er Abgeordneter zum Kärntner Landtag, von 2012 bis 2013 Landeshauptmannstellvertreter von Kärnten und gleichzeitig Landesparteiobmann der Freiheitlichen in Kärnten.

91 | Hans Achatz (1943–2017), von Beruf Richter, gehörte als FPÖ-Mandatar von 1984 bis 1991 dem Oberösterreichischen Landtag an und war von 1991 bis 2003 Mitglied der oberösterreichischen Landesregierung. Als FPÖ-Landesparteiobmann trat er nach der Knittelfelder Delegiertenversammlung, auf welcher er Jörg Haider unterstützt hatte, zurück.

Da war dann schon ein neuer Wahltermin oder die Koalition schon zerbrochen, da war eine ganz starke Aversion der normalen Parteimitglieder gegen Haider auch.

Und durch die Marginalisierung der FPÖ damals und durch den Verlust war das für mich überhaupt kein Thema mehr, dass ich kandidiere. Außerdem, den Achatz haben sie abgesetzt, der Haider war angeschlagen, ich hätte auch die Fürsprecher nicht mehr gehabt. Aber ich wollte auch nicht mehr, ich habe in keiner Weise versucht, mich da wieder in Stellung zu bringen, sondern das Thema war für mich vollkommen abgeschlossen.

Interviewer: Sie haben also ohne Bedauern Ihr parlamentarisches Mandat beendet und danach auch keines mehr bekleidet, aber Sie haben ja eine wahlwerbende Partei anwaltlich beraten: das Team Stronach. Konnten Sie da Ihre parlamentarische Erfahrung auch irgendwie weitergeben, einbringen? Haben Sie auch noch inhaltlich Unterstützung geben können?

Dr. Michael Krüger: Na ja ... also ich habe ausschließlich anwaltlich gearbeitet und habe mich nicht dem Team Stronach⁹² angeschlossen, das war von vornehmest ausgemacht. Ich war ja schon lange der persönliche Anwalt von Frank Stronach⁹³ und seinen gesamten Aktivitäten, die er entfaltet hat, und habe natürlich auch aus meiner Kenntnis des Parlamentarismus und der Parteienlandschaft heraus die Geburtshilfe

92 | Das Team Stronach wurde als politische Partei im September 2012 von dem Industriellen Frank Stronach gegründet. Nach Übertritt von fünf Abgeordneten erlangte es bereits wenige Wochen später Klubstatus im Nationalrat. Bei der Nationalratswahl 2013 erreichte es 5,7 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen und 11 Mandate im Nationalrat, wo es nach Austritt der meisten Klubmitglieder im August 2017 seinen Klubstatus verlor. Bei der Nationalratswahl 2017 kandidierte das Team Stronach nicht mehr und wurde mit Jahresende 2017 aufgelöst.

93 | Frank Stronach (*1932), gelernter Werkzeugmacher, gründete nach seiner Auswanderung aus der Steiermark nach Kanada dort ein Unternehmen, das Teile für die Automobilindustrie herstellte und unter dem Namen Magna International Inc. zu einem der größten Automobilzulieferer Nordamerikas wurde. 2011 trat er als Präsident des Unternehmens zurück und begann, sich in Österreich, wo er seit den 1980er-Jahren wieder einen Wohnsitz hatte, politisch zu engagieren. Stronach selbst gehörte dem Nationalrat nur zu Beginn der Gesetzgebungsperiode 2013 drei Monate lang als Abgeordneter an und legte dann sein Mandat zurück.

geleistet; oder nicht nur die Geburtshilfe, ich war eben der Anwalt des Team Stronach über Ersuchen von Frank Stronach, und habe natürlich Parteistatuten gemacht und eingereicht, die Spendenmeldungen gemacht und die Verträge gemacht. Also, da gibt es sehr viel zu tun, wenn eine Partei neu gegründet wird, und ich habe natürlich auch beraten, wie das sein wird, wenn man so und so viele Stimmen hat ... Das ist ja eine eigene Wissenschaft: Bundesliste, Landesliste, im Wahlkreis ... dass eben die Leute, die aufgestellt werden, dort hinkommen, wo sie hinkommen sollen. Da hat mir sicherlich die parlamentarische Erfahrung sehr, sehr viel geholfen, dass ich das in einer rechtlich einwandfreien Weise zustande bringe. An der rechtlichen Unterstützung ist das Team Stronach sicher nicht gescheitert. (Heiterkeit.)

Interviewer: Wenn Sie auf Ihre achtjährige parlamentarische Tätigkeit zurückblicken, und natürlich als politisch interessierter Mensch überhaupt auf Ihre Erfahrung mit der Politik: Welche waren da die Persönlichkeiten, die Sie besonders beeindruckt oder auch geprägt haben?

Dr. Michael Krüger: Ich möchte das jetzt aus meiner heutigen Sicht beurteilen. Beeindruckt war ich natürlich von Parteiobermann Haider, sonst wäre ich nicht in die Politik gegangen. Ich dachte, dass Haider, Jörg Haider, das eingefahrene politische System aufbricht, und zwar im positiven Sinn aufbricht. Ich kann mich noch erinnern an die Vorlesungen beim Schambeck⁹⁴, der hat immer gesagt: Österreich ist eine Republik, sie besteht aus einer roten Reichshälfte und aus einer schwarzen Reichshälfte. Und das muss man schon sagen, diese zwei Reichshälften, die dann eh nicht mehr Reichshälften waren, aber sie waren noch als Reichshälften an der Macht, die haben sich wirklich das Land hemmungslos aufgeteilt. Das muss man wirklich sagen.

94 | Herbert Schambeck (1934–2023), seit 1967 Universitätsprofessor für öffentliches Recht an der Universität Linz, gehörte von 1969 bis 1997 als Mandatar der ÖVP dem Bundesrat an. Von 1975 an war er Vorsitzender der Bundesratsfraktion des Parlamentsklubs der ÖVP und stellvertretender Vorsitzender bzw. ab 1988 Vizepräsident des Bundesrates. Namens des Bundeslandes Niederösterreich übte er dreimal turnusmäßig den halbjährigen Vorsitz des Bundesrates aus, 1988 als Vorsitzender, 1992 und 1997 als Präsident.



Konstituierende Sitzung des Nationalrates am 29. Oktober 2013: Nationalratsabgeordneter Frank Stronach am Rednerpult (oben) und mit Medienvertreterinnen und -vertretern (unten)



Ich habe das auch in meinem Beruf festgestellt. Mir hat es interessanterweise keine Nachteile gebracht, weil ich sowieso mein Geschäft hatte, aber andere, denen ist das halt hereingeschneit, weil sie eben beim CV⁹⁵ waren oder beim BSA⁹⁶ waren, und dann natürlich diese ganzen politischen Mandanten hatten ... und von den Banken, die politiknahe waren. Das war mir alles verschlossen, aber ich war nicht neidisch, mir ist es eh gut gegangen; aber trotzdem, ich habe gesehen, Österreich ist diesbezüglich wirklich ein ungewöhnliches Land, ein weltweit ungewöhnliches Land. Die einzige Demokratie mit einem derart hohen Ausmaß an Parteimitgliedern, das war Österreich in den Achtzigerjahren, Anfang der Neunzigerjahre noch, dann sind sie eh alle davon-gebröckelt.

Und der Zwang ... ich finde es heute noch unerträglich: Es muss einen schwarzen Automobilclub geben, es muss einen roten Automobilclub geben – das ist doch pervers. Ich habe das nie verstanden. Es muss einen schwarzen Sportklub geben und einen roten Sportklub: Askö und Union und so weiter. Also das ist ja wirklich durchorchestriert ... man hat gesagt, beim ORF von der Portiersloge bis hinauf. Das ist wirklich unerträglich gewesen. In Österreich ist es teilweise heute noch unerträglich, wenngleich es etwas besser geworden ist. Und da ist mir der Haider als einziger Politiker begegnet, von dem ich erwartet habe, dass er in der Lage ist, dieses verkrustete Denken in Österreich aufzubrechen.

Ich kenne Menschen oder kannte Menschen, die haben sich nicht einmal getraut, in der Wahlzelle etwas anderes zu wählen, weil sie geglaubt haben, dass sie beobachtet werden und dann die Wohnung verlieren, weil sie die Wohnung, die Gemeindewohnung, bekommen haben durch irgendeinen roten Sowieso. Umgekehrt war das nicht besser: Einen Kredit hast du am Land nicht ohne Raiffeisen gekriegt. Das ist alles so eng vernetzt und heute noch so eng vernetzt, und das finde ich einer Demokratie

95 | Der Österreichische Cartellverband (ÖCV, in der Regel kurz CV) ist der Korporationsverband der katholischen österreichischen Studentenverbindungen. Er wurde 1933 durch Abspaltung vom deutschen Cartellverband gegründet und 1945 wiedergegründet.

96 | Der Bund sozialdemokratischer Akademiker:innen, Intellektueller und Künstler:innen (BSA), 1946 als Bund sozialistischer Akademiker gegründet, ist ein Verein, der sich als Forum für der sozialdemokratischen Bewegung nahestehende Intellektuelle versteht.

unwürdig. Das war für mich der Hauptgrund, in die Politik zu gehen, und da habe ich den Haider, den Jörg Haider, als Menschen angenommen und erfahren, der in der Lage ist, das auch aufzubrechen. Das ist ihm auch teilweise gelungen, wiewohl ich nicht so naiv bin, zu erkennen, dass er dann in Kärnten genau das Gleiche gemacht hat. (Heiterkeit.) Also das ist unbestritten, das habe ich inhaltlich schon gesagt in einem Interview: Er hat es nicht anders gemacht. Gut, jetzt kann man sagen, es sind wenigstens andere Leute dort auch an die Macht gekommen, die sonst nie an die Macht gekommen wären, oder haben Funktionen bekommen, also wenigstens ist das ein bissel durchmischt worden – so könnte man es auch positiv formulieren. Ja, das war für mich eigentlich der Hauptgrund, wieso ich in die Politik gegangen bin.

Aber jetzt bin ich Ihnen, glaube ich, noch eine Antwort schuldig.

Interviewer: Teile einer Antwort. Die Frage war ja ganz allgemein auf Persönlichkeiten gerichtet, die Sie beeindruckt haben.

Dr. Michael Krüger: Genau. Also, das war der Haider ... Aus heutiger Sicht bin ich beeindruckt von Vranitzky, das war eine große Bundeskanzlerpersönlichkeit. Ich habe dann auch die Ehre gehabt, ihn privat kennenzulernen durch den Freundeskreis, ich habe einige Gespräche mit ihm geführt, ich finde, er ist eine sehr, sehr beeindruckende Persönlichkeit.

Ich finde auch, Exbundeskanzler Schüssel ist eine sehr beeindruckende Persönlichkeit, der das damals durchgezogen hat. Irgendwo haben sie ihn einmal den „Eisernen“ genannt, so wie den Bismarck, den „Eisernen“.⁹⁷ Er hat sich auch innerparteilich durchgesetzt, auch gegen den ganzen Raiffeisensektor, also dem hat auch der Konrad⁹⁸ nichts mehr anschaffen können. Den würde ich durchaus als große Persönlich-

97 | Otto von Bismarck (1815–1898) war von 1862 bis 1890 preußischer Ministerpräsident und von 1871 bis 1890 zugleich Reichskanzler des Deutschen Reiches, dessen Gründung auf sein politisches Konzept zurückging. Im Volksmund wurde er der „Eiserne Kanzler“ genannt.

98 | Christian Konrad (*1943) war von 1994 bis 2012 Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbandes und übte damit eine zentrale Funktion innerhalb der Raiffeisen-Genossenschaften aus, die auch mit politischem Einfluss verbunden war.

keit sehen ... ja, aus meiner damaligen Zeit, da tue ich mir leichter, da brauche ich nicht auf die Politiker jetzt Rücksicht zu nehmen.

Mock war sicher sehr beeindruckend und hat sehr, sehr viel für Österreich geleistet, aber durchaus auch andere. Riess-Passer hat das hervorragend gemacht als Vizekanzlerin, das muss man sagen, und sie bewährt sich. Gut, sie hat den Job nicht ganz ohne Beziehungen bekommen (Heiterkeit), aber sie übt ihn zumindest erfolgreich aus. Sie hat eine große Sachkenntnis, also sie ist durchaus eine beeindruckende Persönlichkeit, die es geschafft hat, von einer Referentin des Guberbauer bis zur Vizekanzlerin aufzusteigen und dann aber auch ihre Frau zu stehen in einem männerdominierten Versicherungs- und Bankenberuf. Das muss man durchaus anerkennen.

Und von den Ministern ... Molterer⁹⁹, das war sicher auch ein sehr guter Politiker. Er hat Pech gehabt, dass er die Wahl dann verloren hat, aber er war sicher auch eine große Persönlichkeit. Schon auch der Präsident Fischer¹⁰⁰, durchaus, das wäre arg, wenn man das nicht anerkennen würde. Ich bin nicht immer seiner Meinung oder oft nicht

99 | Wilhelm Molterer (*1955) war von 1990 bis 1993 Direktor des Österreichischen Bauernbundes und von 1993 bis 1994 Generalsekretär der ÖVP. Von 1990 bis 1994, in den Jahren 1996 sowie 1999 bis 2000, von 2002 bis 2007 und von 2008 bis 2011 gehörte er dem Nationalrat an. Von 1994 bis 2003 war er Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft bzw. für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Von 2003 bis 2006 war er Klubobmann, von 2006 bis 2007 geschäftsführender Klubobmann des Parlamentsklubs der ÖVP. 2007 wurde er zum Bundesparteiobmann der ÖVP gewählt, und er war von 2007 bis 2008 Vizekanzler in der mit der SPÖ gebildeten Bundesregierung unter Bundeskanzler Alfred Gusenbauer. Aus dieser Funktion wie auch aus dem ÖVP-Bundesparteivorsitz schied er nach der Niederlage in der vorgezogenen Nationalratswahl 2008 aus. Nach Abschluss seiner politischen Laufbahn war er von 2011 bis 2015 Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank und von 2015 bis 2021 geschäftsführender Direktor des Europäischen Fonds für strategische Investitionen.

100 | Heinz Fischer (*1938) trat 1962 als Jurist in den Dienst des SPÖ-Parlamentsklubs und war von 1964 bis 1975 Klubsekretär. Von 1971 bis 1983 und von 1987 bis 2004 gehörte er als Abgeordneter dem Nationalrat an. Von 1975 bis 1983 war er geschäftsführender Klubobmann, von 1987 bis 1990 Klubobmann des SPÖ-Parlamentsklubs. Von 1983 bis 1987 bekleidete er das Amt des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung. Von 1990 bis 2002 war er Präsident, von 2002 bis 2004 zweiter Präsident des Nationalrates. 2004 wurde er zum Bundespräsidenten gewählt, und er bekleidete dieses Amt auch nach seiner Wiederwahl im Jahr 2010 bis 2016.

seiner Meinung, auch jetzt nicht, aber dass er eine große Politikerpersönlichkeit war oder auch noch ist, weil er sich doch immer wieder äußert, das ist unbestritten, und das Amt hat er auch tadellos ausgeübt. Van der Bellen¹⁰¹ war ja damals auch schon ... da muss man großen Respekt zollen. Auch damals schon habe ich ihn sehr geschätzt, auch damals schon. Er war ja Klubobmann. Er war Klubobmann 2002 – als die Regierung sich selber sozusagen in die Luft gesprengt hat, war er Klubobmann der Grünen. Ich kann mich gut erinnern, dass wir bei Klestil¹⁰² eingeladen waren, die scheidenden und neuen Abgeordneten, dieses Ritual hat es immer gegeben, und da hat er sich bei

101 | Alexander Van der Bellen (*1944), von 1980 bis 1999 ordentlicher Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien, war von 1997 bis 2008 Bundessprecher der Grünen und gehörte von 1994 bis 2012 dem Nationalrat an; von 1999 bis 2008 war er Obmann des Grünen Klubs. 2012 bis 2015 gehörte er dem Wiener Landtag und Gemeinderat an. Seit 2017 ist er Bundespräsident der Republik Österreich.

102 | Thomas Klestil (1932–2004) trat nach Abschluss des Studiums der Handelswissenschaften 1957 in den diplomatischen Dienst ein, in welchem er zum Österreichischen Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York, zum Botschafter in Washington und schließlich 1989 zum Generalsekretär des Außenministeriums aufstieg. 1992 wurde er als Kandidat der ÖVP zum Bundespräsidenten gewählt und 1998 wiedergewählt; er starb drei Tage vor dem Ende seiner Amtszeit.



Nationalratssitzung am 5. Juli 1990, Blick Richtung SPÖ-Abgeordnete (erste Reihe, v. li.)
Jolanda Offenbeck, Peter Schieder | (zweite Reihe, v. li.) Josef Cap, Peter Marizzi

mir bedankt für die faire sozusagen, ich weiß nicht, „Behandlung“ – er hat sich jedenfalls bei mir bedankt. Darüber habe ich mich gefreut.

Interviewer: Sie haben ja zwischendurch immer wieder die eine oder andere Anekdote einfließen lassen. Solche Anekdoten sind natürlich nicht das Salz in der Suppe des Parlamentarismus, aber doch das Salz in der Suppe eines solchen Interviews. Fällt Ihnen noch die eine oder andere heitere Geschichte ein, die Sie mit uns teilen wollen?

Dr. Michael Krüger: Ja, schon. Sie können sich vielleicht erinnern, 1995 gab es einmal so einen Skandal im Zusammenhang mit Waffenlieferungen nach Österreich.¹⁰³ Und da stand der Peter Marizzi sehr in der Kritik, er war damals der Bundesgeschäftsführer der SPÖ – mittlerweile ein Golffreund von mir, ich mag ihn auch persönlich sehr. Peter Marizzi war immer eine ausgleichende Persönlichkeit und war einer der ganz wenigen von der SPÖ, der einen Kontakt zur FPÖ durchaus auch gesucht hat oder einen gewissen Kontakt zu ganz wenigen gehalten hat, und da habe ich dazugezählt und auch zum Beispiel der Abgeordnete Schweitzer, wenn Sie sich noch an den erinnern können, der spätere Sportstaatssekretär, ein Hauptschullehrer aus Oberwart.

Damals hat sich eine furchtbare Debatte entfesselt gegen den Peter Marizzi. Das war arg. Ich kann mich noch gut erinnern, seine Tochter hat von oben zugeschaut, der sind sicher die Tränen gekommen, wie man versucht hat, den fertigzumachen. Und der Schweitzer war ja mit ihm gut und hat versucht, das auf eine ironische Weise darzustellen, aber er hat schon ganz fest attackiert und hat dann immer davon gesprochen: Ja, mein Freund Peter Marizzi und unser Freund Peter Marizzi hat das und das ... aber natürlich mit dem Unterton. Und dann hat er die Rede beendet und ist in Richtung seines Tisches gegangen, und der Peter Schieder dreht sich mit dem Drehsessel und sagt: Es ist sehr schön, nicht Ihr Freund zu sein! – Also, das habe ich sehr humorvoll und auch zutreffend gefunden. Das war grandios vom Peter Schieder.

103 | Peter Marizzi musste als Bundesgeschäftsführer der SPÖ zurücktreten, nachdem aufgrund eines illegal abgehörten Gesprächs Marizzis mit dem ÖVP-Wehrsprecher Hermann Kraft der Verdacht beabsichtigter illegaler Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit einem Beschaffungsvorgang des Bundesheers aufgekommen war.

Eine andere Geschichte: Vranitzky. – Damals war die Diskussion, ich glaube, es war Konsum ... und da hat der Vranitzky einen historischen Versprecher gehabt und hat gesagt: Spare in der Not, dann hast du in der Zeit! Also eigentlich heißt es: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!, und er hat es genau umgekehrt gesagt, und irgend-einer von der FPÖ hat dann gesagt: Spare in der Not, dann hast du Zeit dazu! Aber so ein Versprecher kann natürlich jedem passieren, und mir selber – ich habe nach-gedacht – gleich am Anfang. Da ist man natürlich noch vollkommen unroutiniert, hält seine Rede, glaubt, dass man eine gute Rede gehalten hat, und ich sage dann: So, und jetzt bin ich schon am Ende! Und in der ersten Reihe hat einer gesagt: Des merkt ma! (Heiterkeit.) Das habe ich auch lustig gefunden. Seither sage ich bei allen Reden ge-sellschaftlicher Natur, die ich halte: Jetzt komme ich zum Schluss!, und nicht: Jetzt bin ich schon am Ende. [...]

Interviewer: Was würden Sie einem jungen Menschen sagen, wenn er Sie nach der Funktion des Parlaments fragt? Wie würden Sie ihm das Parlament in seiner Funktion im politischen System erklären?

Dr. Michael Krüger: Ich würde sagen: Das Parlament ist das Herz der Demokratie. So kann man es, glaube ich, beschreiben. Wenn es kein Parlament gibt, dann schlägt kein Herz und dann kann auch der Organismus nicht funktionieren. Dann ist es das Ende.

Interviewer: Das ist eine schöne Metapher und damit auch das Ende unseres Ge-sprächs. Ich danke Ihnen sehr, es war sehr interessant.

Dr. Michael Krüger: Danke, für mich auch!

Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin:

Republik Österreich – Bund, vertreten durch die Parlamentsdirektion

Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Text: Günther Schefbeck

Redaktion: Sabina König, Tamara Oberleiter, Susanne Roth

Grafische Gestaltung: 4.2 – Corporate Identity | Annika Schöck

Fotos:

- © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles/Jacqueline Godany: S. 30 (beide)
- © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Martin Steiger: S. 94 (oben)
- © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz: S. 94 (unten)
- © Parlamentsdirektion/Hertha Hurnaus: S. 2, 6, 109
- © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner: S. 44 (alle)
- © Parlamentsdirektion/Michael Buchner: S. 38
- © Parlamentsdirektion/Mike Ranz: S. 35 (beide)
- © Parlamentsdirektion/Willibald Haslinger: S. 49 (unten), 53 (beide)
- © APA-Images / APA / GEORGES SCHNEIDER: S. 14 (oben)
- © APA-Images / APA / Hans Klaus Techt: S. 14 (unten), 70
- © APA-Images / APA-Archiv / Harald Schneider: S. 27
- © Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek: S. 98
- © HOPI-MEDIA Medienservice GmbH: Coverfoto, S. 4, 11
- © ÖNB / Titzer, Klaus: S. 56
- © ÖNB / Welzel-Jelinek: S. 60 (oben)
- © Österreichische Nationalbibliothek: S. 68
- © Österreichische Nationalbibliothek/Margret Wenzel-Jelinek: S. 60 (unten)
- © Willibald Haslinger: S. 25, 49 (oben), 83

Druck: Parlamentsdirektion

ISBN: 978-3-901991-66-0

Wien, im Dezember 2025

Das Interview mit Michael Krüger fand am 25. Mai 2022 statt.

Die Reihe wird laufend um weitere Interviews ergänzt; das Erscheinen der Bände folgt keiner Reihung oder Kategorisierung, sondern unterliegt dem Zufallsprinzip, da sie jeweils nach Fertigstellung als Publikationen aufgelegt und unter www.parlament.gv.at zum Download zur Verfügung gestellt werden. Bitte beachten Sie auch den Podcast „Geschichte(n) aus dem Parlament“, der ebenfalls auf diesen Interviews basiert, sowie die zusammenfassende Publikation „Erlebter Parlamentarismus. Das österreichische Parlament im Spiegel persönlicher Erinnerungen.“



Weitere Bände der Reihe:

Band 1: Heinz Fischer

Band 2: Andreas Khol

Band 3: Gerulf Stix

Band 4: Heide Schmidt

Band 5: Freda Meissner-Blau

Band 6: Jürgen Weiss

Band 7: Anna Elisabeth Haselbach

Band 8: Erhard Busek

Band 9: Karl Blecha

Band 10: Willi Brauneder

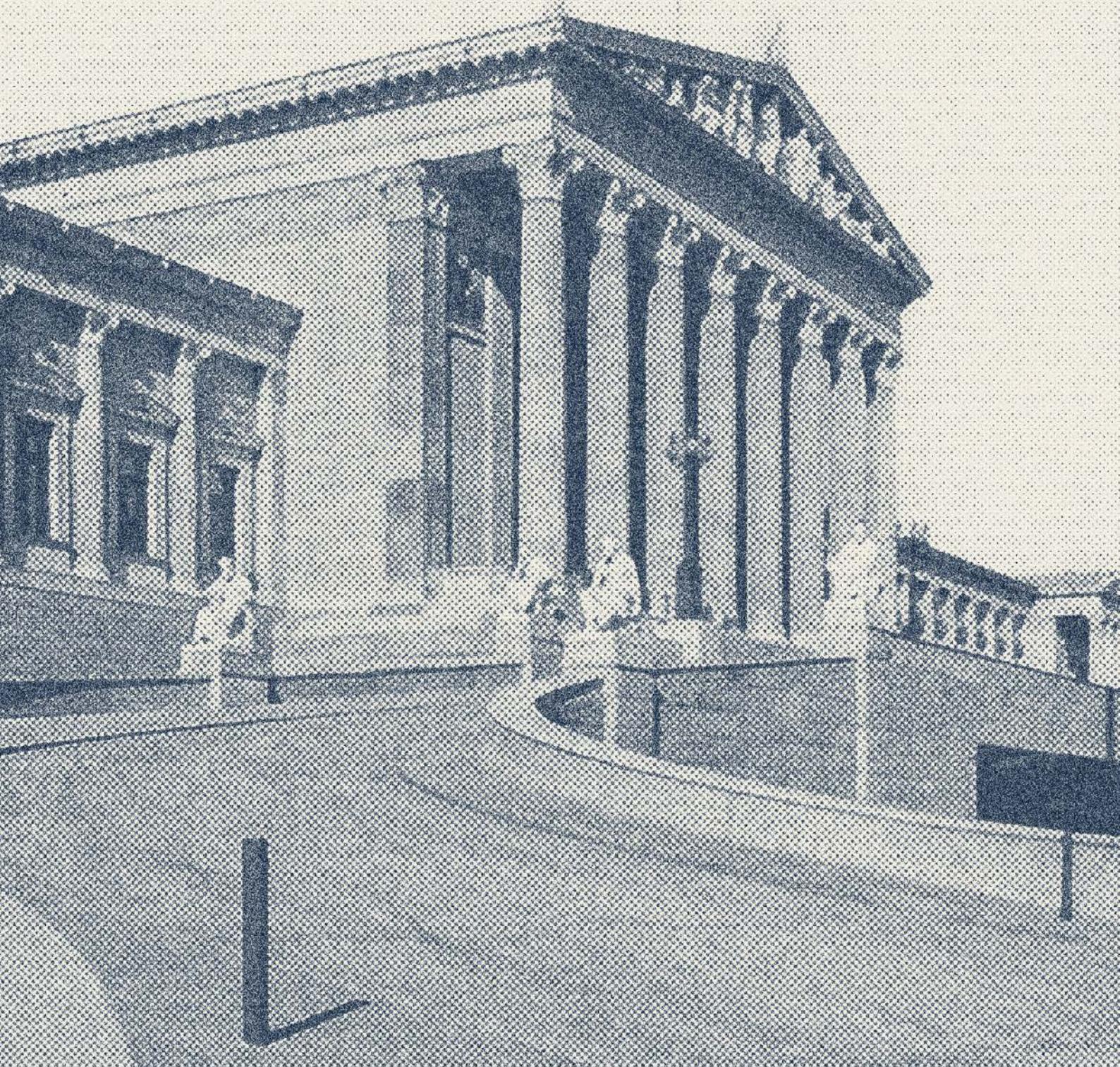
Band 11: Michael Krüger

Band 12: Peter Kostelka

Band 13: Terezija Stojsits

Band 14: Paul Kiss

Band 15: Karl Smolle



Die Reihe „Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen“ bietet neue, spannende Einblicke hinter die Kulissen des parlamentarischen Betriebs in Interviews mit ehemaligen Abgeordneten zum Nationalrat und Mitgliedern des Bundesrates. Warum politische Entscheidungen getroffen wurden, welchen Einfluss gesellschaftliche und mediale Rahmenbedingungen hatten und wie in entscheidenden Momenten der Parlamentarismus in der Praxis funktioniert – all diesen Fragen gehen die Gespräche nach und zeichnen so ein lebendiges Bild der Abläufe im österreichischen Parlament.